

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

tu technische universität
dortmund

ht Humanwissenschaften
und Theologie

„Zusammenhalt in Europa durch Religion?“ – Fallanalysen und Handlungsempfehlungen angesichts von Flucht und Migration



© pixabay

Anna Wiebke Klie · Jonas Bonke · Alexander Unser ·
Matthias Kortmann · Katharina Krahe · Laura Karoline Nette

Inhaltsverzeichnis

1. „Zusammenhalt in Europa“ – Die BMBF-Förderlinie (2020–2024)	5
2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt	6
3. Unsere Studie „Zusammenhalt in Europa durch Religion?“	7
3.1 Das Forschungsdesign: Zwei Teilstudien	8
3.2 Untersuchungsländer: Deutschland, Polen und die Niederlande	9
3.2.1 Religiöse Kontextbedingungen.....	10
3.2.2 Migrations- und Integrationspolitik	11
3.2.3 Zivilgesellschaft.....	12
4. Ergebnisse der quantitativen Teilstudie	13
4.1 Soziodemografische Merkmale der Befragten	13
4.2 Motive für interkulturelle und migrationsbezogene Aktivitäten	20
4.3 Verbundenheitsgefühl mit der eigenen religiösen Organisation	23
4.4 Einstellungen gegenüber Geflüchteten.....	24
4.5 Religiöse Überzeugungen und Vertrauen.....	36
4.6 Fazit: Religion als Ressource für den Zusammenhalt?	42
5. Ergebnisse der qualitativen Teilstudie	44
5.1 Problemfeld 1: Vorurteile gegenüber und Diskriminierung von Muslim*innen	44
5.2 Problemfeld 2: Rückgängige Mitgliederzahlen und Herausforderung Engagiertenbindung	49
5.3 Problemfeld 3: Befristete Förderstrukturen und Teilhabebarrieren islamischer Organisationen.....	54
5.4 Problemfeld 4: Defizite in flüchtlings- und integrationspolitischen Rahmenbedingungen	61
6. Handlungsempfehlungen	72
6.1 Überblick über die Handlungsempfehlungen	72
6.2 Vorbemerkungen.....	73
6.3 Empfehlungen für eine effektive(re) Antidiskriminierungsarbeit und die Stärkung interkultureller Kompetenzen	73
6.4 Empfehlungen zur Engagiertengewinnung in religiösen Organisationen	78
6.5 Empfehlungen für nachhaltige Förderstrukturveränderungen und die Teilhabebestärkung islamischer Organisationen	81
6.6 Empfehlungen für Struktur- und Maßnahmenoptimierungen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik	85
7. Literaturverzeichnis	91

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Konfessionen (in %)	14
Abb. 2: Geschlecht (in %).....	15
Abb. 3: Staatsangehörigkeit (in %)	15
Abb. 4: Befragte nach fünf Altersgruppen (in %).....	16
Abb. 5: Befragte mit akademischem Abschluss (in %).....	16
Abb. 6: Selbsteinschätzung persönliche finanzielle Situation (in %).....	17
Abb. 7: Einschätzung des Haushaltseinkommens ESS 10 (in %).....	18
Abb. 8: Selbsteinschätzung persönliche Religiosität (in %).....	19
Abb. 9: Subjektive Religiosität ESS 10 (in %)	19
Abb. 10: Zustimmungen zu Motiven in Deutschland (Mehrfachantworten, in %).....	21
Abb. 11: Zustimmungen zu Motiven in den Niederlanden (Mehrfachantworten, in %).....	22
Abb. 12: Zustimmungen zu Motiven in Polen (Mehrfachantworten, in %)	22
Abb. 13: „Wie sehr fühlen Sie sich mit ihrer religiösen Gemeinde/Organisation verbunden?“ (in %).....	24
Abb. 14: Positive Einstellungen gegenüber Geflüchteten im Konfessionsvergleich in Deutschland (Mehrfachantworten, in %).....	25
Abb. 15: Positive Einstellungen gegenüber Geflüchteten im Konfessionsvergleich in den Niederlanden (Mehrfachantworten, in %).....	26
Abb. 16: Positive Einstellungen von Christ*innen gegenüber Geflüchteten in Polen (Mehrfachantworten, in %).....	27
Abb. 17: Negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten im Konfessionsvergleich in Deutschland (Mehrfachantworten, in %).....	27
Abb. 18: Negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten im Konfessionsvergleich in den Niederlanden (Mehrfachantworten, in %).....	28
Abb. 19: Negative Einstellungen von Christ*innen gegenüber Geflüchteten in Polen (Mehrfachantworten, in %).....	29
Abb. 20: Migration: Wirtschaftliche Auswirkungen ESS 10 (in %)	31
Abb. 21: Migration: Bereicherung des kulturellen Lebens? (ESS 10) (in %).....	32
Abb. 22: Einwander*innen machen das Land zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben? (ESS 10) (in %).....	33
Abb. 23: Einstellung zu Migrant*innen (Christ*innen – ESS 10) (in %)	34
Abb. 24: Einstellung zu Migrant*innen (Muslim*innen – ESS 10) (in %).....	34
Abb. 25: „Meine Religion zeigt den Menschen den einzig wahren Weg zur Erlösung“ (in %)..	37
Abb. 26: „Die Religionen sind alle gleich wertvoll, weil sie verschiedene Wege zum gleichen Heil anbieten“ (in %).....	37
Abb. 27: „Im Allgemeinen kann man den Menschen vertrauen“ (in %).....	38
Abb. 28: Allgemeines Vertrauen (ESS 10) (in %)	39
Abb. 29: Allgemeines Vertrauen: Christ*innen (ESS 10) (in %).....	39
Abb. 30: Allgemeines Vertrauen: Muslim*innen (ESS 10) (in %).....	40
Abb. 31: Vertrauen in Geflüchtete (in %).....	41

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Motive in vier Gruppen	20
Tab. 2: Rangkorrelationsanalyse nach Spearman (<i>rho</i>): Religiöse Überzeugungen und Vertrauen in Menschen im Allgemeinen und in Geflüchtete	42

1. „Zusammenhalt in Europa“ – Die BMBF-Förderlinie (2020–2024)

Die Frage nach dem „Kitt“, der Gesellschaften zusammenhält, hat in den letzten Jahren durch die multiplen Krisen weltweit und in Europa neue Bedeutsamkeit erlangt. Der soziale Zusammenhalt in Europa wird immer wieder herausgefordert. Ereignisse wie die Finanz-, Wirtschafts- und Klimakrisen, erhöhte (Flucht-)Zuwanderungen, das Erstarken von rechtspopulistischen Bewegungen, die COVID-19-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben soziale und ökonomische Ungleichheiten verstärkt. Flucht- und Migrationsdynamiken infolge von Krieg und wirtschaftlicher Not stellen die europäischen Staaten vor die Herausforderung, Menschen unterschiedlicher Herkunft in ihre Gesellschaften zu integrieren. Angesichts anhaltender zwischenstaatlicher Konflikte und des fortschreitenden globalen Klimanotstands ist zukünftig mit einer Verschärfung der Krisensituationen zu rechnen. Die Entwicklungen der letzten Jahre werfen zahlreiche Fragen auf, für die Lösungen gefunden werden müssen. Dies ist umso dringlicher als sich gezeigt hat, wie fragil der Zusammenhalt in Europa ist, insbesondere wenn es darum geht, Risiken und Belastungen gemeinsam zu tragen und zu überwinden. Es geht um systemische, soziale und kulturelle Verständigungs- und Integrationsprozesse innerhalb der Europäischen Union (EU), für die eine konstruktive, auf Solidarität und Kompromiss basierende Zusammenarbeit in verschiedenen politischen Handlungsfeldern eine wichtige Voraussetzung ist.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Förderlinie [„Zusammenhalt in Europa“](#) von 2020 bis 2024 insgesamt 19 Forschungsprojekte gefördert, die den Zusammenhalt in Europa aus interdisziplinären Perspektiven untersuchen. Drei Jahre lang haben die Projektteams daran gearbeitet, ein besseres Verständnis von den Grundlagen des Zusammenhalts in Europa zu gewinnen und Lösungsansätze für seine Stärkung zu entwickeln.

Im Mittelpunkt dieses Policy Papers steht das im Rahmen des Programms geförderte interdisziplinäre Forschungsprojekt „Zusammenhalt in Europa durch Religion?“ (ZER). In diesem haben wir die Bedeutung von Religionen, und zwar christlichen und muslimischen Traditionen, und von zivilgesellschaftlicher Arbeit mit Geflüchteten und Migrant*innen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den drei europäischen Ländern Deutschland, Niederlande und Polen untersucht und damit schwerpunktmäßig *kulturelle Grundlagen* von Zusammenhalt fokussiert. Im Rahmen einer quantitativen und einer qualitativen Teilstudie haben wir konfessions- und ländervergleichende Untersuchungen durchgeführt und leisten damit einen wichtigen religionsbezogenen Teilbeitrag zur Förderlinie des BMBF.

Innerhalb des Forschungsprojektes haben wir als Team zum einen komplexere theoriegeleitete Analysen vorgenommen und deren Ergebnisse für ein interessiertes Fachpublikum in wissenschaftlichen Artikeln veröffentlicht. Zum anderen besitzen die gewonnenen Erkenntnisse eine hohe praktische Relevanz, die wir im vorliegenden Policy Paper aufbereiten und nutzbar machen wollen. Anhand der empirischen Analysen formulieren wir konkrete Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger*innen sowie für religiöse und zivilgesellschaftliche Akteur*innen in Deutschland.¹ Darüber hinaus richtet sich das vorliegende Policy Paper

¹ In diesem Text verwenden wir konsequent das Gendersternchen, um eine geschlechtergerechte Sprache zu fördern und alle Geschlechteridentitäten einzuschließen. Davon ausgenommen sind Originalzitate aus Interviews, die wir im Rahmen unserer qualitativen Studie durchgeführt haben (→ Kap. 5).

selbstverständlich an alle Interessierten, die an einem tieferen Verständnis der (empirischen) Beziehung zwischen Religion und gesellschaftlichem Zusammenhalt interessiert sind.

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle beim BMBF und dem DLR-Projektträger, die unser Forschungsteam über drei Jahre lang nicht nur finanziell, sondern auch in flexibler und kooperativer Weise unterstützt haben. Ferner gilt unser nachdrücklicher Dank allen Interviewpartner*innen und Umfrageteilnehmer*innen für ihr großes Interesse, ihre Unterstützungsbereitschaft und ihre Offenheit, mit der sie uns und unserem Forschungsprojekt begegnet sind. Ohne die Teilnahme an der Umfrage sowie die ausführlichen Einzelinterviews wären die Studie und die Beantwortung unserer Forschungsfragen nicht möglich gewesen.

In den folgenden Kapiteln beleuchten wir zunächst das Konstrukt „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und für seine Messbarmachung relevante Dimensionen (Kap. 2). Im Anschluss befassen wir uns mit unserer Studie (Kap. 3): zunächst mit dem Forschungsdesign, Erkenntnisinteresse und den Messinstrumenten (Kap. 3.1) und anschließend mit den in den drei Untersuchungsländern vorgefundenen religiösen und politischen Rahmenbedingungen (Kap. 3.2). Auf Basis der Ergebnisse für die quantitative (Kap. 4) und qualitative (Kap. 5) Teilstudie formulieren wir themenspezifische Handlungsempfehlungen (Kap. 6) für politische Entscheidungsträger*innen sowie religiöse und zivilgesellschaftliche Akteur*innen.

2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist als ein mehrdimensionales Konstrukt zu betrachten, das sich auf die Ebene von Individuen (*Mikroebene*), von Gruppen und Gemeinschaften (*Mesoebene*) und auf die Ebene gesellschaftlicher Institutionen und Rahmenbedingungen (*Makroebene*) bezieht. Als Kerndimensionen von sozialem Zusammenhalt können die folgenden drei betrachtet werden: 1) die **Qualität von sozialen Beziehungen**, 2) das **Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft** und 3) die **Orientierung am Gemeinwohl** (Schiefer/van der Noll 2017; Chan/Chan 2006). Diese miteinander verknüpften Dimensionen haben wir im ZER-Projekt messbar gemacht, indem wir u. a. Interaktionen in religiösen Organisationen, soziales und politisches Engagement, das Verbundenheitsgefühl mit der eigenen religiösen Organisation und die Auswirkungen dieser Indikatoren auf Einstellungen und Vertrauen zu verschiedenen Personengruppen untersucht haben.

Einstellungen sind wertebezogene Urteile, die für den sozialen Zusammenhalt konstitutiv sind, wie etwa die Ablehnung oder Akzeptanz von vielfältigen Orientierungen und Lebensformen. Das Zugehörigkeitsgefühl bezieht sich darauf, inwieweit sich Menschen in einer Gesellschaft als integraler Bestandteil einer Gemeinschaft fühlen, die sie als wichtigen Teil der eigenen Identität wahrnehmen. Orientierung am Gemeinwohl bedeutet wiederum, dass sich die Menschen nicht nur um ihre eigenen Bedürfnisse kümmern, sondern auch um das Wohl der Gesellschaft. Das heißt zum Beispiel, dass sie sich für öffentliche Angelegenheiten und andere Menschen verantwortlich fühlen und einsetzen.

Bei der Beschäftigung mit gesellschaftlichem Zusammenhalt müssen auch kontextuelle Faktoren beachtet werden. So können soziale und politische Kontexte Zusammenhalt fördern,

indem sie rechtsstaatliche Strukturen, Sicherheit, Stabilität und soziale Gerechtigkeit gewährleisten. Mit letzterem Punkt sind ungleiche Teilhabemöglichkeiten angesprochen, denn Bereitschaft und Fähigkeit zu gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme und Beteiligung hängen von verfügbaren sozioökonomischen Ressourcen und sozialer Einbindung ab: Personen, die in finanziell und sozial gesicherten Verhältnissen leben, haben in der Regel eine größere Bereitschaft und mehr Möglichkeiten, sich sozial und politisch zu beteiligen (Wilson/Musick 1997, 1998; Wilson 2000; Bühlmann/Freitag 2004; Müller et al. 2016; Simonson/Hameister 2016; BMFSFJ 2017: 156ff.; Simonson et al. 2021).

Da die Aspekte, die bei der empirischen Erfassung von gesellschaftlichem Zusammenhalt berücksichtigt werden können, zahlreich sind, hat sich unser Forschungsprojekt auf bestimmte kohäsionsfördernde Dimensionen beschränkt. So war der Anspruch unseres Projektes, mit ausschnitthaften, bislang vernachlässigten religions- und migrationsbezogenen Analysen zu einem besseren Verständnis der Bedeutung von christlichen und muslimischen Traditionen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen, Orientierungen zu schärfen und Forschungsstände anzureichern. Ohne Anspruch auf Repräsentativität leisten wir mit unseren Instrumenten einen Forschungsbeitrag, den Analysen von großen Bevölkerungsumfragen nicht bieten.

3. Unsere Studie „Zusammenhalt in Europa durch Religion?“

Das Forschungsprojekt „Zusammenhalt in Europa durch Religion?“ (2020–2024) hat die Bedeutung von Religionen – und zwar dem Christentum und Islam – für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland, Polen und den Niederlanden untersucht. Dabei ist von besonderem Interesse, wie angesichts der Flucht- und Migrationsdynamiken der vergangenen Jahre die Potenziale von Religion wirksam werden (können), um zwischen einheimischer Bevölkerung und Menschen mit einer Zuwanderungs- oder Fluchtgeschichte belastbare und vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen und so den Zusammenhalt in Europa zu stärken. Angesichts einer wachsenden kulturellen und religiösen Vielfalt werden Verhältnisse zwischen Religion und gesellschaftlichem Zusammenhalt bedeutsamer. In diesem Zusammenhang wird herausgestellt, dass religiöse Gemeinschaften für kohäsive soziale Beziehungen wichtig sind, da sie prosoziale, gemeinschaftsfördernde Werte vermitteln und wichtige Grundlagen für identitätsstiftende Zugehörigkeiten, für Vertrauensbildung, soziales Engagement und politische Beteiligung bereitstellen (Wuthnow 1991, 1995; Verba et al. 1995; Kecskes/Wolf 1996; Putnam 2000; Smidt 2003). Inhalte und Lehren religiöser Traditionen sind jedoch grundsätzlich deutungsoffen und bedürfen einer Interpretation und Aneignung, die religiöse Handlungsorientierungen und Wirkungsweisen von Religion unterschiedlich ausfallen lassen. Folglich müssen Beziehungen und Aktivitäten religiöser Gemeinschaften nicht zwangsläufig gemeinwohlorientiert, auf andere religiöse, kulturelle, ethnische (Minderheiten-)Gruppen und auf ein verständnisvolles Miteinander ausgerichtet sein. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Anhänger*innen religiöser Traditionen ihre kollektive Identität auf Basis symbolischer Grenzziehungen zwischen der religiösen Eigengruppe (*in-group*) und anderen religiösen Gruppen (*out-groups*) geformt haben. Ein besonderer Fall liegt vor, wenn eine religiöse Gruppe exklusivistische Wahr-

heitsansprüche und ihre einzigartige Identität betont, denn dies kann mit Vorurteilen und abgrenzendem Verhalten gegenüber Menschen, die nicht zu dieser Gruppe gehören, verbunden sein. In solchen Fällen bleiben soziale Beziehungen auf die eigene Gruppe beschränkt und untergraben brückenbildende Verbindungen zwischen Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Prägungen und Sichtweisen und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

3.1 Das Forschungsdesign: Zwei Teilstudien

Unser Forschungsprojekt hat sich auf die Bedeutung von Religion und Fluchtzuwanderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt konzentriert, und zwar auf den Ebenen von Personen, religiösen Organisationen² sowie Politik und Gesellschaft. Ausgangspunkt unseres Samples sind christliche und muslimische Organisationen, die in der Flüchtlingshilfe, in der Arbeit mit Migrant*innen oder im interreligiösen Dialog tätig sind. Da die Organisationen durch diese Tätigkeitsfelder die involvierten Personen mit Menschen außerhalb ihrer eigenen Gruppe in Kontakt bringen, können sie als Plattformen für die Brückenbildung zwischen Menschen mit unterschiedlichen sozialen, ethnischen und religiösen Hintergründen fungieren. Das Gesamt-sample umfasst 34 christliche und muslimische Organisationen: 14 in Deutschland, 9 in den Niederlanden und 11 in Polen.

Im Rahmen der **quantitativen Teilstudie** haben wir Personen, die mit den religiösen Organisationen als Mitglieder, Engagierte oder Hauptamtliche verbunden sind, mit einem standardisierten Fragebogen befragt und die Zusammenhaltsdimension „**soziale Beziehungen**“ untersucht (→ Kap. 2). Dafür haben wir persönliche wertebezogene Motive für interkulturelle und migrationsbezogene Aktivitäten, Einstellungen gegenüber Geflüchteten, das Ausmaß von Vertrauen in Menschen im Allgemeinen und in Geflüchtete sowie religiöse Überzeugungen erfragt. Abgefragt wurden somit zum einen Einstellungen zu der Auffassung, dass Religionen, trotz ihrer Unterschiede, gleichwertig sind, und zum anderen zum Standpunkt, dass Heil und Wahrheit nur in der eigenen Religion zu finden und zu erlangen sind.

Unsere Datenerhebung beruht auf einer Auswahl von christlichen und muslimischen Organisationen, die durch ihre Aktivitäten ihren Mitgliedern die Möglichkeit bieten, mit Menschen anderer Herkunft in Kontakt zu treten, Verständigungsprozesse zu initiieren und brückenbildende Wirkungen zu entfalten. Aufgrund der bewussten Fallauswahl können wir keine Aussage über die Geltungsbereichweite der Ergebnisse treffen.³ Der Mehrwert des ZER-Projekts liegt vielmehr darin, dass wir Personen befragt haben, die sich den religiösen Organisationen zugehörig fühlen, und ihnen Fragen gestellt haben, die von den Standardfragen in großen Bevölkerungsumfragen abweichen. So hat uns unsere Datenerhebungsmethode ermöglicht, ein umfassendes Spektrum religiöser Überzeugungen und Erfahrungen im Hinblick auf interkulturellen Aus-

² Für eine bessere Lesbarkeit werden wir im Folgenden den Begriff „religiöse Organisation“ benutzen. Dieser Begriff umfasst christliche (kirchliche) Gemeinden, aber auch Moscheegemeinden sowie gemeinnützige Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen. Eine „religiöse Organisation“ ordnet sich einer bestimmten religiösen Lehre zu, führt religiöse Aktivitäten und Praktiken (Rituale) durch und weist spezifische Mitglieder- und Organisationsstrukturen auf (Beckford 1975; Wilson 2020).

³ Aufgrund der fehlenden Registrierung der ausgewählten Organisationen, ihrer Mitglieder und Zugehörigen war es nicht möglich, eine Zufallsstichprobe zu ziehen.

tausch und Verständigung zu erfassen und Analysen für Personen und Organisationen durchzuführen, die bisher nicht verfügbar waren. Mit unserem Ansatz können wir den Stellenwert religiöser Organisationen sowie die Bedeutung der Aktivitäten und Einstellungen von Mitgliedern und Engagierten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt untersuchen. Unser Forschungsansatz trägt somit dazu bei, neue Erkenntnisse zu generieren und bestehende Forschungslücken zu schließen. Wir setzen einzelne Ergebnisse unserer Studie in diesem Policy Paper in Relation zu Auswertungen von repräsentativen Daten der zehnten Erhebungswelle des European Social Surveys (ESS). Anhand des Vergleichs können wir feststellen, inwiefern die Ergebnisse unseres Samples von denen des ESS für die Gesamtbevölkerung abweichen.

Die **qualitative Teilstudie** bezieht sich auf die Organisationsebene. Hier haben wir leitfadengestützte Interviews mit Organisationsvertreter*innen durchgeführt, die ihre religiöse Organisation jeweils sehr gut kennen und die uns als Expert*innen über deren konkrete Situation und Probleme Auskunft geben konnten. In den Interviews haben wir unser Augenmerk auf die Erfragung von Ressourcen und Aktivitäten der christlichen und muslimischen Organisationen sowie auf politische und soziale Rahmenbedingungen und Strukturen gerichtet, die für die Organisationen und die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den drei Untersuchungsländern bedeutsam sind. Die präsentierten Ergebnisse und Zitate aus unserer qualitativen Studie sind als exemplarisch für die von uns durchgeführten Interviews zu verstehen. Die Befragungen für die beiden Teilstudien wurden von Oktober 2021 bis Oktober 2022 durchgeführt.

Im Folgenden beleuchten wir die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für unsere drei Untersuchungsländer. So kann davon ausgegangen werden, dass Aktivitäten, Einstellungen und Ressourcenausstattungen auch von Kontexten abhängig sind, die soziale und politische Beteiligung ermöglichen und fördern, oder die – umgekehrt – partizipative Strukturen untergraben können. Es ist davon auszugehen, dass die unterschiedlichen Rahmenbedingungen eine Auswirkung darauf haben, inwieweit und auf welche Weise die religiösen Organisationen und ihre Mitglieder religiös verankerte und darüberhinausgehende Aktivitäten durchführen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern können. Um die Ergebnisse der quantitativen Studie einzuordnen und zu interpretieren, beziehen wir uns auf diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontextbedingungen.

3.2 Untersuchungsländer: Deutschland, Polen und die Niederlande

Als Untersuchungsländer wurden die drei europäischen Länder Deutschland, Polen und die Niederlande ausgewählt, da sich diese hinsichtlich ihrer religiösen und politischen Kontextbedingungen zum Teil stark unterscheiden. Dies gilt für das **Staat-Kirche-Verhältnis** (Polen und Deutschland: Kooperationsmodell; Niederlande: formal stärkere Trennung), den **Säkularisierungsgrad** (Niederlande: hoch; Deutschland: moderat; Polen: niedrig) und für die **öffentliche Bedeutung von Religion** und den Umgang mit einzelnen Religionen, vor allem dem Islam. Insbesondere Muslim*innen sind mit Vorurteilen, Negativ-Zuschreibungen und Misstrauen konfrontiert (Pollack/Müller 2013; Hafez/Schmidt 2015). Die religionspolitischen Rahmenbe-

dingungen bewirken, dass religiöse Organisationen in den verschiedenen nationalen Kontexten sehr spezifisch agieren müssen, um beispielsweise öffentliche Fördergelder für ihre Arbeit zu erhalten (Kortmann 2019). Auch hinsichtlich der **Migrations- und Integrationspolitik** sowie der Bedeutung und Förderung von **zivilgesellschaftlichen Strukturen** und **Akteur*innen** unterscheiden sich die drei Länder.

3.2.1 Religiöse Kontextbedingungen

In **Deutschland** zeichnet sich das Verhältnis von Staat und Kirche bzw. Religionsgemeinschaften durch das Modell der Religionsfreundlichkeit aus (SVR 2016: 16, 18). Das Grundgesetz garantiert Religionsfreiheit und verbietet religiöse Diskriminierung bzw. Privilegierung. Gegenüber Religionen von zugewanderten Menschen aus anderen Kulturkreisen herrscht somit prinzipiell Offenheit und deren Entfaltungsmöglichkeiten werden garantiert. De facto ist das Verhältnis von Staat und Religionen in Deutschland historisch jedoch durch eine enge Kooperation zwischen dem Staat und den beiden christlichen Großkirchen geprägt (Willems 2018). Dies geht mit der Verleihung von spezifischen Sonderrechten einher, insbesondere dem Recht auf Steuereinzug unter Mitgliedern als Finanzierungsfundament der christlichen Kirchen, was diese – im Vergleich zu anderen Religionsgemeinschaften – handlungsfähiger und einflussreicher macht.

Angesichts einer zunehmenden Säkularisierung nehmen Einfluss und Bedeutung der Kirche als Institution in der deutschen Gesellschaft ab. Im Jahr 2020 waren 42 Prozent der deutschen Bevölkerung konfessionslos. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche sind nach wie vor die beiden größten Konfessionen in Deutschland, wenn auch nur noch mit einem Anteil von weniger als 50 Prozent an der Gesamtbevölkerung (Evangelische Kirche in Deutschland: 24%; Römisch-katholische Kirche: 26%). Muslim*innen stellen rund 4 Prozent, und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften rund 5 Prozent der Gesamtbevölkerung (fowid 2021). Ein starker Mitgliederrückgang und das Verschwinden von kirchlich vermitteltem religiösem Wissen gehen einher mit einem Rückzug der Kirchen und ihrer Beschäftigung mit sich selbst (Gräb 2019: 15). Dennoch bleiben Debatten über die christliche Prägung des Landes virulent. Dies gilt auch für öffentliche Diskussionen über die gesellschaftliche Rolle der Kirchen und Religionen, nicht zuletzt aufgrund von innerkirchlichen Krisen und Skandalen (Kowalski 2018; Brinkschröder et al. 2022; Frings et al. 2022; Forschungsverbund ForuM 2024).

Auch in den **Niederlanden** herrschen in Bezug auf Religionen und Weltanschauungen das Prinzip der Gleichbehandlung (van der Burg/de Been 2020: 12ff.), Religionsfreiheit und ein Diskriminierungsverbot (ebd.: 324; vgl. van den Brink/Loenen 2013). In öffentlichen Debatten wird zunehmend eine Trennung von Religion und Staat und ein Säkularismus betont (Schuh et al. 2012: 378). Dies hängt damit zusammen, dass die niederländische Population in Europa inzwischen zu den am wenigsten religiös bzw. kirchlich gebundenen Bevölkerungen zählt. Im Jahr 2021 gaben 57 Prozent der niederländischen Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren an, keiner Konfession oder religiösen Gruppe anzugehören. 18 Prozent bezeichneten sich als katholisch und 14 Prozent als protestantisch. Der Anteil der Muslim*innen blieb mit 5 Prozent stabil, ebenso wie die Gruppe, die angab, einer anderen weltanschaulichen Gruppe anzugehören (6%) (Statista 2023).

Im Vergleich zu Deutschland haben Kirchen und Religionsgemeinschaften in den Niederlanden eine andere rechtliche Stellung. Sie sind keine Körperschaften des öffentlichen Rechts, sondern werden nach niederländischem Gesetz als einfache Vereine oder Verbände betrachtet und besitzen folglich nicht das Recht, Kirchensteuern zu erheben (Vermeer/Mennen 2013). Damit sind Kirchen säkularen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gleichgestellt, wobei der Staat ausdrücklich keine rein religiösen Aktivitäten fördert (van Bijsterveld 2015: 503, 510). Davon unabhängig besteht in den Niederlanden, wie auch in Deutschland, eine lange Tradition von religiösem, insbesondere christlichem, Engagement in Wohlfahrt und Seelsorge (Vermeer/Mennen 2013).

In **Polen** herrschen laut Verfassung eine klare Trennung zwischen Staat und Kirche sowie Religionsfreiheit (Kapusta 2018: 399). Laut Verfassungstext haben damit alle Kirchen und Religionsgemeinschaften die gleichen Rechte (Milerski 2021: 84). Die katholische Kirche stellt jedoch in Polen mit großem Abstand die größte Konfession: 32,9 Millionen Einwohner*innen, also mehr als 85 Prozent der polnischen Bevölkerung, sind katholisch (Editorial Board of Statistics Poland 2018: 114). Historisch hat der Katholizismus das nationale Selbstverständnis Polens stark geprägt (Hainz 2014: 122). Als *primus inter pares* beeinflusst die katholische Kirche öffentliche Diskurse und private Lebensbereiche stark (Topidi 2019: 3ff.; Hainz 2014: 122ff.; Rynkowski 2019). Religiöse Minderheiten sind im öffentlichen Diskurs hingegen nicht wahrzunehmen (Topidi 2019: 7). In Bezug auf das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft nimmt die katholische Kirche in Polen quasi eine Zwischenposition ein; sie ist jedoch durch ihre starke Sonderrolle und ihre Allianzen mit der Politik, z. B. in Bezug auf Migrationsfragen oder Abtreibungsgesetze, nicht mit unabhängigen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vergleichbar (Hummel 2020: 657f.).

3.2.2 Migrations- und Integrationspolitik

Auch in Bezug auf die **Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik**, als eng miteinander verwobene Politikfelder, existieren in Deutschland, Polen und den Niederlanden je länderspezifische Rahmenbedingungen, Gesetze und Verordnungen sowie Zuständigkeitsverteilungen. Zudem handelt es sich bei den Migrations- und Flüchtlingspolitiken in der EU um komplexe Mehrebenenpolitiken, denn die nationalen Migrationspolitiken der Mitgliedsstaaten werden durch andere Staaten, europäische Richtlinien und Verordnungen beeinflusst (Schamann/Gluns 2021). In allen drei Untersuchungsländern wird das Prinzip einer gezielten Steuerung von Zuwanderung im Sinne einer Anwerbung von hochqualifizierten Fachkräften nach nutzenorientierten Erwägungen in Bezug auf spezifische Kompetenzen der Zuwanderer*innen verfolgt. Daher wird migrationspolitisch zwischen Arbeitsmigrant*innen und Geflüchteten unterschieden.

In **Deutschland** umfasst die Asyl- und Flüchtlingspolitik verschiedene Maßnahmen bzw. Ziele. Zu diesen gehören den 2015 und 2016 verabschiedeten Asylpaketen I und II zufolge unter anderem: eine bessere Zusammenarbeit mit sogenannten sicheren Herkunfts- und Transitländern, die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Eindämmung sogenannter „illegaler“ bzw. „irregulärer“ Migration sowie Einschränkungen von Familiennachzügen. Seit 2018 versucht die Bundesregierung mit dem zweiten Nationalen Aktionsplan Integration (NAP-I) Integrationsmaßnahmen staatlicher und nicht-staatlicher Akteur*innen aller föderalen Ebenen bundesweit

strategisch zu bündeln und orientiert sich dabei an fünf Phasen der Zuwanderung (Die Bundesregierung 2020). In Deutschland bestehen auf subnationaler Ebene viele Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten, um migrationspolitische Strategien, Konzepte und Programme für Flüchtlingshilfe in der Kommunalpolitik umzusetzen. Dies erfolgt unter Einbindung von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen wie Nichtregierungsorganisationen, Flüchtlingsräten und Wohlfahrtsverbänden (Gesemann/Roth 2016; Schammann/Kühn 2016).

In den **Niederlanden** zielt die Asyl- und Migrationspolitik ebenfalls darauf ab, eine effektive internationale Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern der Migrant*innen und sogenannten sicheren Drittstaaten zu fördern. Damit einhergehend betreffen weitere Ziele die Verhinderung von „irregulärer“ Migration und illegalen Aufenthalten und die Errichtung eines robusten, auf Solidarität beruhenden europäischen Asylsystems. Zugleich werden eine verbesserte Aufnahme, Integration und Partizipation für anerkannte Asylbewerber*innen angestrebt (Government of the Netherlands o.J.; Ministry of Justice and Security 2018). Im Zuge einer Dezentralisierung sind die niederländischen Kommunen seit 2015 eigenverantwortlich für die Ausgestaltung, Finanzierung und Umsetzung von Migrations- und Integrationsmaßnahmen zuständig (de Jong/Vonk 2019: 116, 172).

Polen hat seit seinem Beitritt zu internationalen Konventionen, wie der Genfer Flüchtlingskonvention im Jahr 1991, mehrere Reformen durchgeführt und das Asyl- und Migrationsrecht an EU-Mitgliedstaaten angeglichen (Alscher 2008). Seit 2016 konzentriert sich die Regierung stärker auf die innere Sicherheit, insbesondere mit einem Anti-Terror-Gesetz, das vereinfachte Festnahmen und Überwachung von Ausländer*innen ermöglicht (von Feldmann 2016: 34). Es existiert kein nationaler Plan für Integrationsmaßnahmen und für Integrationsprojekte auf regionaler Ebene sind im Staatshaushalt keine Gelder vorgesehen (Piłat/Potkańska 2017: 9). Auf die vom belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka bewusst instrumentalisierte Flucht- und Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze reagierte die damalige polnische Regierungspartei *Prawo i Sprawiedliwość* (kurz: PiS; deutsch: „Recht und Gerechtigkeit“) mit besonderer Härte (Sadura 2021). Im Gegensatz zur staatlich fokussierten Verhinderung von Einreisen, konzentrierten sich zivilgesellschaftliche Organisationen in Polen jedoch auf die Unterstützung von Geflüchteten bei deren Ankunft und Integration. Aufgrund der in dieser Arbeit gesammelten Erfahrungen konnten sie auch schnell auf die hohe Zahl von Geflüchteten aus der Ukraine nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges am 24. Februar 2022 reagieren (Listopad 2022).

3.2.3 Zivilgesellschaft

Auch **zivilgesellschaftliche Strukturen und Vereinigungen** haben in den drei Untersuchungsländern unterschiedliche Bedeutungen. In **Deutschland** und den **Niederlanden**, die aus der normativ-handlungslogischen Untersuchungsperspektive des CIVICUS-Monitors als Länder mit einer „offenen“ Zivilgesellschaft klassifiziert werden, gewährleistet der Staat zivilgesellschaftliche Freiheiten und einen leichten Zugang zu politischen Informationen. Die Gründung von Vereinigungen und die Teilnahme an öffentlichen Demonstrationen sind rechtlich möglich und unter polizeilichen Schutz gestellt. Zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es erlaubt, politische Autoritäten offen zu kritisieren und als Plattformen für Dialoge und Initiativen zu dienen (Giese et al. 2023: 10). In Deutschland werden zivilgesellschaftliche Akteur*innen

seit der Jahrtausendwende im Rahmen einer gemeinwohl- und integrationsfokussierten „Engagementpolitik“ stark gefördert (Olk/Klein 2010). In den Niederlanden existiert eine ausgeprägte Tradition zivilgesellschaftlichen, gemeinwohlorientierten Handelns. Allerdings sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen von starken Kürzungen öffentlicher Finanzierungen betroffen (Hummel et al. 2020: 43).

Polen ist dem CIVICUS-Monitor zufolge ein Land mit „eingeschränkter“ Zivilgesellschaft. In den Jahren der PiS-Regierung waren regierungspolitische nationalistische und autoritäre Bestrebungen erkennbar, die liberale, partizipatorische Trends und kritische, nicht regierungskonforme Meinungen und Aktivitäten bekämpften, da sie als Gefahr betrachtet wurden (ebd.: 78–82). Die Ausübung grundlegender Freiheitsrechte wurde durch verschiedene rechtliche und praktische Maßnahmen eingeschränkt. Kritische zivilgesellschaftliche Organisationen wurden von staatlichen Stellen überwacht und unter Druck gesetzt (ebd.; Giese et al. 2023: 11). Dennoch sind auch Trends zum Anstieg von Freiwilligen und sozialem Engagement sowie Kooperationen von professionellen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit öffentlichen Behörden zu verzeichnen (Hummel et al. 2020: 79, 81). Nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine wurde ein bedeutender Teil der humanitären Hilfe für Ukrainer*innen von kirchlichen Organisationen geleistet, obwohl die damalige Regierung zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen aktiv an ihrer unterstützenden Arbeit gehindert und diese verboten hatte (Angenendt et al. 2022: 3).

Vorgehensweise

In den nächsten Kapiteln präsentieren wir für die quantitative Teilstudie zunächst deskriptive Auswertungen von soziodemografischen Merkmalen und ausgewählten religions- und einstellungsbezogenen Variablen im Länder- und Konfessionsvergleich (→ Kap. 4). Danach widmen wir uns den Ergebnissen der qualitativen Teilstudie (→ Kap. 5) und schildern Probleme, Rahmenbedingungen, Potenziale und Lösungsansätze, die die christlichen und muslimischen Organisationsvertreter*innen bei ihren Aktivitäten für und mit Migrant*innen und Geflüchtete(n) als einflussreich und in der Zukunft nützlich wahrnehmen. Die Analysen verdeutlichen flüchtlings- und integrationspolitische Implikationen sowie Handlungsbedarfe, die wir abschließend in einzelnen Handlungsempfehlungen (→ Kap. 6) berücksichtigen.

4. Ergebnisse der quantitativen Teilstudie

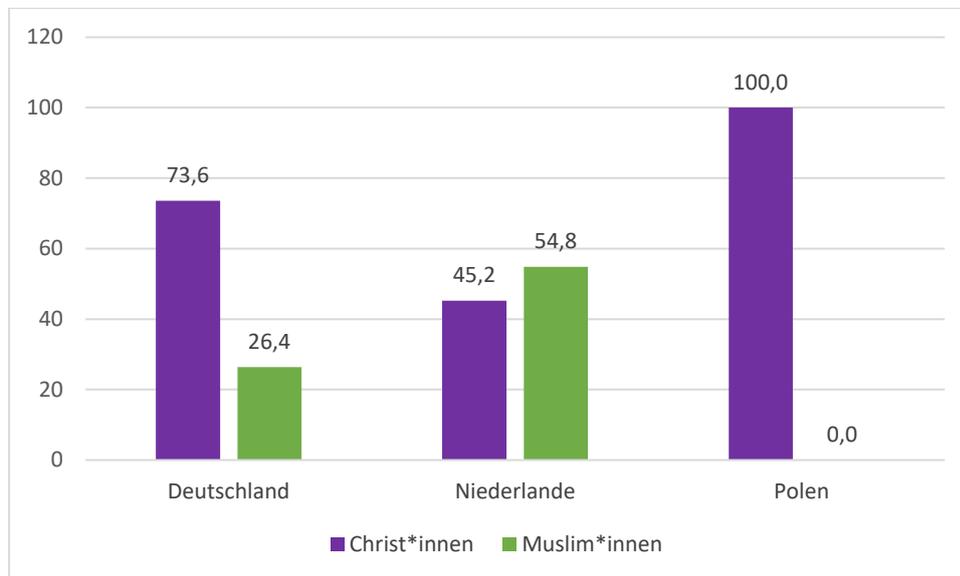
4.1 Soziodemografische Merkmale der Befragten

In den drei Untersuchungsländern nahm in den christlichen und muslimischen Organisationen eine unterschiedliche Zahl an Personen an der Befragung teil: in Deutschland 657, in den Niederlanden 257 und in Polen 239 Menschen.

Insgesamt sind **christliche** und **islamische Konfessionen** in den Datensätzen für die drei Länder in sehr unterschiedlichem Ausmaß vertreten (*Abb. 1*). Für die Auswertung in diesem Policy Paper haben wir Personen, die sich dem Protestantismus und dem Katholizismus zugehörig fühlen, als Christ*innen zusammengefasst. Menschen, die sich dem Sunnitentum,

Schiitentum und der Gruppe der Ahmadiyya zuordnen, haben wir als Muslim*innen gruppiert.⁴ Während sich in Deutschland mit rund 74 Prozent mehrheitlich Christ*innen an der Umfrage beteiligt haben, sind diese für die Niederlande zu 45 Prozent und für Polen zu 100 Prozent vertreten (Abb. 1). Da Muslim*innen in Polen eine sehr kleine Minderheit darstellen, sind diese für Umfragen schwer erreichbar.

Abb. 1: Konfessionen (in %)



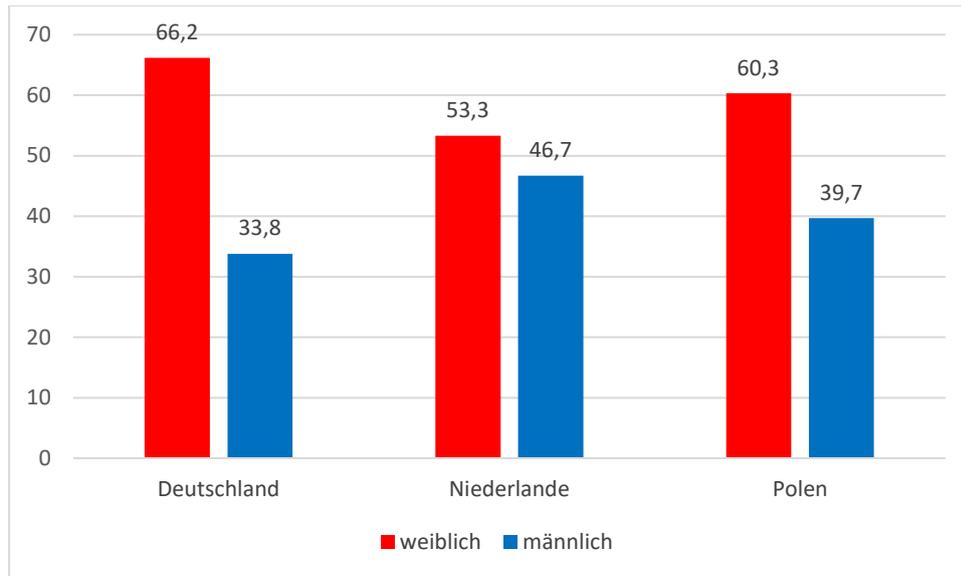
N_{DE} = 633; N_{NL} = 241; N_{PL} = 239.

Das **Geschlecht** wurde mit den Antwortmöglichkeiten „männlich“, „weiblich“ und „divers“ erfragt. In den vorliegenden Daten hat sich keine Person als divers identifiziert. Für alle drei Länder zeigt sich, dass sich in Deutschland und Polen mit über 60 Prozent und in den Niederlanden mit über 50 Prozent mehrheitlich Frauen an der Umfrage beteiligt haben (Abb. 2). Gründe hierfür dürften in einer stärkeren Präsenz und Aktivität von Frauen in religiösen Organisationen sowie in ihrer höheren Lebenserwartung liegen (Grobeck et al. 2018: 16).

Die Befragten besitzen mehrheitlich (auch) die **Staatsbürgerschaft** des Landes, in dem sie leben. Rund 19 Prozent der in den Niederlanden befragten Personen besitzen eine andere Staatsbürgerschaft (Abb. 3). Deren Besitz kennzeichnet einen rechtlichen Status, der eine formelle Bindung zwischen einer Person und einem Staat herstellt. Die Staatsbürgerschaft gewährt bestimmte Rechte und Pflichten, darunter politische Partizipation, staatlichen Schutz und Zugang zu sozialen und wirtschaftlichen Leistungen. Die Zugehörigkeit einer Person zu einem bestimmten Land qua Staatsbürgerschaft impliziert formell ein Bekenntnis zu dessen Werten, Gesetzen und Institutionen. Allerdings können sich Menschen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, aufgrund der Kultur, Sprache, sozialer Bindungen und persönlicher Erfahrungen mit einem Land verbunden fühlen.

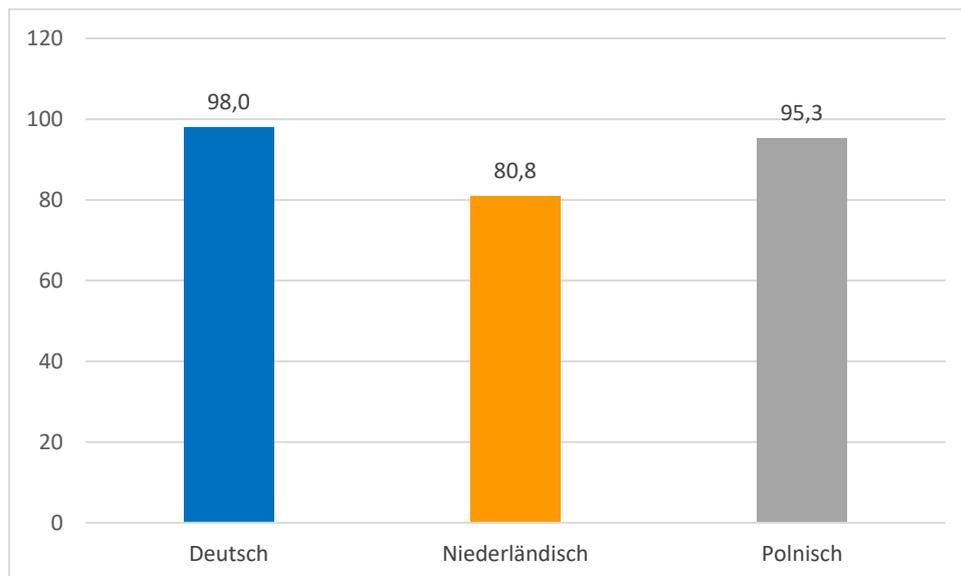
⁴ Diese Zusammenfassungen erfolgen aus analysepragmatischen Gründen und aufgrund sehr unterschiedlicher Fallzahlen für die einzelnen Konfessionen. Wir sind uns darüber bewusst, dass eine solche Integration seitens einiger Anhänger*innen der betreffenden Konfessionen aufgrund historischer Ereignisse sowie konfessioneller Differenzen in Lehre und Praxis des gelebten Glaubens abgelehnt wird.

Abb. 2: Geschlecht (in %)



$N_{DE} = 645$; $N_{NL} = 255$; $N_{PL} = 234$.

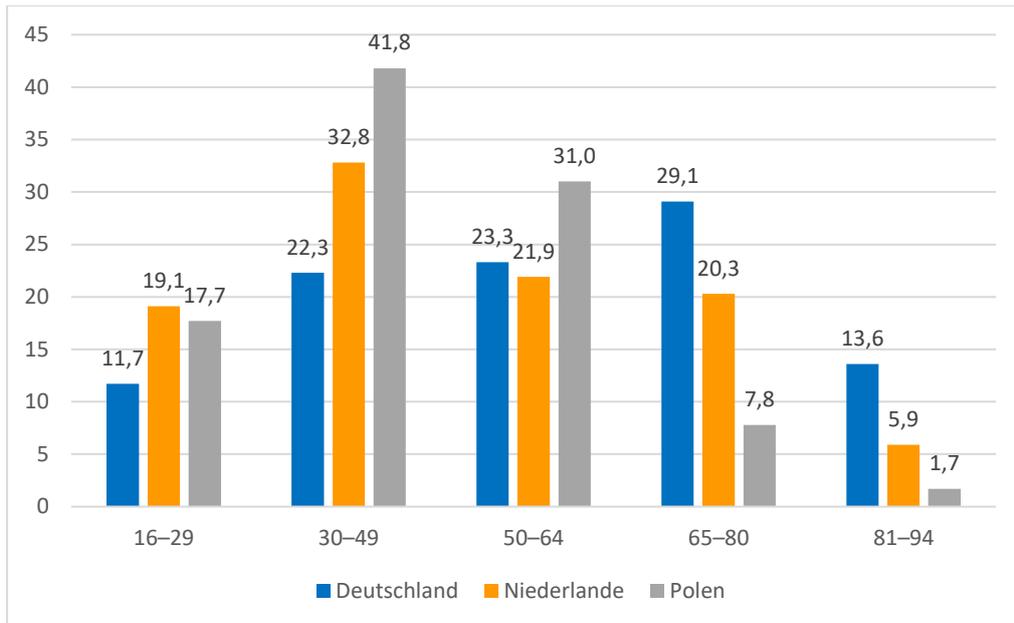
Abb. 3: Staatsangehörigkeit (in %)



$N_{DE} = 614$; $N_{NL} = 255$; $N_{PL} = 236$. Offene Frage: „Welche Staatsbürgerschaft haben Sie? → Wenn Sie die Staatsbürgerschaft mehrerer Länder besitzen, nennen Sie bitte alle.“

Für das **Alter** der Befragten zeigen sich zwischen den Ländern Unterschiede. In Deutschland liegt das Durchschnittsalter der Befragten bei 57,4, in den Niederlanden bei 49,4 und in Polen bei 45,5 Jahren. Insgesamt sind die Umfrageteilnehmer*innen in Deutschland am ältesten und in Polen am jüngsten. Dies zeigt auch eine Einteilung der Befragten in Altersgruppen nach fünf Lebensphasen (Simonson et al. 2021: 47f.) (Abb. 4): junge Erwachsene (16–29 Jahre), Erwachsene (30–49 Jahre), ältere Erwachsene (50–64 Jahre), Rentner*innen (65–80 Jahre) und Rentner*innen im höheren Alter (81–94 Jahre). Die meisten der Befragten in Deutschland (29%) sind 65 bis 80 Jahre alt, in den Niederlanden mit gut einem Drittel (33%) 30 bis 49 Jahre und in Polen mit rund 42 Prozent 30 bis 49 Jahre alt (Abb. 4).

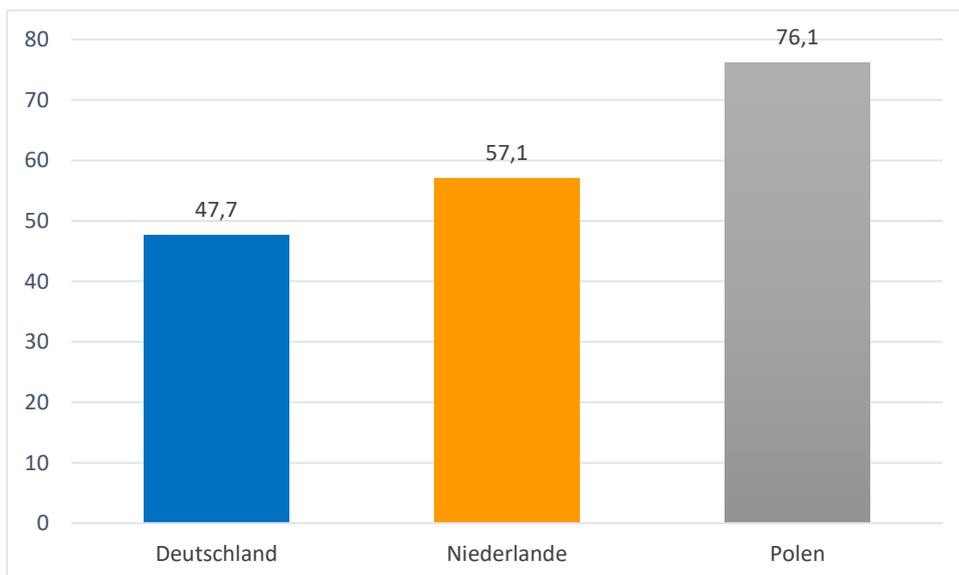
Abb. 4: Befragte nach fünf Altersgruppen (in %)



N_{DE} = 632; N_{NL} = 256; N_{PL} = 232.

Für die Erfassung des **Bildungsgrads** wurde nach dem höchsten Bildungsabschluss gefragt und in Bezug auf die finanzielle Situation um die persönliche Beurteilung der **gegenwärtigen finanziellen Lage** gebeten. Insgesamt zeigt sich, dass die Umfrageteilnehmer*innen in Deutschland (48%) ungefähr hälftig, in den Niederlanden mehrheitlich (57%) und in Polen sogar zu über einem Drittel (75%) Akademiker*innen sind (Abb. 5), das heißt einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss oder einen Dokortitel besitzen. Damit sind sie im Vergleich zu den Gesamtbevölkerungen in den drei Ländern überdurchschnittlich gut gebildet.

Abb. 5: Befragte mit akademischem Abschluss (in %)

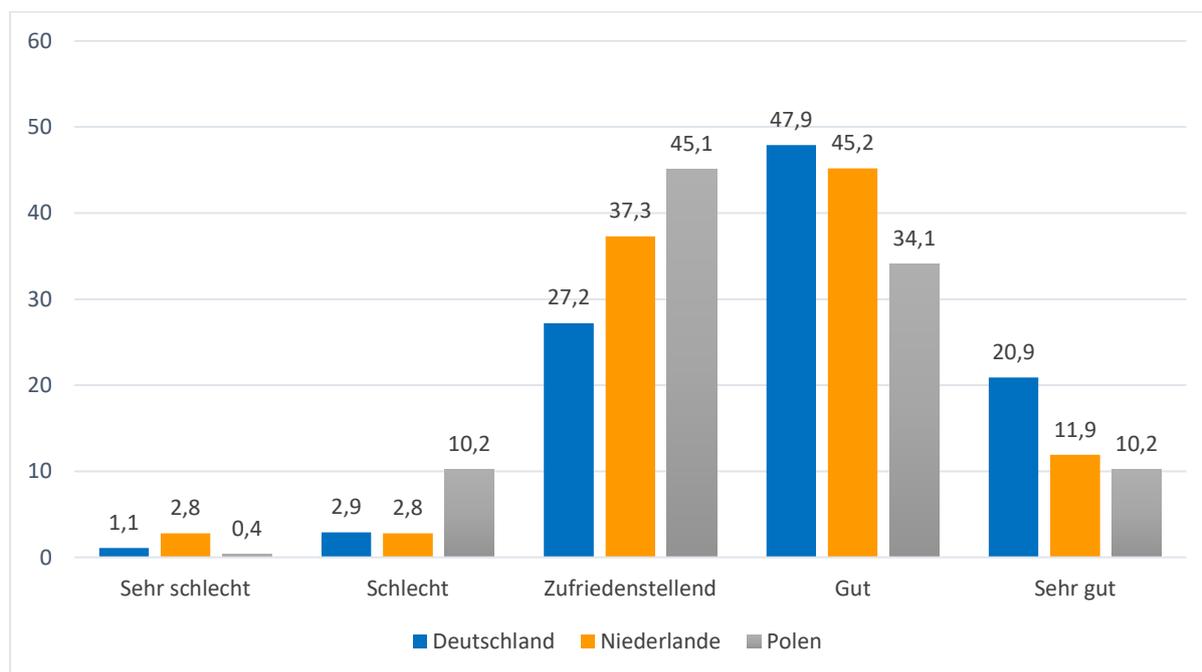


N_{DE} = 641; N_{NL} = 245; N_{PL} = 234.

Dem hohen Bildungsgrad entsprechend sind die Befragten auch finanziell gut aufgestellt. Im Ländervergleich zeigen sich jedoch Unterschiede (Abb. 6). Während die meisten der deutschen (45%) und niederländischen (44%) Befragten ihre finanzielle Lage als „gut“ einschätzen, tun dies nur 32 Prozent der polnischen Studienteilnehmer*innen (–13,2/–12,2 Prozentpunkte), von denen eine relative Mehrheit von 43 Prozent ihre finanzielle Lage lediglich als „zufriedenstellend“ einstuft (Abb. 6).

Die Ergebnisse spiegeln das bereits thematisierte Phänomen, dass Personen mit einem höheren Bildungs- und Einkommensniveau zu größeren Anteilen in Organisationskontexten involviert und freiwillig engagiert sind als Menschen mit einer schlechteren Ressourcenausstattung (→ Kap. 2).

Abb. 6: Selbsteinschätzung persönliche finanzielle Situation (in %)



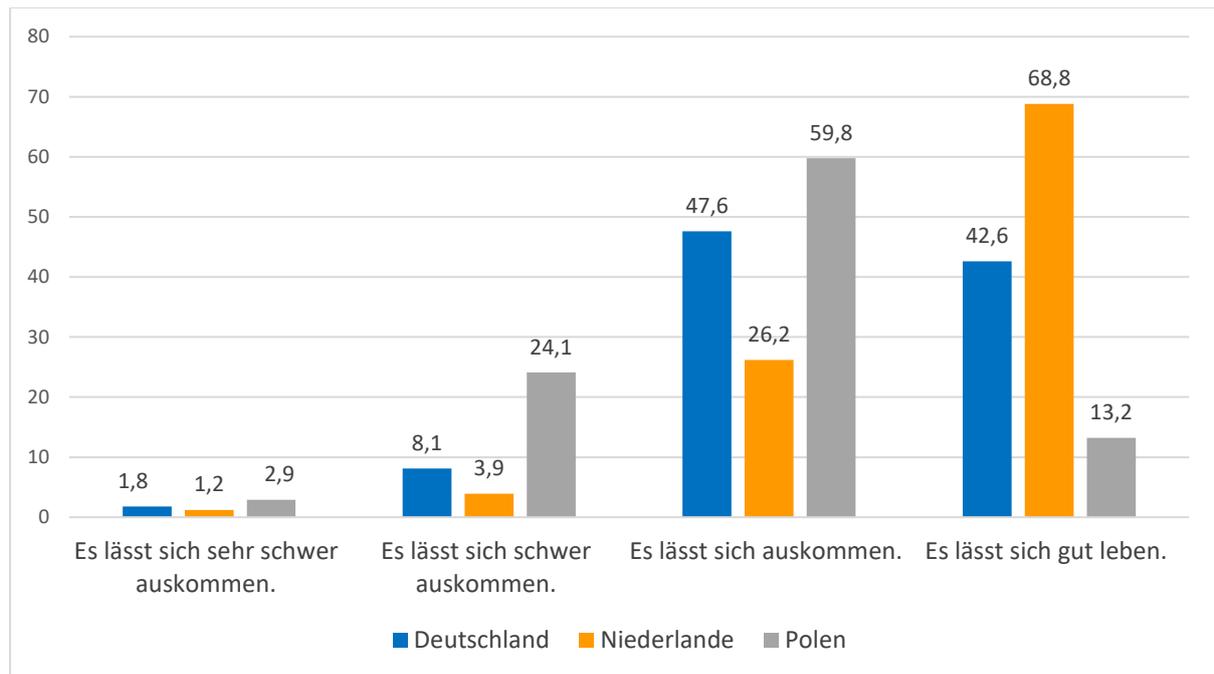
N_{DE} = 622; N_{NL} = 252; N_{PL} = 226.

Einschätzung des Haushaltseinkommens im ESS 10

Die im ZER-Projekt erhobenen Daten von Personen in religiösen Organisationen lassen sich mithilfe von allgemeinen Bevölkerungsumfragen kontextualisieren. Hierzu greifen wir auf Daten der zehnten Erhebungswelle des European Social Surveys (ESS) zurück, welche zwischen September 2020 und September 2022 erhoben wurden.

Vergleicht man die Projektdaten mit denen des ESS bezüglich der ökonomischen Situation, zeigt sich deutlich, dass insbesondere in Polen solche Personen befragt wurden, welche ökonomisch bessergestellt sind. Im ESS 10 geben lediglich 13,2 Prozent der Befragten an, mit ihrem Haushaltseinkommen gut leben zu können (Abb. 7). In der ZER-Erhebung haben hingegen 44,3 Prozent der polnischen Befragten ihre finanzielle Situation als „gut“ oder „sehr gut“ eingeschätzt.

Abb. 7: Einschätzung des Haushaltseinkommens ESS 10 (in %)

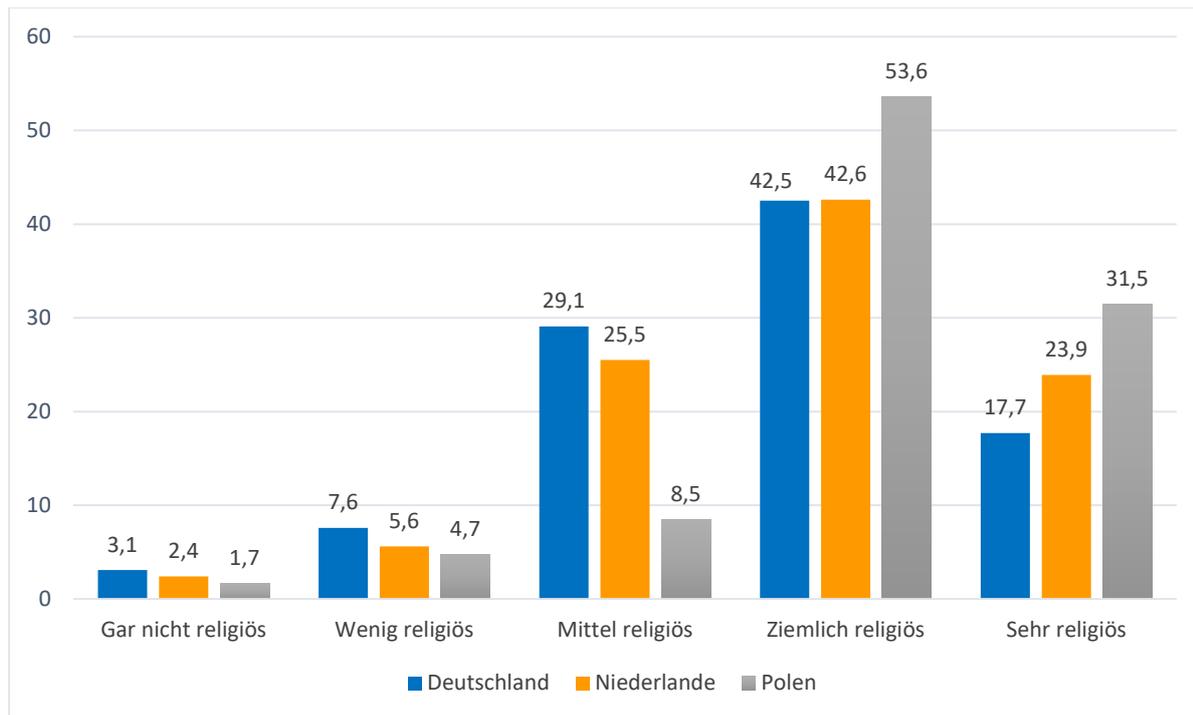


N_{DE} = 8.202; N_{NL} = 1.450; N_{PL} = 1.942.

Subjektive Religiosität wurde mit der Frage „Alles in allem: Als wie religiös würden Sie sich selbst bezeichnen?“ erfragt. Im Vergleich der Länder ist im Gesamtbild ersichtlich, dass es sich um sehr religiöse Studienteilnehmer*innen handelt, und zwar insbesondere in Polen (86%: „ziemlich“/„sehr religiös“). Die meisten der Befragten in den drei Untersuchungsländern sehen sich selbst als „ziemlich religiös“ (Deutschland: 43%; Niederlande: 43%; Polen: 54%) (Abb. 8).

Die für Polen stark ausgeprägte Religiosität kann auf die einflussreiche Rolle des katholischen Glaubens zurückgeführt werden, der historisch tief in der Kultur und nationalen Identität des Landes verankert ist (→ Kap. 3.2.1). In Deutschland und den Niederlanden sind die Selbsteinschätzungen auf einem ähnlichen Niveau angesiedelt (Abb. 8). Wie zu erwarten, verdeutlichen die Ergebnisse, dass die meisten Personen, die mit den religiösen Organisationen assoziiert sind, ein starkes Interesse an Religion haben und religiöse Überzeugungen und Praktiken als wichtigen Teil ihres Lebens betrachten. Es gibt jedoch auch einige Menschen, die aus anderen Gründen Teil einer religiösen Organisation sein wollen, beispielsweise aus kulturellen, sozialen, beruflichen oder geselligen, oder weil es dort Gelegenheiten gibt, sich in verschiedenen Bereichen gemeinsam für andere Menschen zu engagieren (→ Kap. 4.2).

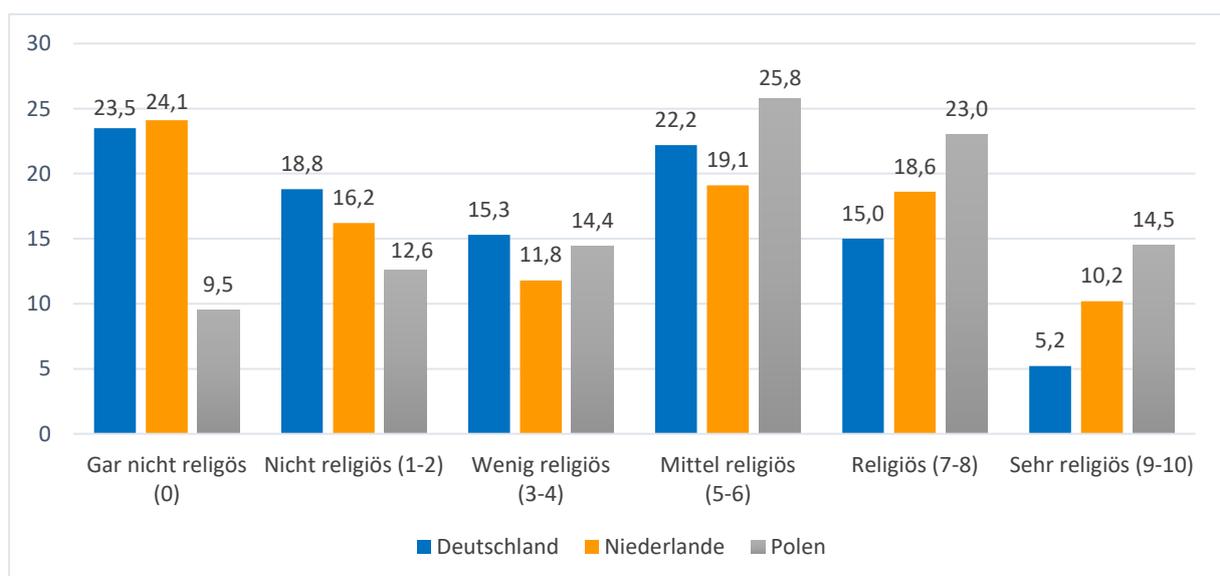
Abb. 8: Selbsteinschätzung persönliche Religiosität (in %)



N_{DE} = 643; N_{NL} = 251; N_{PL} = 235.

Der Vergleich mit den Bevölkerungsdaten des ESS 10 (Abb. 9) bestätigt den Befund, dass es sich bei den Befragten des ZER-Projekts um individuell religiösere Personen handelt. Die in Abbildung 8 dargestellte Verteilung zeigt eine deutlich rechtsschiefe Verteilung in Bezug auf eine höhere individuelle Religiosität der Befragten des ZER-Projekts. Die Erhebung des ESS zeigt jedoch, dass in der Gesamtbevölkerung in allen drei Ländern ein größerer Anteil nicht religiöser Personen vorhanden ist.

Abb. 9: Subjektive Religiosität ESS 10 (in %)



N_{DE} = 8.524; N_{NL} = 1.463; N_{PL} = 2.001. Frage: „Unabhängig davon, ob Sie sich einer bestimmten Religion zugehörig fühlen, für wie religiös würden Sie sich selber halten?“

4.2 Motive für interkulturelle und migrationsbezogene Aktivitäten

Motive für Engagement – das heißt konkrete Beweggründe für individuelles Handeln – können sehr vielfältig sein. Dabei ist jedoch nicht vom Vorhandensein eines *einzigsten* Motivs, sondern vielmehr von einer Kombination mehrerer Motive auszugehen. So kann für eine Person zum Beispiel relevant sein, dass sie gesellschaftliche Verhältnisse verändern und gleichzeitig Qualifikationen erwerben will.

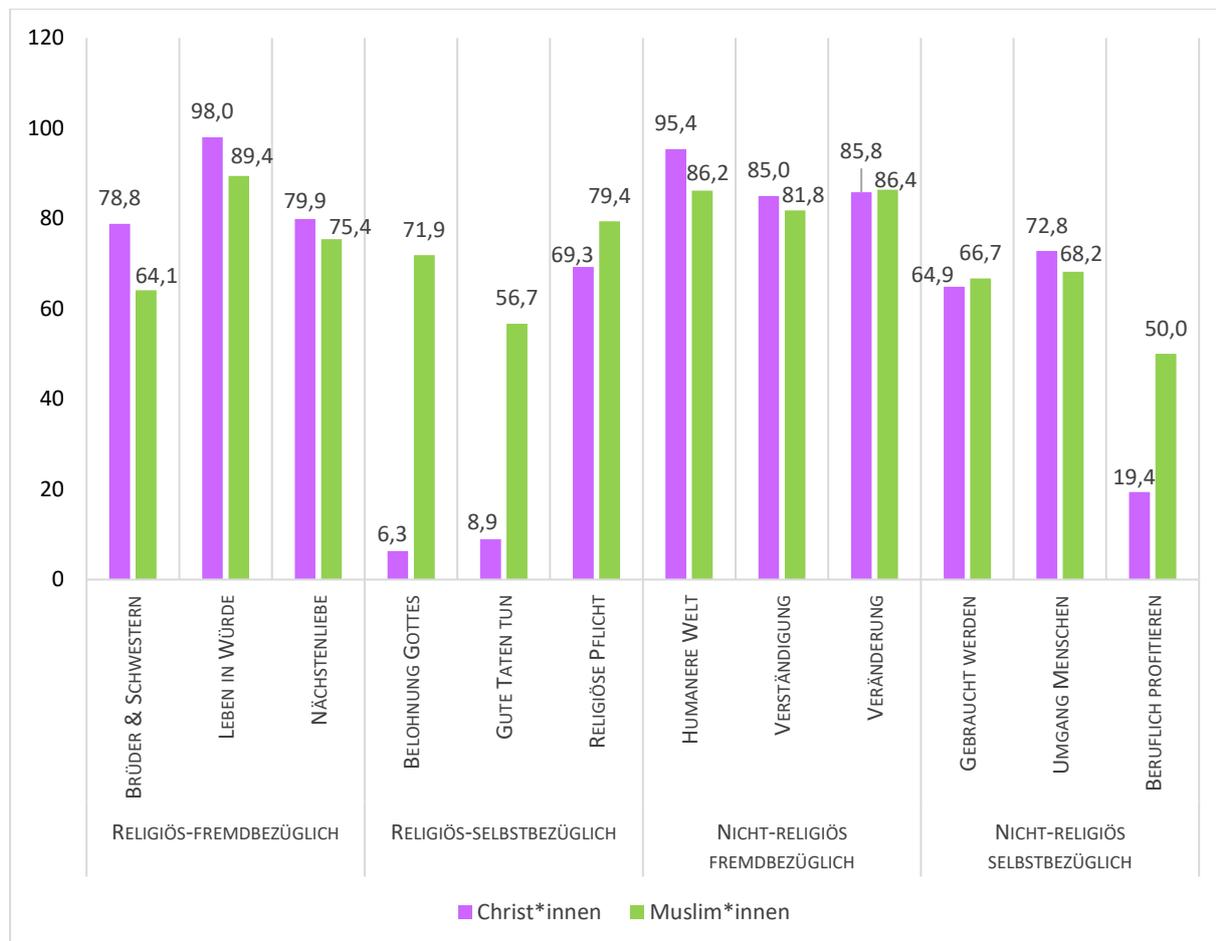
Im Rahmen unserer Studie haben wir untersucht, welche konkreten Motive mit einer Tätigkeitsübernahme in der Flüchtlingshilfe, in der Arbeit mit Migrant*innen und im interreligiösen Dialog verknüpft sind. Für die Formulierung von **religiösen Motiven** haben wir christliche und islamische Quellen identifiziert, die prosoziales Handeln vorschreiben und die uns als Ausgangspunkt für die konzeptionelle Unterscheidung von zwei Gruppen von Motiven gedient haben: 1.) *religiöse fremdbezügliche* Motive, die sich auf andere Menschen beziehen und die die moralische Pflicht implizieren, bedürftigen Menschen zu helfen, und 2.) *religiöse selbstbezogene* („eigennützige“) Motive, die auf der Annahme beruhen, dass das eigene Verhalten durch eine transzendente Macht sanktioniert – also belohnt oder bestraft – wird (Tab. 1). Analog zu diesen beiden *religiösen* Motivgruppen haben wir **nicht religiöse Motive** für zwei Gruppen entlang der Unterscheidung „auf andere Menschen bezogen“ versus „auf sich selbst bezogen“ formuliert (Tab. 1).

Tab. 1: Motive in vier Gruppen

Ich bin in diesem Bereich (in diesen Bereichen) tätig, weil ...
Religiöse fremdbezügliche Motive
<ul style="list-style-type: none"> ▪ ... die Menschen, für die ich mich engagiere, trotz aller Unterschiede meine Brüder und Schwestern (im Glauben) sind. ▪ ... Gott/Allah alle Menschen gleich geschaffen hat und deshalb jede*r ein Leben in Würde verdient. ▪ ... mich mein Glaube lehrt, dass ich meine Mitmenschen lieben soll, wie mich selbst.
Religiöse selbstbezügliche Motive
<ul style="list-style-type: none"> ▪ ... ich einmal für meine guten Taten von Gott/Allah belohnt werde. ▪ ... am Tag des Jüngsten Gerichts meine guten Taten gegen meine Sünden aufgewogen werden. ▪ ... es meine religiöse Pflicht als Christ*in/Muslim*a ist.
Nicht religiöse fremdbezügliche Motive
<ul style="list-style-type: none"> ▪ ... ich mich für eine humanere Welt einsetzen möchte. ▪ ... ich zur Verständigung zwischen den Religionen und Kulturen beitragen möchte. ▪ ... ich zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beitragen möchte.
Nicht religiöse selbstbezügliche Motive
<ul style="list-style-type: none"> ▪ ... mir mein Engagement das Gefühl gibt, gebraucht zu werden. ▪ ... ich dort lernen kann, mit verschiedensten Menschen umzugehen. ▪ ... ich von meinem Engagement auch beruflich profitieren kann.
<i>Antwortskala: Stimme überhaupt nicht zu – Stimme eher nicht zu – Ich bin unsicher – Stimme eher zu – Stimme voll und ganz zu</i>

Für **Deutschland** zeigt sich für die christlichen und muslimischen Befragten mit Zustimmungsraten von jeweils über 75 Prozent eine hohe Relevanz von religiös-fremdbezüglichen Motiven (Abb. 10). Die religiös-selbstbezüglichen Motive werden hingegen zu deutlich höheren Anteilen von den Muslim*innen bejaht (+65,6, +47,8, +10,1 Prozentpunkte). Ein weiterer auffälliger Unterschied lässt sich für das Motiv, beruflich profitieren zu können, feststellen (Muslim*innen: +30,6 Prozentpunkte).

Abb. 10: Zustimmungen zu Motiven in Deutschland (Mehrfachantworten, in %)

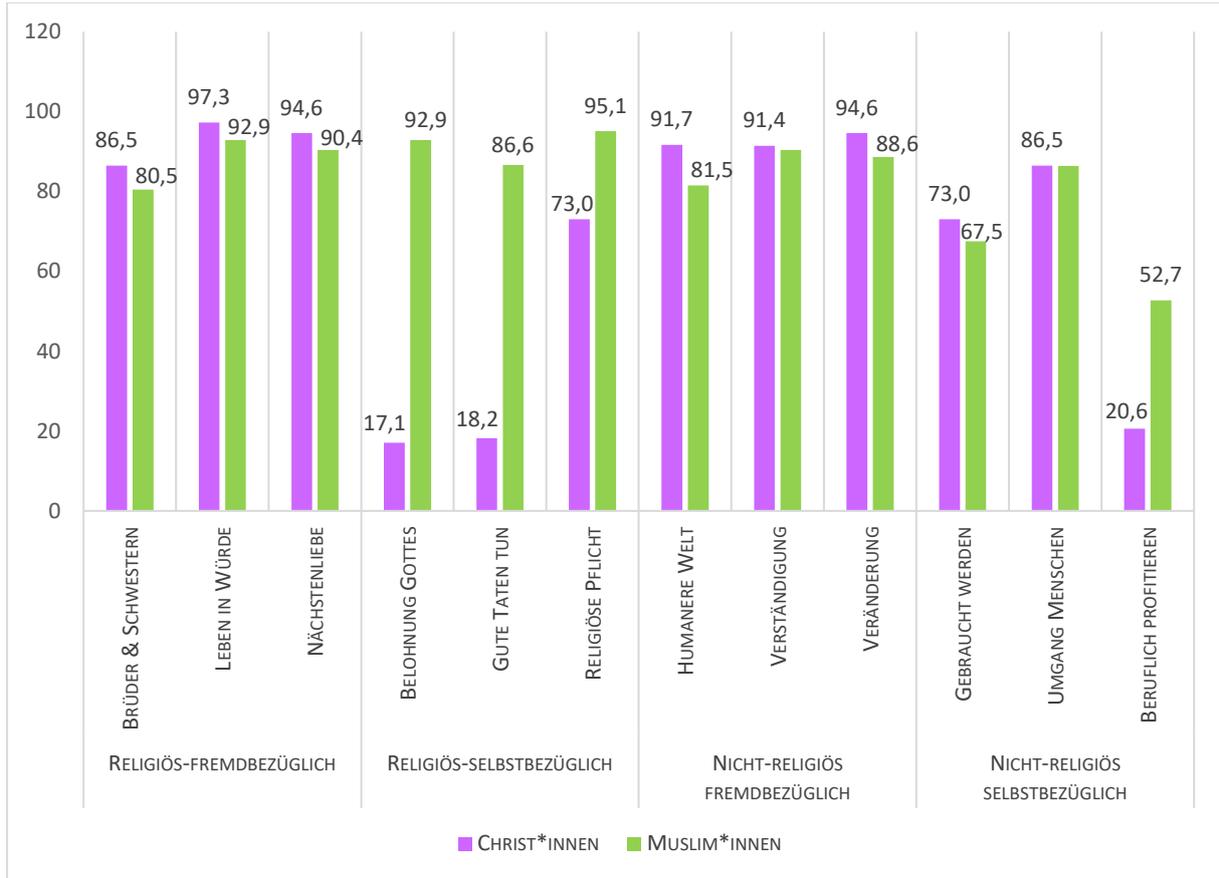


N_{Christ*innen} = 111–153 | N_{Muslim*innen} = 60–66.

Für die **Niederlande** zeigen sich für das Antwortverhalten im Konfessionsvergleich für die Motive insgesamt sehr ähnliche Verteilungen und Muster wie in Deutschland (Abb. 11).

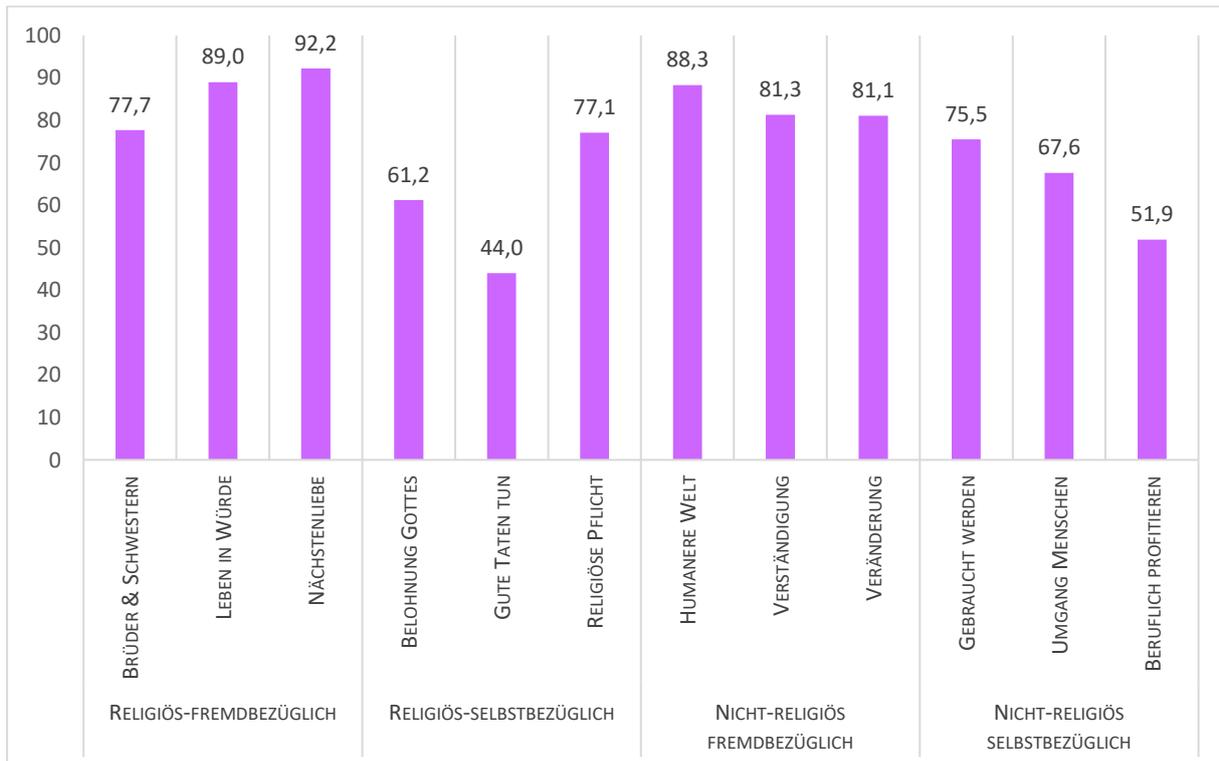
Für die Christ*innen in **Polen** ist im Vergleich zu den deutschen und niederländischen Christ*innen eine deutlich höhere Relevanz der zwei religiös-selbstbezüglichen Motive, die sich auf göttliche Belohnungen für gute Taten beziehen, sowie des Motivs beruflich profitieren zu können, erkennbar (Abb. 12).

Abb. 11: Zustimmungen zu Motiven in den Niederlanden (Mehrfachantworten, in %)



N_{Christ*innen} = 33–37 | N_{Muslim*innen} = 71–84.

Abb. 12: Zustimmungen zu Motiven in Polen (Mehrfachantworten, in %)



N_{Christ*innen} = 91–118.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass für die deutschen und niederländischen Muslim*innen sowie für die polnischen Christ*innen ein strengerer, jenseits- und sanktionsorientierter Glaube bedeutsam(er) ist, der von Belohnungen und Bestrafungen für (nicht) gottgefälliges Handeln nach dem Tod im Jenseits ausgeht. Dass das Motiv, vom Engagement auch beruflich profitieren zu können, für die Muslim*innen und die polnischen Christ*innen bedeutsamer ist, könnte auf eine schwächere sozioökonomische Lage und auf die Minderheitensituation der Muslim*innen zurückzuführen sein. Möglichkeiten, im Engagement persönliche Kenntnisse und Fähigkeiten zu erweitern, Netzwerke aufzubauen und einflussreiche statushöhere Personen kennenzulernen, sollten für die eigene Professionalisierung und das berufliche Fortkommen genutzt werden können.

4.3 Verbundenheitsgefühl mit der eigenen religiösen Organisation

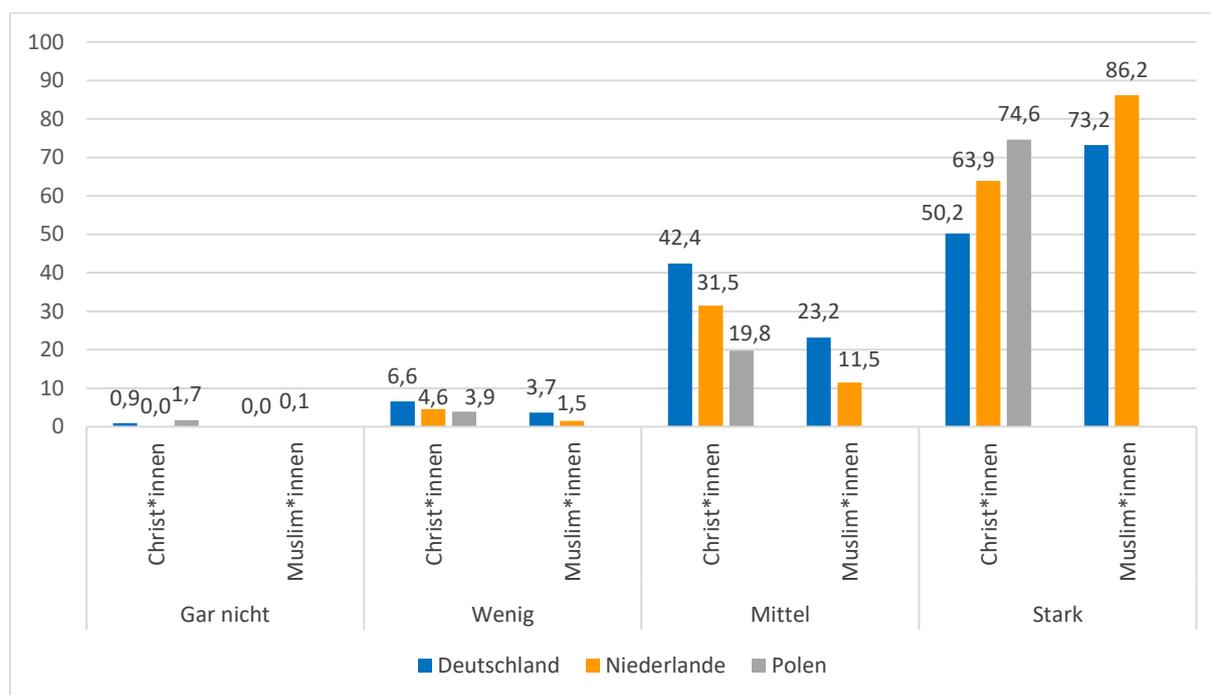
Das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft ist eine der drei Kerndimensionen des sozialen Zusammenhalts (→ Kap. 2), denn Menschen, die sich zugehörig fühlen, neigen eher dazu, einander zu vertrauen, sich solidarisch füreinander einzusetzen und sich in sozialen Aktivitäten gemeinsam zu engagieren.

Im Länder- und Konfessionsvergleich fühlen sich die Muslim*innen in den **Niederlanden** (86%) mit ihrer religiösen Organisation am stärksten verbunden (Abb. 13). Unter den Christ*innen zeigt sich die stärkste Verbundenheit in **Polen** (75%), die niedrigste in **Deutschland** (50%). Entsprechend fallen die Prozentwerte für ein „mittelstarkes“ Zugehörigkeitsgefühl zur eigenen religiösen Organisation für die einzelnen Länder und Konfessionen jeweils niedriger oder höher aus (Abb. 13). Auffällig ist die im Vergleich geringere Verbundenheit der Christ*innen in Deutschland. Hierin könnten sich erstarkende Tendenzen von Säkularisierung und Individualisierung (Pickel 2018) und der in den letzten Jahren in Deutschland omnipräsente Krisenmodus der christlichen Kirchen, nicht zuletzt aufgrund der Missbrauchsskandale und Homophobie-Vorfälle, widerspiegeln (Kowalski 2018; Brinkschröder et al. 2022; Frings et al. 2022; Forschungsverbund ForuM 2024). Dies kann dazu führen, dass die Menschen stärker dazu neigen, ihre religiösen Überzeugungen auf persönlicher Ebene zu interpretieren und auszuleben, was dann mit einer geringeren Bindung an organisierte religiöse Gemeinschaften einhergeht.

In Polen spielt hingegen die historisch tief verwurzelte nationale christliche Kulturtradition nach wie vor eine bedeutende Rolle bei der Identitätsentwicklung und Bindung der Menschen an ihre religiösen Gemeinschaften.

Das starke Zugehörigkeitsgefühl zur eigenen religiösen Organisation unter den Muslim*innen ist mit der spezifischen und alternativlosen Multifunktionalität muslimischer Organisationen in der Diaspora zu erklären. Häufig fungieren sie als mehrzweckorientierte Dienstleistungszentren, die die religiöse Grundversorgung, Unterstützung, Beratung und soziale Angebote bereitstellen, Zusammenkünfte und Austausch und die Pflege der Herkunftskultur und Muttersprache in geschützten Räumen ermöglichen (Baumann 2016: 111; Ceylan 2008; Behloul/Lathion 2007: 201).

Abb. 13: „Wie sehr fühlen Sie sich mit ihrer religiösen Gemeinde/Organisation verbunden?“ (in %)



Deutschland $N_{\text{Christ*innen}} = 458$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 164$ | Niederlande $N_{\text{Christ*innen}} = 108$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 130$ | Polen $N_{\text{Christ*innen}} = 232$.

4.4 Einstellungen gegenüber Geflüchteten

Wir haben Einstellungen gegenüber Geflüchteten anhand persönlicher Einschätzungen zu positiven und negativen Auswirkungen der Flüchtlingsaufnahme in den drei Untersuchungsländern gemessen.⁵ Die positiv konnotierten Antwortvorgaben betreffen die Aspekte einer wahrgenommenen kulturellen Bereicherung, demografische und wirtschaftliche Kompensationseffekte sowie eine ethisch und rechtlich gegebene Verpflichtung, Geflüchtete aufzunehmen.

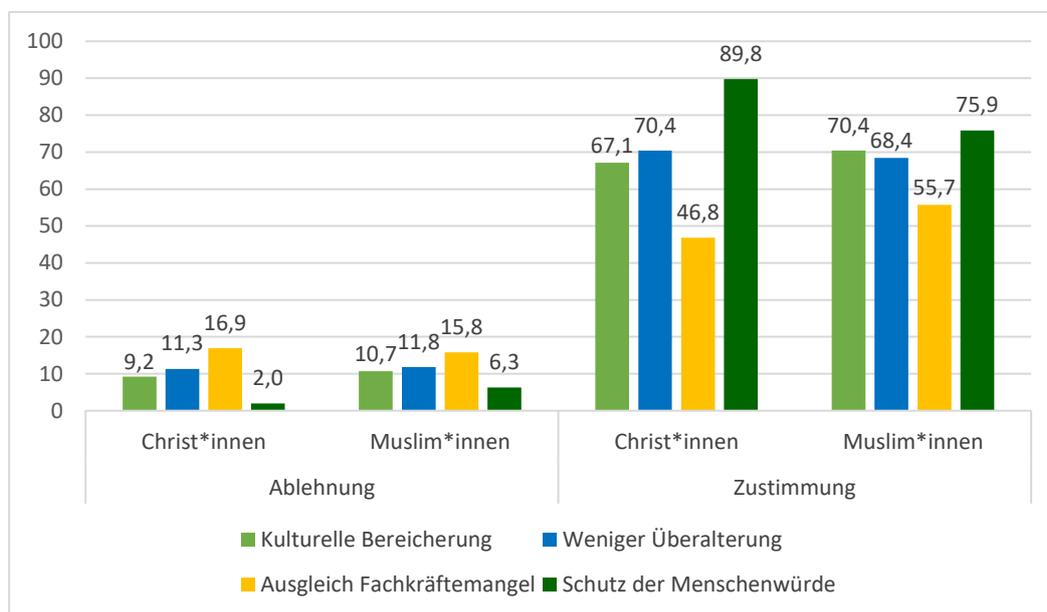
Die **negativ konnotierten Einstellungssitems** beziehen sich auf Befürchtungen einer erhöhten Wohnungs- und Arbeitsmarktkonkurrenz, einer Wohlstandsbedrohung, eines zu stark werdenden Islams und eines Anstiegs der Kriminalität. Die Items implizieren mögliche ökonomische und kulturelle Bedrohungsszenarien aufgrund von als schädlich eingestuften Eigenschaften der Geflüchteten. Sie enthalten Vorurteile (‘Islamisierung’, ‘Ausländerkriminalität’) als eine Erscheinungsform von Einstellungen, die als ausgeprägte negative Bewertungen von Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund von deren wahrgenommener Zugehörigkeit zu einer vermeintlich homogenen sozialen Gruppe definiert werden. Vorurteile beruhen weniger auf Erfahrungen als vielmehr auf starken Vereinfachungen und Verallgemeinerungen, um Komplexität zu reduzieren (Allport 1954; Tajfel 1982; Brown 1995). Dadurch werden objektive, tatsächliche Gegebenheiten verzerrt. Auf wahrgenommener Gruppenzugehörigkeit basierende negative Bewertungen können eine integrierende Funktion für die eigene Gruppe haben. Persönlich

⁵ Wir haben Items der Studie *Willkommenskultur zwischen Skepsis und Pragmatik* (Kober/Kösemann 2019) sowie weitere Einstellungssitems zu ökonomischen und kulturellen Bedrohungsgefühlen des deutschen Umfrageinstituts infratest-dimap verwendet.

durch Zuwanderung wahrgenommene Bedrohungen, wie etwa wirtschaftliche Belastungen, die Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes oder der kulturellen Identität, können – unabhängig von einer objektiv gegebenen Situation – zu ablehnenden und feindseligen Haltungen gegenüber Migrant*innen und Geflüchteten führen (Stephan/Stephan 2000; Stephan et al. 2005).

Für die **positiven Einstellungen** sehen wir für die drei Länder und für Christ*innen und Muslim*innen insgesamt eine deutlich größere Zustimmung als Ablehnung (Abb. 14). Für **Deutschland** befindet sich das Antwortverhalten für die beiden Konfessionen auf einem ähnlichen Niveau. Allein für den gebotenen Schutz der Menschenwürde ist eine höhere Zustimmung der Christ*innen zu beobachten (+13,9 Prozentpunkte).

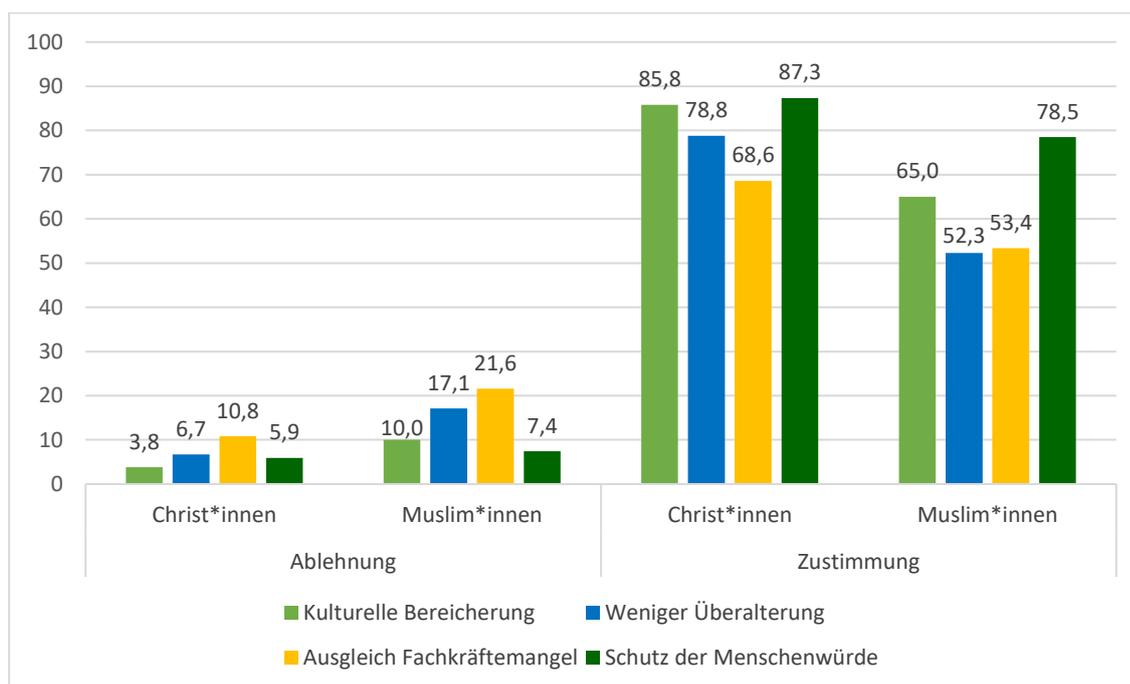
Abb. 14: Positive Einstellungen gegenüber Geflüchteten im Konfessionsvergleich in Deutschland (Mehrfachantworten, in %)



Deutschland $N_{\text{Christ*innen}} = 423\text{--}449$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 152\text{--}159$. Zusammenfassung der 5er-Skala „Stimme überhaupt nicht zu“, „Stimme eher nicht zu“, „Teils, teils“, „Stimme eher zu“, „Stimme voll und ganz zu“ zu 2er-Skala ohne Berücksichtigung der Mittelkategorie „Teils, teils“ | Items: „Die Aufnahme von Geflüchteten [in Deutschland] ... führt zu einer kulturellen Bereicherung der [deutschen] Gesellschaft – ... führt dazu, dass [Deutschland] weniger überaltert. – ... gleicht den Fachkräftemangel in [Deutschland] aus. – ... ist aufgrund des Schutzes der Menschenwürde geboten.“

Für die **Niederlande** ist zu registrieren (Abb. 15), dass christliche Befragte stärker als die Muslim*innen geneigt sind, die Aufnahme von Geflüchteten als kulturelle Bereicherung, als Beitrag zur Verjüngung der Gesellschaft und als Kompensation des Fachkräftemangels zu betrachten (+20,8, +26,5, +15,2 Prozentpunkte).

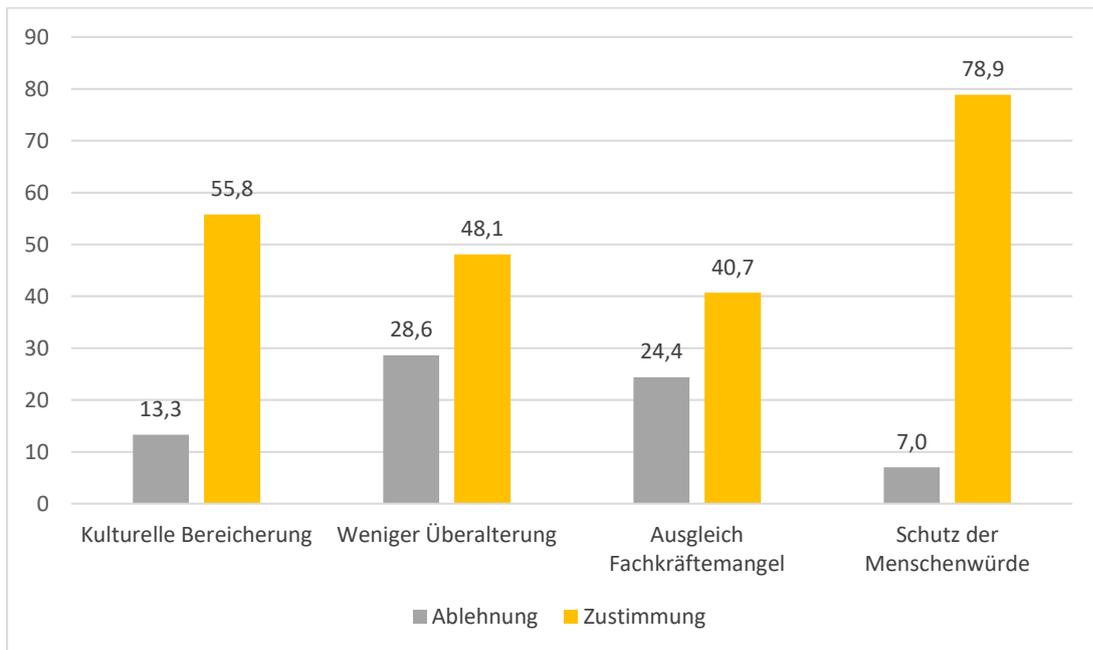
Abb. 15: Positive Einstellungen gegenüber Geflüchteten im Konfessionsvergleich in den Niederlanden (Mehrfachantworten, in %)



Niederlande $N_{\text{Christ*innen}} = 102-106$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 111-121$.

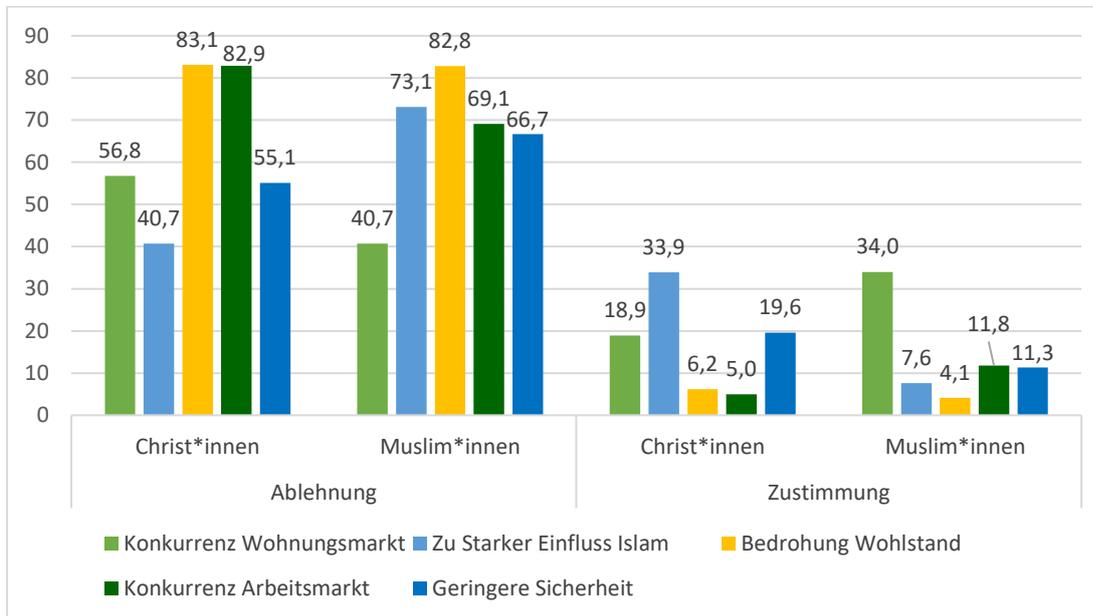
Für die Christ*innen in **Polen** zeigt sich im Vergleich zu den beiden anderen Untersuchungs-ländern und zwei Konfessionen im Gesamtbild eine geringere Zustimmung zu den positiven Bewertungsaussagen und damit negativere Einstellungen gegenüber der Fluchtzwanderung (Abb. 16). Dies gilt im Vergleich zu den Christ*innen und Muslim*innen in Deutschland mit einer Differenz von jeweils mehr als 20 Prozentpunkten insbesondere für die angenommene Konsequenz der geringeren Überalterung. Im Vergleich zu den Christ*innen in den Nieder-landen zeigen sich für die kulturelle Bereicherung, die geringere Überalterung und den Fachkräf-temangelausgleich für Polen deutlich geringere Zustimmungsniveaus (Polen: -30, -30,7, - 27,9 Prozentpunkte) und für alle vier positiven Einstellungsitems interessanterweise eine deutlich stärkere Korrespondenz mit den Zustimmungsniveaus der Muslim*innen in den Nie-derlanden (Polen: -9,2, -4,2, -12,7, -0,4 Prozentpunkte).

Abb. 16: Positive Einstellungen von Christ*innen gegenüber Geflüchteten in Polen (Mehrfachantworten, in %)



Polen N_{Christ*innen} = 189–227.

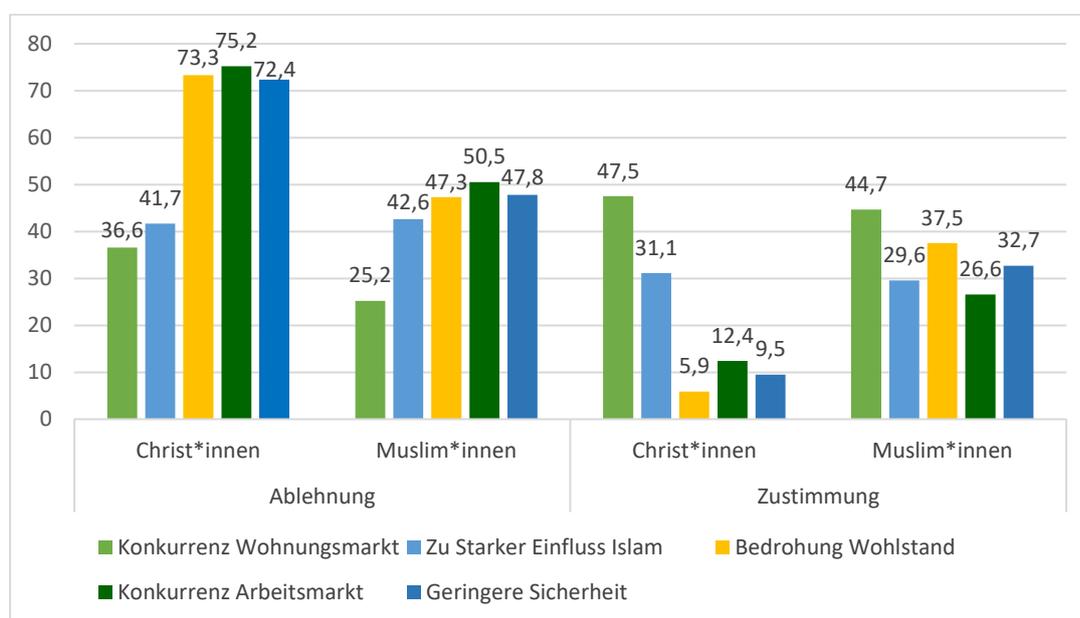
Abb. 17: Negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten im Konfessionsvergleich in Deutschland (Mehrfachantworten, in %)



Deutschland N_{Christ*innen} = 428–445, N_{Muslim*innen} = 145–152. Zusammenfassung der 5er-Skala „Stimme überhaupt nicht zu“, „Stimme eher nicht zu“, „Teils, teils“, „Stimme eher zu“, „Stimme voll und ganz zu“ zu 2er-Skala ohne Berücksichtigung der Mittelkategorie „Teils, teils“ | Items: „Ich befürchte, dass durch die Aufnahme von Geflüchteten ... die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt zu groß wird. – ... der Einfluss des Islams in [Deutschland] zu stark wird. – ... unser Wohlstand in [Deutschland] bedroht wird. – ... die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu groß wird. – ... die Sicherheit im öffentlichen Raum geringer wird.“

Entsprechend den Zustimmungsraten zu den positiven Einstellungen sind für die **negativen Einstellungen** für die drei Länder und für Christ*innen und Muslim*innen insgesamt höhere Ablehnungsraten zu registrieren (Abb. 17, Abb. 18, Abb. 19). Für **Deutschland** zeigt sich in Bezug auf die Befürchtung eines zu stark werdenden Einflusses des Islams im Vergleich der Konfessionen und der Beantwortung der anderen Items eine höhere Zustimmung der Christ*innen (+26,3 Prozentpunkte). Der Befürchtung einer Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt stimmen die Muslim*innen in einem stärkeren Ausmaß zu (+15,1 Prozentpunkte). Im Vergleich zu Deutschland sind für die Muslim*innen und Christ*innen in den **Niederlanden** größere Unterschiede festzustellen (Abb. 18). Dies gilt für negativere Einstellungen der Muslim*innen in Bezug auf eine befürchtete Wohlstandsbedrohung (+31,6 Prozentpunkte), Arbeitsmarktkonkurrenz (+14,2 Prozentpunkte) sowie geringere Sicherheit im öffentlichen Raum (+23,2 Prozentpunkte).

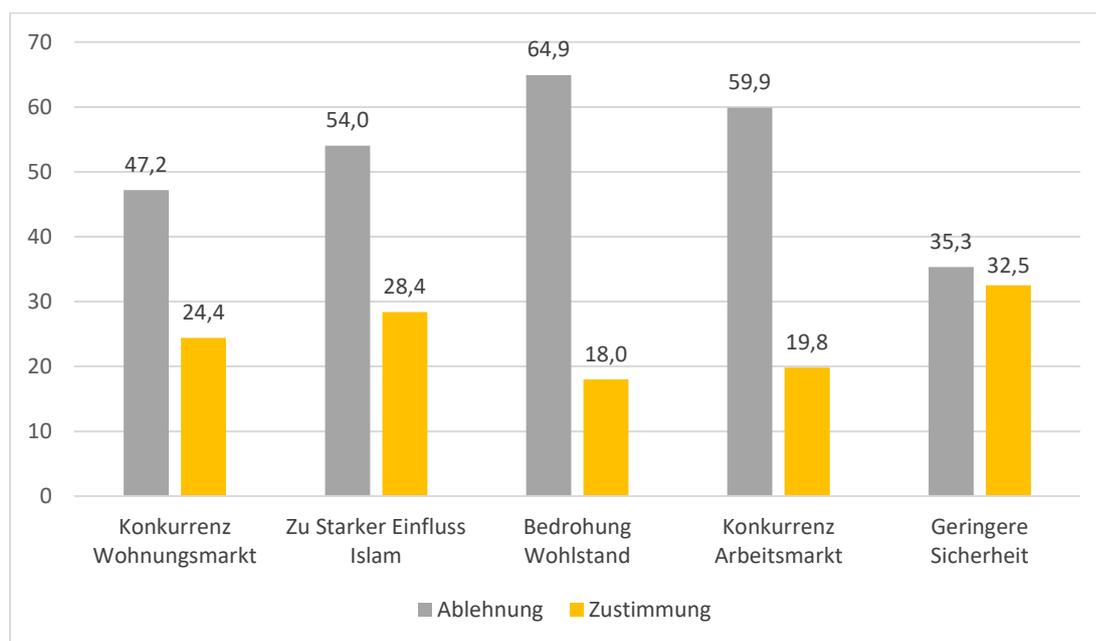
Abb. 18: Negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten im Konfessionsvergleich in den Niederlanden (Mehrfachantworten, in %)



Niederlande $N_{\text{Christ*innen}} = 101-105$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 103-115$.

Für die Christ*innen in **Polen** (Abb. 19) zeigt sich gegenüber den Christ*innen in Deutschland eine größere Zustimmung zur Wohlstandsbedrohung, Arbeitsmarktkonkurrenz und geringeren Sicherheit (Polen: +11,8, +14,8, +12,9 Prozentpunkte). Im Verhältnis zu den niederländischen Christ*innen ist wiederum eine höhere Zustimmung zur Wohnungs- und Arbeitsmarktkonkurrenz und zur geringeren Sicherheit festzustellen (Polen: +23,1, +12,1, +23 Prozentpunkte). Während sich im Vergleich zu den deutschen Muslim*innen im Sample – bis auf die Wohnungsmarktkonkurrenz (Deutschland: +9,6 Prozentpunkte) – eine deutlich höhere Bejahung aller negativen Einstellungsitems für Polen zeigt, gilt dies jedoch nicht im Vergleich zu den niederländischen Muslim*innen: Für die polnischen Christ*innen zeigen sich durchweg *geringere* Zustimmungsraten auf sehr unterschiedlichen Differenzniveaus, in starkem Ausmaß insbesondere für die Wohnungsmarktkonkurrenz und die Wohlstandsbedrohung (Polen: –20,3, –19,5 Prozentpunkte).

Abb. 19: Negative Einstellungen von Christ*innen gegenüber Geflüchteten in Polen (Mehrfachantworten, in %)



Polen N_{Christ*innen} = 197–212.

Die unterschiedlichen Ergebnisse für die positiven und negativen Einstellungen gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten im Länder- und Konfessionsvergleich können auf verschiedenartig ausgeprägte sozioökonomische, religiöse, öffentlich-mediale und flüchtlingspolitische Verhältnisse in den Untersuchungsländern zurückgeführt werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass die befragten Christ*innen in Deutschland die Geflüchteten – im Vergleich zu den Muslim*innen – in höherem Ausmaß als Muslim*innen betrachten, von denen ein zu starker Einfluss ausgeht (Abb. 17), und sie gegenüber muslimischer Fluchtzuwanderung damit tendenziell misstrauischer eingestellt sind. Dies ist damit zu erklären, dass seit 2015 viele Menschen aus muslimisch geprägten Ländern, wie Syrien, Afghanistan und Irak, nach Deutschland geflohen sind. Zudem haben die muslimische Zuwanderung und harte wirtschaftlichen Konsequenzen der Fluchtzuwanderung seit 2015 in den öffentlichen Debatten und Medien in Deutschland eine dominante Rolle gespielt. Dass Muslim*innen in Deutschland eine größere Solidarität gegenüber muslimischen Geflüchteten zeigen, sollte auf geteilte Herkunftsbezüge und Migrationserfahrungen, gemeinsame religiöse und kulturelle Identitäten und kritischere Perspektiven auf die Medienberichterstattung zurückzuführen sein (Nagel/EI-Menouar 2017).

Die Unterbringungs- und Wohnraumfrage spielt im Zusammenhang mit der Aufnahme von Geflüchteten eine große Rolle. Dass die Muslim*innen in Deutschland und den Niederlanden eine größere Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt befürchten, könnte damit zusammenhängen, dass sie in Kommunen leben, in denen aufgrund von Wohnungsknappheit und steigenden Mieten, Konkurrenz um bezahlbare Wohnungen herrscht. Eine solche Situation sollte ihre Sorge vergrößern, dass sich die bereits angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt nochmal verschärfen wird. Zudem sind viele Muslim*innen selbst als Geflüchtete oder Migrant*innen in

die Niederlande gekommen und kennen die Schwierigkeiten, die mit dem Finden einer geeigneten, finanzierbaren Heimstatt verbunden sind.

Auch das Phänomen einer stärkeren Ausprägung von negativeren Einstellungen in Bezug auf eine befürchtete Wohlstandsbedrohung, Arbeitsmarktkonkurrenz sowie geringere Sicherheit im öffentlichen Raum unter den niederländischen Muslim*innen könnte darauf zurückzuführen sein, dass sie sich im Vergleich zu den befragten Christ*innen in statistisch signifikant schwächeren finanziellen Lagen befinden⁶ und womöglich in Stadtteilen leben, die von sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit und Kriminalität betroffen sind. Dies könnte Sorgen forcieren, dass es zu einer Verschlimmerung der Probleme kommt. Darüber hinaus könnten negative Erfahrungen mit Diskriminierung und Vorurteilen bewirken, dass die muslimischen Befragten gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten skeptischer eingestellt sind, da diese Vorurteile und Ablehnung noch verschärfen könnte. In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass es in den Niederlanden viele kritische, auch ablehnende und islamfeindliche Positionen gegenüber „dem“ Islam gibt, die auch von rechtspopulistischen Islamkritikern und -gegnern, wie etwa dem Politiker Geert Wilders, öffentlich kundgetan werden.

Für muslimische Befragte in den Niederlanden könnten – wie auch für die polnischen Christ*innen – eher Bedenken hinsichtlich zunehmender kultureller Vielfalt bestehen, weil sie sich als muslimische Minderheit in den Niederlanden (bzw. als christliche Mehrheit in Polen) um die Bewahrung der eigenen und der kollektiven religiösen Identität ihrer Gemeinschaften sorgen. Aufgrund ihres jüngeren Alters⁷ und einer schwächeren ökonomischen Situation⁸ könnten die niederländischen Muslim*innen der Antizipation eines gesellschaftlichem Verjüngungseffektes sowie eines Fachkräftemangelausgleichs durch die Aufnahme von Geflüchteten eher skeptisch gegenüberstehen.

Dass die polnischen Christ*innen weniger positiv gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten eingestellt sind als die Christ*innen in Deutschland und den Niederlanden, kann auf die mächtige Rolle der katholischen Kirche in Polen zurückgeführt werden. Sie vertritt traditionelle Werte und konservative Ansichten und beeinflusst das nationale Selbstverständnis, das öffentliche Leben und private Lebensbereiche stark (→ Kap. 3.2.1). Die prägende Einflussnahme wird höchstwahrscheinlich mit dem Wunsch der Bewahrung einer religiös homogenen Gesellschaft und einer Abwehr von religiösen und kulturellen Verhältnisänderungen einhergehen. Ein weiterer relevanter Faktor ist die politische Situation in Polen. Die frühere polnische Regierungspartei PiS hat in den letzten Jahren eine kritische Haltung gegenüber Migration und Geflüchteten eingenommen und eine konservative Agenda verfolgt, die sich auf traditionelle Werte und die nationale Identität konzentriert (Mohr 2019). Diese politischen Entwicklungen könnten dazu beitragen, dass polnische Christ*innen weniger offen für die Idee sind, dass die Aufnahme von Geflüchteten im eigenen Land positive Konsequenzen zur Folge hat. Da die meisten polnischen Umfrageteilnehmer*innen mit einer Präferenz für eine bestimmte politische Partei die PiS-Partei angegeben haben (25,1%; n = 187), scheint die Annahme berechtigt,

⁶ Dies weist die Berechnung des *Mann-Whitney-U-Tests* mit der Variable zur Selbsteinschätzung der eigenen finanziellen Situation mit einem schwachen Effekt nach: $U = 5125,5$; $z = -3.705$; $p < .001$; $Mdn_{Christ*innen} = 4$; $Mdn_{Muslim*innen} = 3$; $r = .24$.

⁷ Der *U-Test* zeigt für das niederländische Sample, dass die Muslim*innen mit einem starken Effekt signifikant jünger sind als die Christ*innen: $U = 1462$; $z = -10.950$; $p < .001$; $Mdn_{Christ*innen} = 4$; $Mdn_{Muslim*innen} = 2$; $r = .7$.

⁸ Vgl. Fußnote 6.

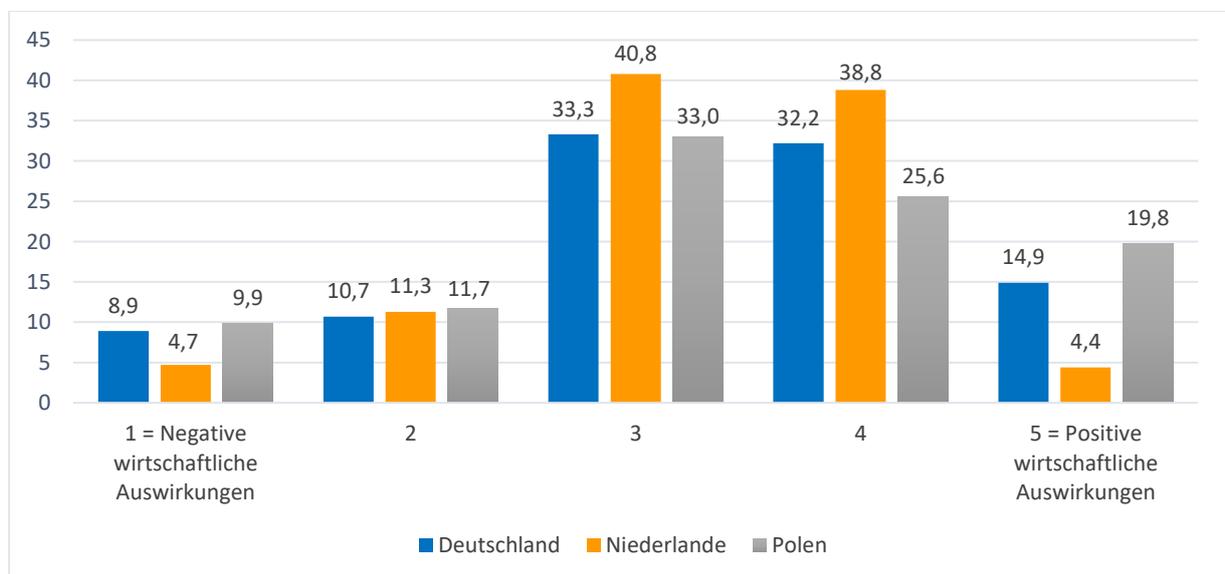
dass die parteipolitische PiS-Agenda eine gewisse Durchschlagskraft hat und sich auf die Einstellungen gegenüber Geflüchteten auswirkt. Dies lässt sich anhand der Daten für Polen auch empirisch anhand signifikanter Zusammenhänge zwischen einigen der positiven und negativen Einstellungsitems (Abb. 16, Abb. 19) und der Neigung zur PiS-Partei bekräftigen.⁹ Darüber hinaus verweisen die Ergebnisse auf geringere Erfahrungen mit Zuwanderung in Polen. Während Deutschland und die Niederlande seit Jahrzehnten Einwanderungsländer und in kultureller und ethnischer Hinsicht vielfältig sind, ist Polen historisch gesehen ein eher homogenes Land mit bis zum Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 vergleichsweise wenig Erfahrung mit Migration und Flucht.

Einstellungen der Gesamtbevölkerung zu Migration (ESS)

Für eine Flankierung der im ZER-Projekt erhobenen Daten der Einstellungen von Personen in religiösen Organisationen zu Geflüchteten lassen sich wieder die Daten der Bevölkerungserhebung des ESS heranziehen. In dieser wurde die Einstellung zu Migration insgesamt abgefragt, wobei speziell nach wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen gefragt wurde.

Das Antwortverhalten zu den wirtschaftlichen Auswirkungen ist in [Abbildung 20](#) dargestellt. Die Abbildung zeigt die prozentuale Verteilung der Einschätzung auf einer Skala von 1 bis 5 wobei eins negative und 5 positive Auswirkungen darstellt. Hierbei zeigt sich anhand der Mittelwerte der Antworten – Deutschland 3,33, Niederlande 3,26 und Polen 3,33 –, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen tendenziell positiv und auf einem gleichen Niveau bewertet werden.

Abb. 20: Migration: Wirtschaftliche Auswirkungen ESS 10 (in %)

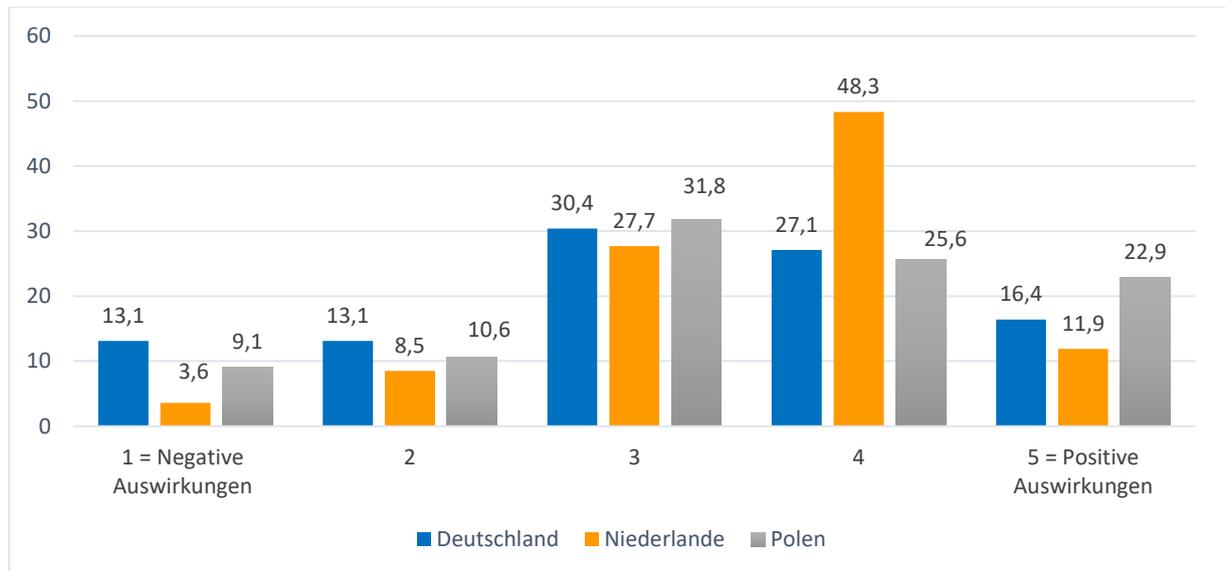


N_{DE} = 8.513; N_{NL} = 1.434; N_{PL} = 4.076. Frage: „Was würden Sie sagen, ist es im Allgemeinen gut oder schlecht für die deutsche Wirtschaft, dass Zuwanderer hierher kommen?“

⁹ Kulturelle Bereicherung: *Cramers V* = .309**; Schutz der Menschenwürde: *Cramers V* = .335***; Einfluss des Islams: *Cramers V* = .265*; Bedrohung des Wohlstands: *Cramers V* = .269*; Sicherheit im öffentlichen Raum: *Cramers V* = .299**.

Das Antwortverhalten zu den kulturellen Auswirkungen ist in [Abbildung 21](#) dargestellt. Die Abbildung zeigt in gleicher Weise die prozentuale Verteilung der Einschätzung auf einer Skala von 1 bis 5, wobei eins negative und 5 positive Auswirkungen darstellt. Hierbei zeigt sich anhand der Mittelwerte der Antworten – Deutschland: 3,20, Niederlande: 3,56, Polen: 3,42 –, dass die kulturellen Auswirkungen tendenziell positiv bewertet werden, in den Niederlanden am positivsten und in Deutschland am negativsten.

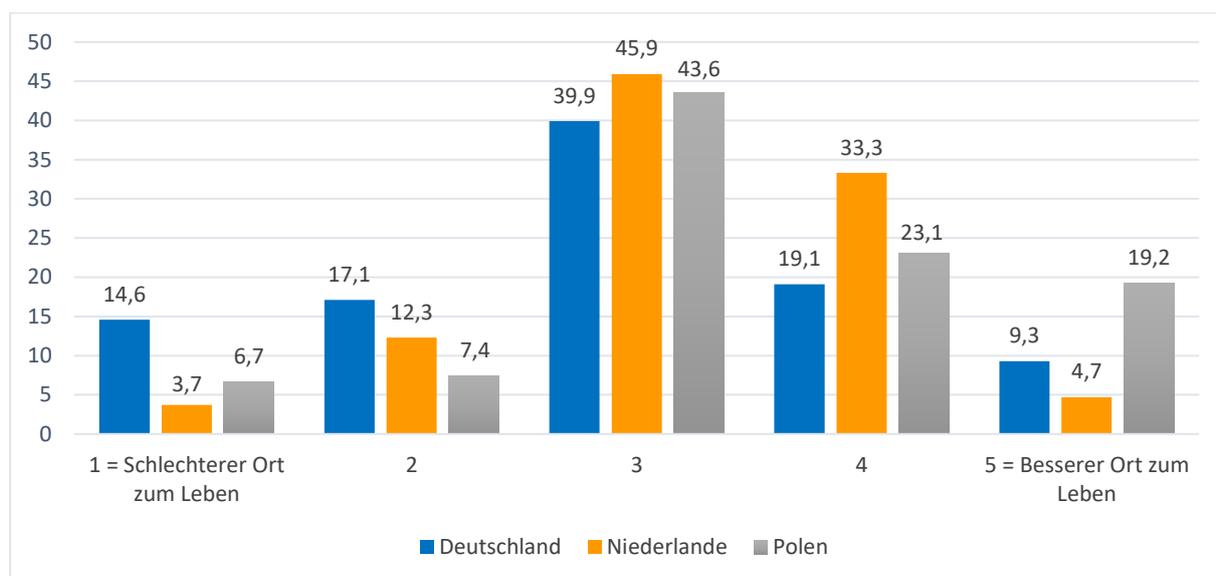
Abb. 21: Migration: Bereicherung des kulturellen Lebens? (ESS 10) (in %)



$N_{DE} = 8.504$; $N_{NL} = 1.428$; $N_{PL} = 4.080$. Frage: „Würden Sie sagen, dass das kulturelle Leben in Deutschland im Allgemeinen durch Zuwanderer untergraben oder bereichert wird?“

Zusätzlich wurde bei den Befragten des ESS 10 erhoben, ob sie der Meinung sind, dass Einwander*innen ihr Land zu einem besseren oder schlechteren Ort machen würden. [Abbildung 22](#) zeigt die prozentuale Verteilung der Einschätzung auf der bekannten Skala von 1 bis 5. Im Ländervergleich zeigt sich, dass deutsche Befragte mit einem Mittelwert von 2,91 eine leicht negative durchschnittliche Einschätzung aufweisen, wohingegen niederländische Befragte mit einem Wert von 3,22 und polnische Befragte mit einem Wert von 3,40 eine eher positive Einschätzung zeigen.

Abb. 22: Einwander*innen machen das Land zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben? (ESS 10) (in %)



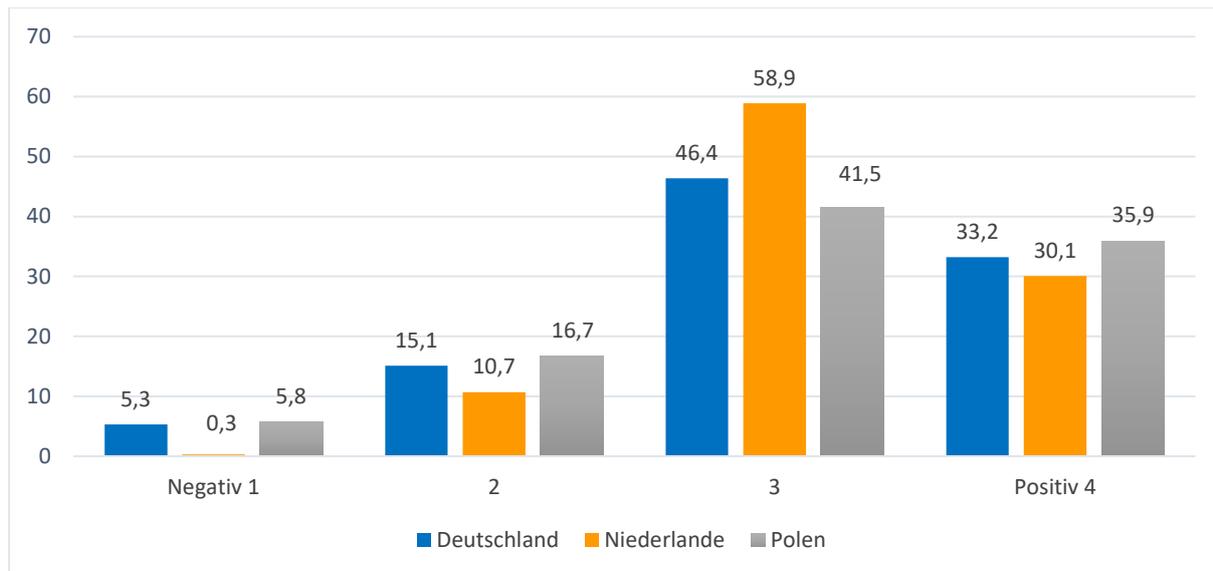
$N_{DE} = 8.453$; $N_{NL} = 1.418$; $N_{PL} = 4.038$. Frage: „Wird Deutschland durch Zuwanderer zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben?“

Einstellungen der Gesamtbevölkerung zu Migration im Konfessionsvergleich (ESS)

Zur konfessionsvergleichenden Darstellung der Einstellungen der Bevölkerungen zu Migration wurden die Daten der zuvor dargestellten Fragen des ESS zu wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen sowie zur Frage nach der Verbesserung oder Verschlechterung der Lebensqualität im jeweiligen Land zu einem Index zusammengefasst. Der Index stellt dabei auf einer Skala von 1 bis 4 negative und positive Einstellungen zu Migrant*innen dar, wobei 1 bis 2 Punkte eher negative und 3 bis 4 Punkte eher positive Einstellungen wiedergeben.

Abbildung 23 stellt die Ergebnisse für Christ*innen in Deutschland, den Niederlanden und Polen dar. Hierbei zeigt sich, dass deutsche sowie polnische christliche Befragte mit einem Mittelwert von 3,07 eine leicht negativere Einschätzung aufweisen als niederländische Befragte mit einem Wert von 3,18.

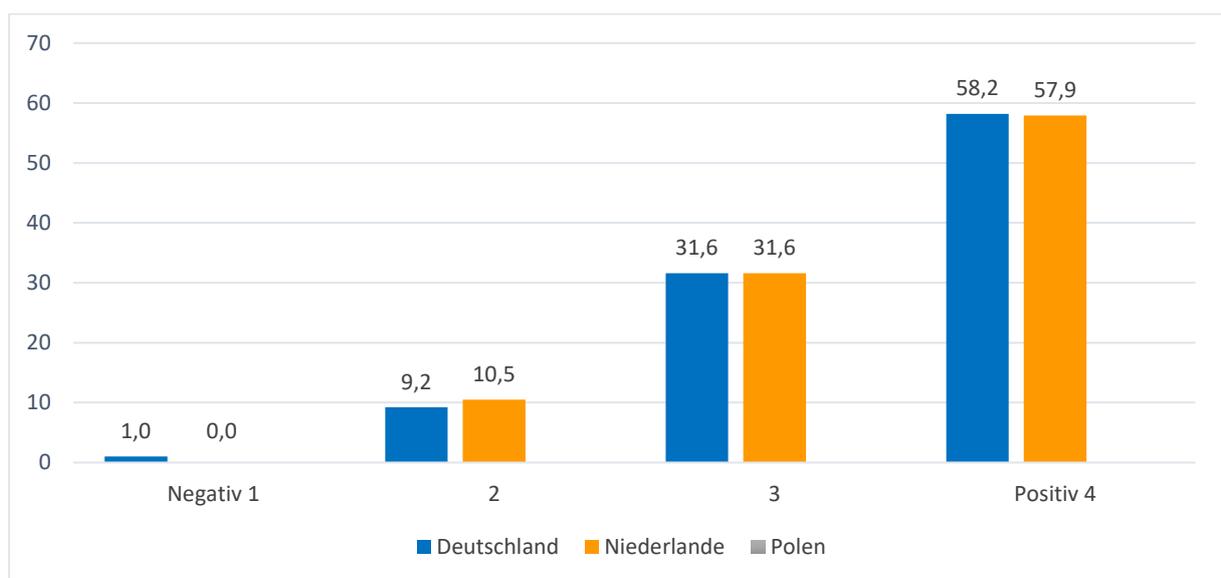
Abb. 23: Einstellung zu Migrant*innen (Christ*innen – ESS 10) (in %)



N_{DE} = 3.884; N_{NL} = 319; N_{PL} = 1.486.

Abbildung 24 zeigt die Ergebnisse für Muslim*innen in Deutschland und den Niederlanden. Für Polen sind keine Angaben vorhanden, da der Anteil der Muslim*innen in der Gesamtbevölkerung zu klein ist, um in einer allgemeinen Zufallsstichprobe hinreichend erfasst werden zu können. Hierbei zeigt sich, dass deutsche muslimische Befragte mit einem Mittelwert von 3,37 eine positivere Einschätzung aufweisen als christliche Befragte in Deutschland (2,82). Zudem zeigt die Darstellung, dass niederländische muslimische Befragte mit einem Wert von 3,47 eine positivere Einschätzung aufweisen als christliche Befragte in den Niederlanden (3,18). Damit besteht bei den muslimischen im Vergleich zu den christlichen Befragten eine positivere Bewertung von Migration.

Abb. 24: Einstellung zu Migrant*innen (Muslim*innen – ESS 10) (in %)



N_{DE} = 196; N_{NL} = 38.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Auswertungen der ESS-Daten für die auf Migrant*innen bezogenen Fragen andere Befunde als die flüchtlingsbezogenen ZER-Daten ergeben. Aufgrund des unterschiedlichen Fokus auf Einwanderung allgemein (ESS) und Geflüchtete (ZER), der abweichenden Frageninhalte und der im ZER-Projekt befragten religiösen Populationen mit spezifischen Personenmerkmalen ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse eingeschränkt.

Im ESS-Ländervergleich schätzen die deutschen Befragten, auch als Christ*innen, die Folgen von Migration am negativsten ein. Bei den konfessionsbezogenen ESS-Auswertungen für Christ*innen und Muslim*innen in Deutschland zeigen sich Parallelen zu den Ergebnissen des ZER-Projekts: Auch hier haben Muslim*innen in Deutschland die Folgen von Fluchtzuwanderung für einzelne Items (Abb. 14, Abb. 17)¹⁰ positiver bewertet als die Christ*innen. Während die ESS-Daten für die Muslim*innen im Vergleich zu den Christ*innen in den Niederlanden positiver ausfallen, verhält sich dies in den ZER-Daten für fast alle Items umgekehrt (Ausnahme: Konkurrenz Wohnungsmarkt, zu starker Einfluss Islam; Abb. 17). Die ESS-Ergebnisse für die Christ*innen in Polen weichen mit einem positiveren Ergebnis von den ZER-Befunden ab. Letztere sollen dadurch aber nicht relativiert werden, sondern sind – wie dargelegt – angesichts der spezifischen Personenmerkmale der Befragten mit hoher Religiosität und einer Neigung zur PiS-Partei plausibel.

¹⁰ Kulturelle Bereicherung, Ausgleich Fachkräftemangel (Abb. 14), geringere Sicherheit, zu starker Einfluss Islam (Abb. 17).

4.5 Religiöse Überzeugungen und Vertrauen

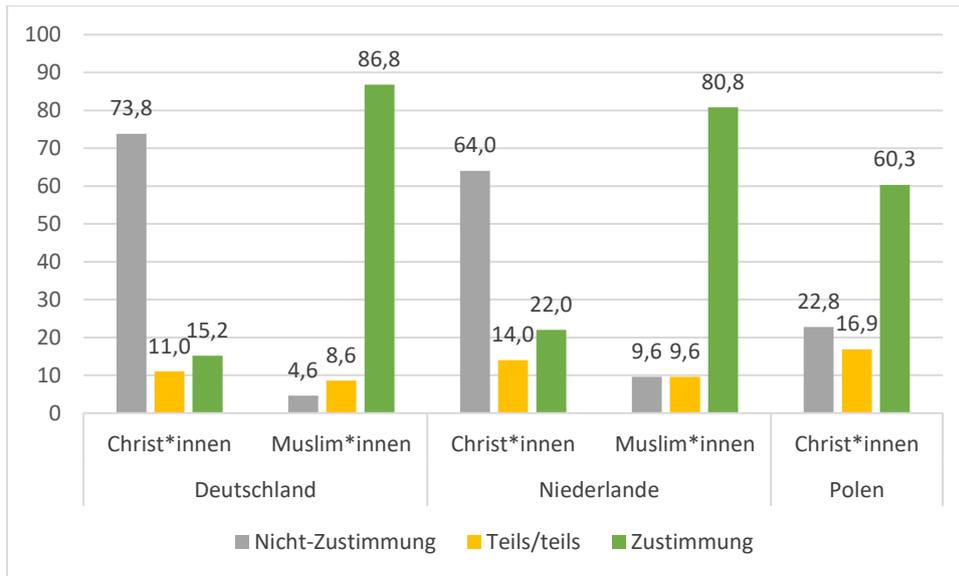
Für unsere Analysen unterscheiden wir idealtypisch zwei Formen religiöser Überzeugungen auf der Basis von zwei konträren religionstheologischen Konzepten: Pluralismus und Exklusivismus. **Pluralismus** umfasst die persönliche Überzeugung, dass verschiedene Religionen unterschiedliche legitime Wege zum Heil darstellen, weshalb der eigenen Religion kein alleiniger Wahrheitsanspruch zugeschrieben wird (Knitter 1985, 23f., 32f., 40ff., 186ff.; Hedges 2016; Gundry et al. 1996). **Exklusivismus** bedeutet hingegen, dass die persönlichen religiösen Überzeugungen und die Lehren der eigenen Religion als die einzig wahren, richtigen und heilsbringenden angesehen werden und dass andere Religionen oder Überzeugungen folglich keinen Anteil an heilsbringenden Wahrheiten haben können (Knitter 1985, 32f.; Hedges 2016; von Stosch 2021).

Wir erwarten, dass Pluralismus mit offenen und toleranten Einstellungen gegenüber anderen, andersgläubigen Menschen und folglich auch gegenüber Geflüchteten einhergeht. Exklusivismus hingegen impliziert die Ablehnung anderer religiöser Überzeugungen und die bewusste Abgrenzung von anderen religiösen Gruppen. Wir gehen davon aus, dass diese Denkweise eher mit einem ausgeprägten Bild von Geflüchteten als Fremden und Andersgläubigen – insbesondere als Muslim*innen (Pickel/Pickel 2019; Steinmann 2020) – einhergeht und daher eher zu negativen Einstellungen gegenüber Geflüchteten führt. Um diese angenommenen Zusammenhänge näher zu betrachten, haben wir die Ausprägung der religiösen Überzeugungen mit dem Ausmaß von Vertrauen in Menschen im Allgemeinen und in Geflüchtete im Besonderen in Beziehung gesetzt. Denn bei Vertrauen bzw. Misstrauen handelt es sich um Einstellungen gegenüber anderen Personen im Sinne einer persönlichen Überzeugung von der Verlässlichkeit und Ehrlichkeit einer anderen Person – ihrer Integrität. Vertrauen impliziert die Annahme, dass persönliche Erwartungen von anderen Personen nicht enttäuscht werden. Zunächst werfen wir für eine grundlegende Orientierung einen Blick auf die relativen Ausmaße der diametralen Glaubensüberzeugungen und des Vertrauens in Menschen im Allgemeinen und in Geflüchtete im Konfessions- und Ländervergleich.

Die deskriptive Auswertung zeigt für die polnischen gegenüber den deutschen und niederländischen Christ*innen mit rund 60 Prozent eine deutlich höhere Zustimmung zu einer exklusivistischen religiösen Haltung (Abb. 25). Dieses ist ebenfalls für die Muslim*innen in Deutschland und den Niederlanden im Verhältnis zu den Christ*innen in den beiden Ländern offensichtlich (Abb. 26).

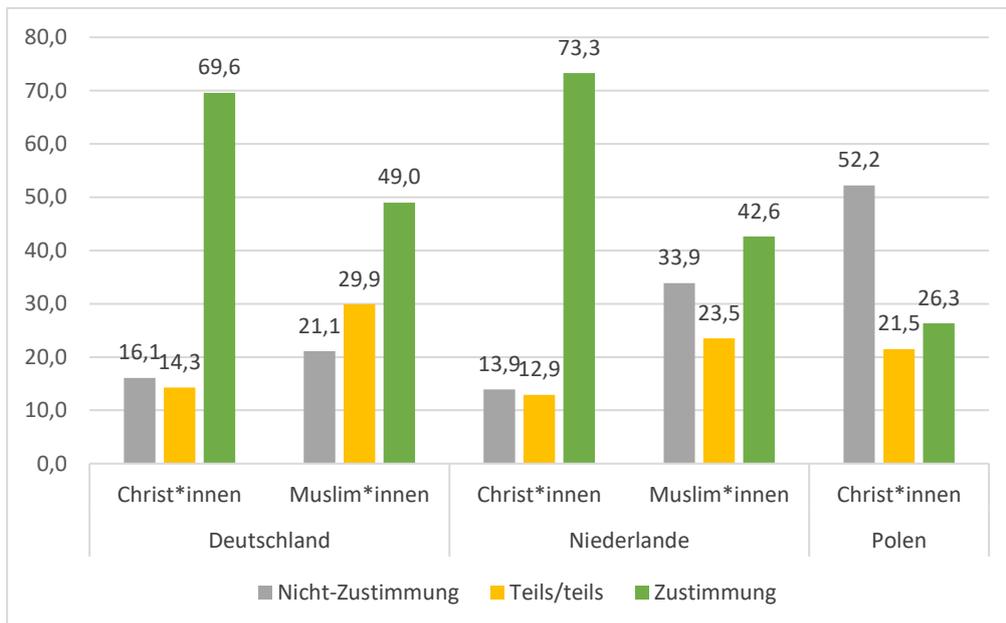
In Korrespondenz mit der niedrigen Ausprägung einer exklusivistischen religiösen Einstellung sind Christ*innen in Deutschland und den Niederlanden deutlich pluralistischer gesinnt als die Christ*innen in Polen (Deutschland: +43,3; Niederlande: +47 Prozentpunkte) (Abb. 26). Obwohl exklusivistischer eingestellt, sind die Muslim*innen in Deutschland und den Niederlanden mit Zustimmungsarten von 49 und 43 Prozent zugleich auch pluralistisch aufgeschlossen (Abb. 25, Abb. 26).

Abb. 25: „Meine Religion zeigt den Menschen den einzig wahren Weg zur Erlösung“ (in %)



Deutschland $N_{\text{Christ*innen}} = 409$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 152$ | Niederlande $N_{\text{Christ*innen}} = 100$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 125$ | Polen $N_{\text{Christ*innen}} = 219$. Zusammenfassung der 5er-Skala „Stimme überhaupt nicht zu“, „Stimme eher nicht zu“, „Teils, teils“, „Stimme eher zu“, „Stimme voll und ganz zu“ zu 3er-Skala.

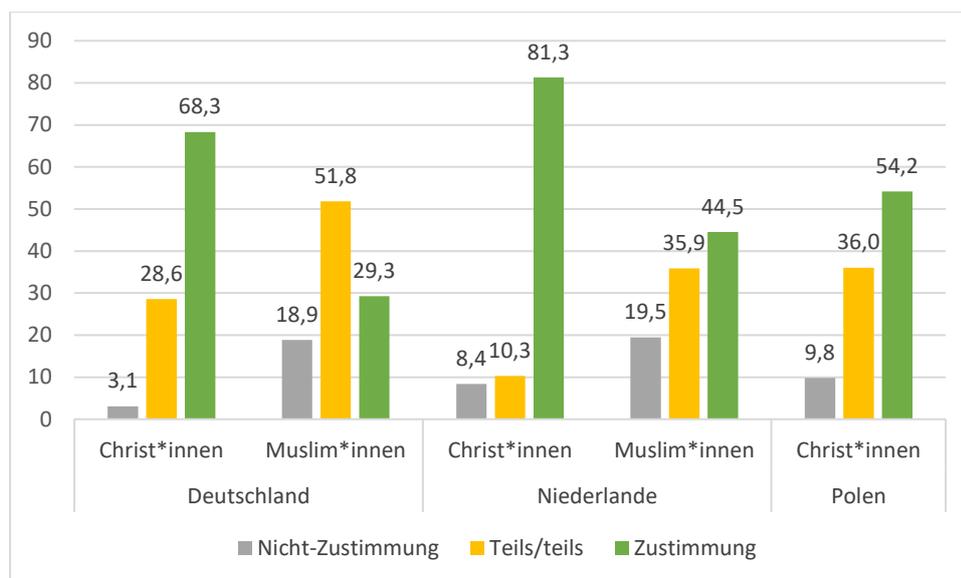
Abb. 26: „Die Religionen sind alle gleich wertvoll, weil sie verschiedene Wege zum gleichen Heil anbieten“ (in %)



Deutschland $N_{\text{Christ*innen}} = 398$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 147$ | Niederlande $N_{\text{Christ*innen}} = 101$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 115$ | Polen $N_{\text{Christ*innen}} = 205$. Zusammenfassung der 5er-Skala „Stimme überhaupt nicht zu“, „Stimme eher nicht zu“, „Teils, teils“, „Stimme eher zu“, „Stimme voll und ganz zu“ zu 3er-Skala.

Die Frage nach dem **Vertrauen in Menschen im Allgemeinen** bejahen die befragten Christ*innen in allen drei Ländern mehrheitlich (Abb. 27), mit rund 81 Prozent am deutlichsten die Christ*innen in den Niederlanden und in Polen mit rund 54 Prozent im Ländervergleich auf dem niedrigsten Niveau. Im Vergleich ist das Vertrauen in Menschen im Allgemeinen bei den Muslim*innen in Deutschland (29%) und den Niederlanden (45%) deutlich geringer ausgeprägt.

Abb. 27: „Im Allgemeinen kann man den Menschen vertrauen“ (in %)



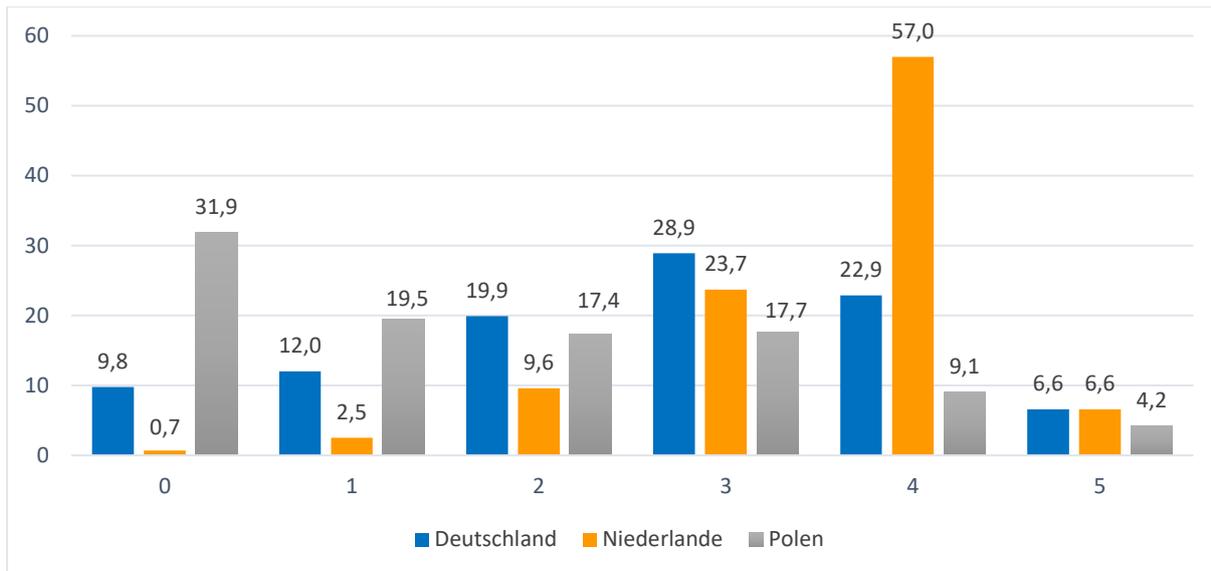
Deutschland $N_{\text{Christ*innen}} = 454$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 164$ | Niederlande $N_{\text{Christ*innen}} = 107$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 128$ | Polen $N_{\text{Christ*innen}} = 225$. Zusammenfassung der 5er-Skala „Lehne voll ab“, „Lehne eher ab“, „Teils, teils“, „Stimme eher zu“, „Stimme voll zu“ zu 3er-Skala.

Allgemeines Vertrauen in der Gesamtbevölkerung (ESS)

Weitergehend lassen sich die Ergebnisse im Vergleich mit Daten der Gesamtbevölkerung kontextualisieren. Dazu zeigt [Abbildung 28](#) das Antwortverhalten von Befragten des ESS 10 in Deutschland, den Niederlanden und Polen zur Frage nach dem Vertrauen in Menschen im Allgemeinen.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass in Polen, mit einem Mittelwert von 1,65, das niedrigste allgemeine Vertrauen vorliegt, gefolgt von Deutschland mit einem Wert von 2,65. Da beide Werte den mittleren Skalenwert von 3 unterschreiten, zeigt sich für beide Länder eine Tendenz zu weniger Vertrauen. Die Niederlande weisen hingegen mit einem Mittelwert von 3,53 den höchsten Wert und damit eine Tendenz zu größerem allgemeinem Vertrauen auf. Vergleicht man die Werte mit den Daten des ZER-Projekts, zeigt sich, dass hier ebenfalls eine höhere Vertrauensbereitschaft der niederländischen Befragten vorgefunden wurde ([Abb. 27](#)).

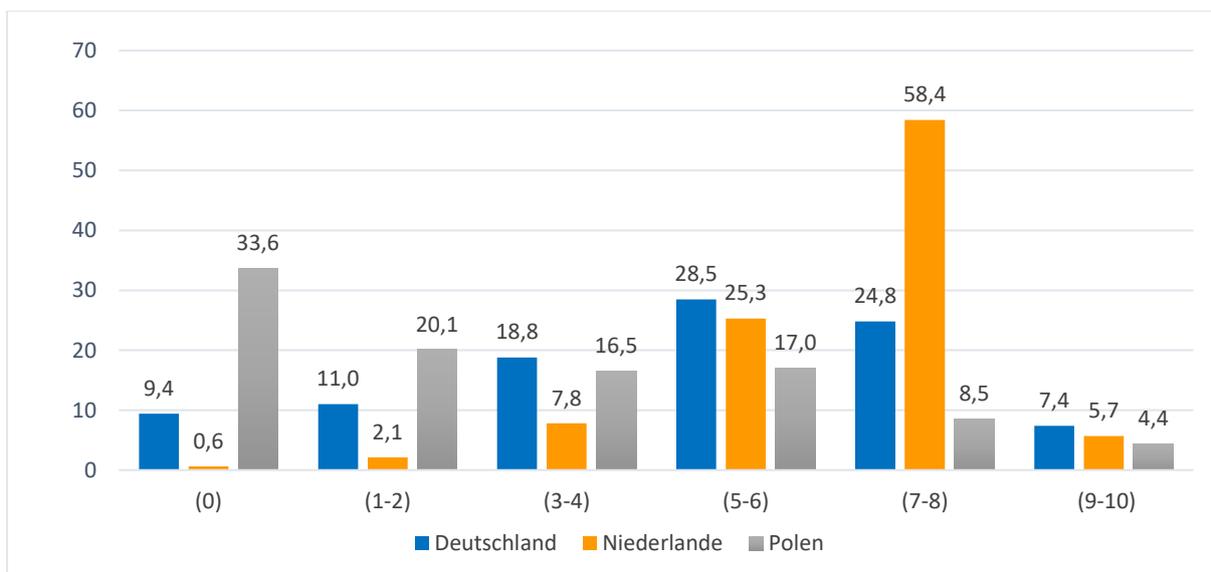
Abb. 28: Allgemeines Vertrauen (ESS 10) (in %)



$N_{DE} = 8.524$; $N_{NL} = 1.464$; $N_{PL} = 2.041$. Frage: „Ganz allgemein gesprochen: Glauben Sie, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, oder dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann?“

Die konfessionsvergleichende Darstellung (Abb. 29) zeigt, dass das Antwortverhalten der christlichen Befragten, welche für Deutschland einen Mittelwert von 2,70, für die Niederlande von 3,56 und für Polen von 1,60 aufweisen, nahezu dem Ergebnis der Gesamtbevölkerung gleichkommen. Auch unter den christlichen Befragten zeigt sich tendenziell geringeres Vertrauen in Deutschland und Polen sowie höheres Vertrauen in den Niederlanden.

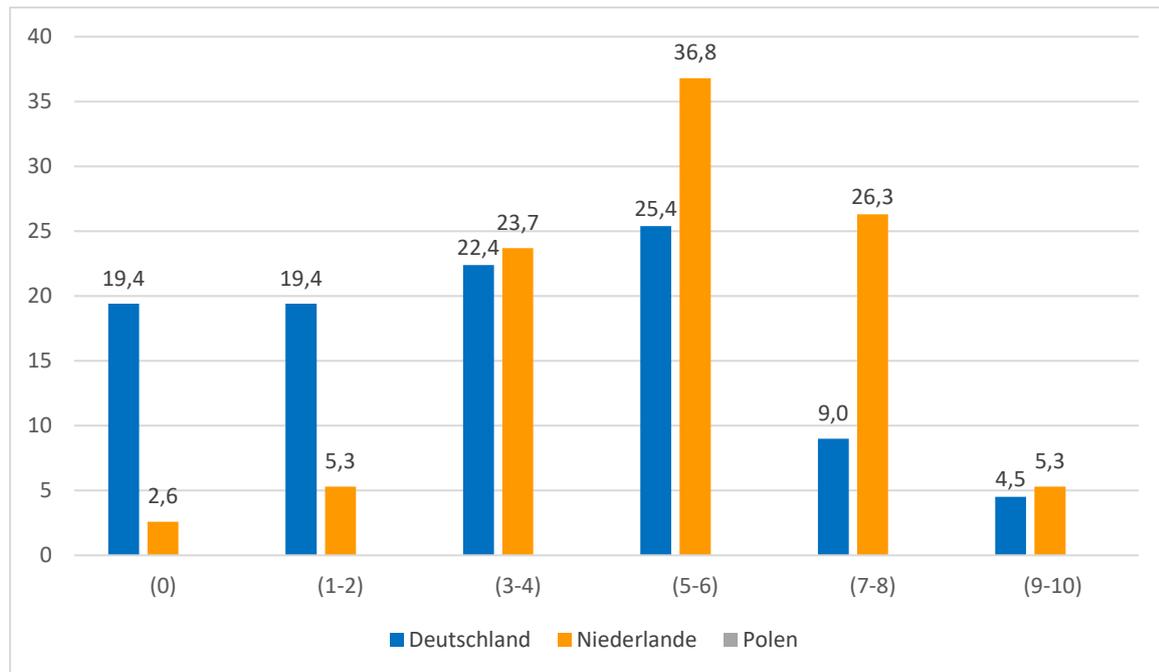
Abb. 29: Allgemeines Vertrauen: Christ*innen (ESS 10) (in %)



$N_{DE} = 3.582$; $N_{NL} = 332$; $N_{PL} = 974$.

Für die muslimischen Befragten lässt sich eine Abweichung feststellen (Abb. 30). Hier zeigen die deutschen Befragten mit einem Mittelwert von 1,98 sowie die niederländischen Befragten mit einem Mittelwert von 2,94 jeweils ein negativeres Ergebnis als für die christlichen Befragten. Vergleicht man die Ergebnisse mit dem in Abbildung 27 dargestellten Konfessionsvergleich basierend auf den Daten des ZER-Projekts, zeigt sich, dass die dort festgestellte geringe Vertrauensbereitschaft der Muslim*innen auch einer geringeren Vertrauensbereitschaft in der breiteren muslimischen Bevölkerung entspricht.

Abb. 30: Allgemeines Vertrauen: Muslim*innen (ESS 10) (in %)

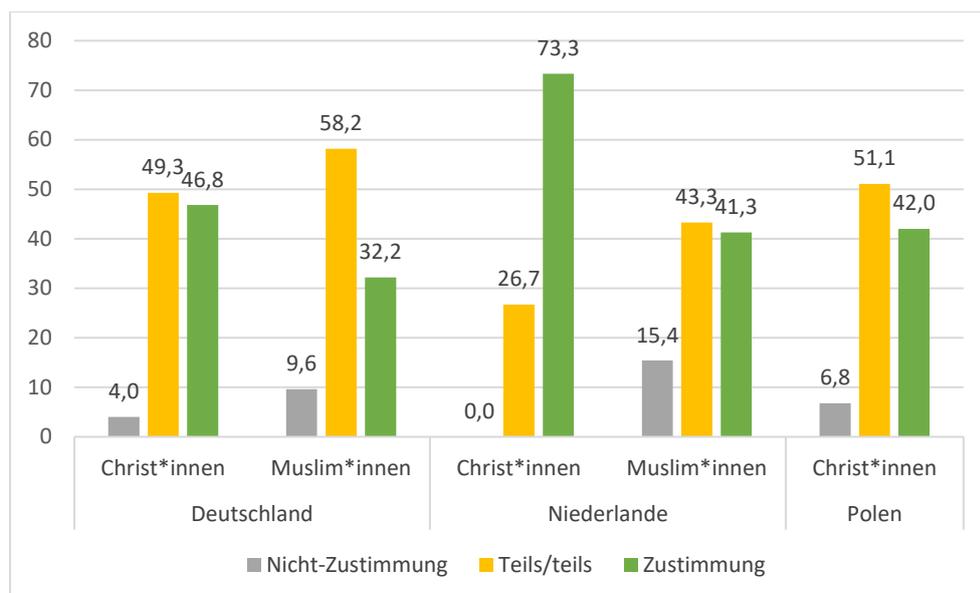


N_{DE} = 201; N_{NL} = 38.

Vertrauen in Geflüchtete (ZER)

Gegenüber dem Vertrauen in Menschen im Allgemeinen zeigt sich für das Vertrauen in Geflüchtete für die im ZER-Projekt befragten Christ*innen in allen drei Ländern, aber insbesondere in Deutschland (-21,5 Prozentpunkte), ein niedrigeres Niveau (Abb. 31). Muslim*innen vertrauen Menschen im Allgemeinen und Geflüchteten hingegen in einem sehr ähnlichen prozentualen Ausmaß (Abb. 27, Abb. 31).

Abb. 31: Vertrauen in Geflüchtete (in %)



Deutschland $N_{\text{Christ*innen}} = 404$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 146$ | Niederlande $N_{\text{Christ*innen}} = 90$, $N_{\text{Muslim*innen}} = 104$ | Polen $N_{\text{Christ*innen}} = 176$. Item: „Wie sehr kann man diesen Menschen vertrauen? – Menschen, die aus einem anderen Land geflüchtet und nach Deutschland [...] gekommen sind.“
Zusammenfassung der 5er-Skala „Gar nicht“, „Wenig“, „Teils, teils“, „Ziemlich“, „Sehr“ zu 3er-Skala.

Die Befunde für die ZER- und ESS-Daten korrespondieren mit Ergebnissen anderer Studien, die für die Gruppe der Muslim*innen für das zwischenmenschliche Vertrauen in Deutschland und anderen europäischen Ländern unterdurchschnittliche Werte berichten (Traunmüller 2012, 2018; Haug et al. 2009; Pollack/Müller 2013; Stadelmann-Steffen et al. 2010; Liedhegener et al. 2019). Gründe dafür könnten in der (religiösen) Minderheitensituation liegen und in der Erfahrung von Diskriminierung und Ausgrenzung im Alltag sowie im Bereich von Bildungs-, Wohnungs- und Arbeitsmarktzugang, die viele Muslim*innen machen. Auch der Mangel an Repräsentation von Muslim*innen in einflussreichen Bereichen wie Politik und Medien könnte dazu beitragen, dass das Vertrauen in die Mehrheitsgesellschaft geringer ausfällt.

Für die Christ*innen in Deutschland zeigen sich schwache negative Zusammenhänge zwischen einer exklusivistischen Glaubenseinstellung und dem Vertrauen in Menschen im Allgemeinen sowie in Geflüchtete (Tab. 2). Für die Christ*innen in den Niederlanden ist hingegen nur ein schwacher negativer Zusammenhang mit dem Vertrauen in Menschen im Allgemeinen und für die polnischen Christ*innen überhaupt kein signifikanter Zusammenhang zwischen einer exklusivistischen Einstellung und Vertrauensausprägungen festzustellen (Tab. 2).

Für die deutschen und niederländischen Muslim*innen sind schwache negative Zusammenhänge zwischen einer exklusivistischen Gesinnung und dem Vertrauen in Geflüchtete zu registrieren. In Bezug auf eine offene, pluralistische Haltung gegenüber anderen Menschen und Vertrauensausprägungen ist – entgegen unseren Annahmen – lediglich eine einzige schwache positive Korrelation für die Muslim*innen in den Niederlanden und dem Vertrauen in Geflüchtete zu beobachten (Tab. 2).

Tab. 2: Rangkorrelationsanalyse nach Spearman (*rho*): Religiöse Überzeugungen und Vertrauen in Menschen im Allgemeinen und in Geflüchtete

	Christ*innen				Muslim*innen			
	Vertrauen allgemein		Vertrauen in Geflüchtete		Vertrauen allgemein		Vertrauen in Geflüchtete	
	<i>Rho</i>	N	<i>rho</i>	N	<i>rho</i>	N	<i>rho</i>	N
Deutschland								
Exklusivismus	-,160***	400	-,145**	360	n.s.	149	-,211*	133
Pluralismus	n.s.	389	n.s.	352	n.s.	144	n.s.	130
Niederlande								
Exklusivismus	-,253*	100	n.s.	86	n.s.	122	-,291**	100
Pluralismus	n.s.	100	n.s.	85	n.s.	114	,246*	94
Polen								
Exklusivismus	n.s.	208	n.s.	164				
Pluralismus	n.s.	194	n.s.	157				

Signifikanzniveaus: *** ≤ 0,001 [0,1%] | ** ≤ 0,01 [1%] | * ≤ 0,05 [5%]; n.s. = nicht signifikant.

Aus den Ergebnissen kann geschlossen werden, dass Zusammenhalt, dem wir uns in den letzten Abschnitten über die Dimensionen religiöser Glaubensüberzeugungen und des Vertrauens in Mitmenschen und Geflüchtete genähert haben, durchaus von religiösen Sichtweisen abhängig ist, aber keinesfalls ausschließlich. Wie unsere Auswertungen gezeigt haben, sind auch andere Faktoren einflussreich. Diese wollen wir im folgenden Abschnitt näher beleuchten.

4.6 Fazit: Religion als Ressource für den Zusammenhalt?

Die Analysen unserer selbst erhobenen Daten fokussieren auf einzelne migrations- und konfessionsbezogene Aspekte und auf Christ*innen und Muslim*innen in Deutschland, den Niederlanden und Polen. Anhand der deskriptiven Auswertungen unserer quantitativen Daten lassen sich kohäsionsfördernde Aspekte erkennen, aber zugleich auch Facetten, die Zusammenhalt entgegenstehen.

So zeigt sich einerseits, dass die Befragten gegenüber Geflüchteten überwiegend aufgeschlossen und geneigt sind, kulturellen und religiösen Unterschieden mit Offenheit zu begegnen. Aufgrund verschiedener religiöser und nicht religiöser Motivlagen unterstützen einige der Befragten aktiv Geflüchtete und Migrant*innen bzw. arbeiten mit ihnen zusammen. Diese Offenheit, Interaktions- und Hilfsbereitschaft verweisen auf gemeinwohlorientierte Haltungen, die eine Kultur des Respekts gegenüber Menschen mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen, religiösen Hintergründen und Lebensweisen fördern und somit langfristig soziale Beziehungen zwischen verschiedenen Menschengruppen stärken. Anhand der Abfrage der Motive wird sichtbar, dass sowohl religiöse als auch nicht religiöse Orientierungen handlungsanleitende und integrationsfördernde Wirkungen haben.

Wir haben dargelegt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt mehrere Aspekte umfasst (2). Wenn Menschen jedoch gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen aufgeschlossen sind,

deutet dies darauf hin, dass sie einstellungsbezogen und höchstwahrscheinlich auch aktiv durch soziales oder politisches Engagement zur Gestaltung und Stärkung eines solidarischen und inklusiven Miteinanders in einer pluralen, heterogenen Gesellschaft beitragen (wollen). Diese Offenheit ist eine zentrale Voraussetzung für die Integration von Geflüchteten und Migrant*innen wie auch Menschen verschiedener Herkunft im Allgemeinen und damit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unseren Untersuchungsländern. Und diese Eingliederung und Kohäsion sind wiederum eine wichtige Vorbedingung für einen länderübergreifenden Zusammenhalt in einem von Flucht, Migration und zunehmendem Pluralismus geprägten Europa. Andererseits spiegeln unsere Daten Aspekte, die sich auf Zusammenhalt negativ auswirken. Diese betreffen exklusivistische Glaubensüberzeugungen (Abb. 25) sowie höher ausfallende Ablehnungen einzelner positiver und vor allem Bejahungen negativ konnotierter Einstellungselemente (Abb. 14, Abb. 15, Abb. 16, Abb. 17, Abb. 18, Abb. 19), die ökonomische und kulturelle Bedrohungsszenarien implizieren. Hieran können wir verdeutlichen, dass sozioökonomische Situationen, politische und religiöse Kontexte, in denen die befragten Individuen in den drei Untersuchungsländern leben, für den Zusammenhalt ebenfalls sehr bedeutsam sind. Innerhalb dieser Kontexte ist wiederum gewichtig, ob eine Person zu einer religiösen Mehrheit oder Minderheit gehört oder als der einen oder anderen zugehörig identifiziert wird.

Überdies verdeutlichen die Ergebnisse die Relevanz von Zuschreibungen, Vorurteilen und diffusen Ängsten, die möglicherweise auch auf mangelhaftes Wissen, etwa über die Verteilungen von Ressourcen und Sozialleistungen an Geflüchtete oder über die Religion des Islams, zurückgeführt werden können. Insofern müssen Aspekte wie aufklärende Wissens- und Informationsvermittlung inklusive Faktenchecks berücksichtigt werden, wenn es um einen Abbau von wahrgenommenen Bedrohungsszenarien und, im Gegenzug, um eine aktive Stärkung des Zusammenhalts gehen soll. Wir werden diese Aspekte in unseren Handlungsempfehlungen aufgreifen und vertiefen (→ Kap. 6.6).

Im Ganzen basiert Zusammenhalt also auf individuellen und kontextuellen Voraussetzungen und benötigt folglich aktive Staaten, die diese Voraussetzungen in (struktur-)politischen Maßnahmen und als Vorleistung(spflicht) mitbedenken müssen, so es ihr Ziel ist, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Für Europa zeigen internationale Vergleichsstudien, dass in Ländern mit einer effektiven Regierungsführung (Good Governance), die soziale Gerechtigkeit, Toleranz gegenüber pluralen Lebensformen, politische Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Beteiligung, Responsivität von politischen Institutionen und Akteur*innen und Abwesenheit von Korruption sicherstellen, ein hohes und höheres soziales und politisches Engagement und (Institutionen-)Vertrauen der Bürger*innen vorzufinden ist, als in Ländern, die diese Merkmale nicht aufweisen (Magalhães 2014; Rothstein 2011; Uslaner 2008, 2011, 2017; Blinkert/Klie 2018).

5. Ergebnisse der qualitativen Teilstudie

Für die qualitative Teilstudie beziehen wir uns vor allem auf Ergebnisse, die sich aus den Interviews mit Organisationsvertreter*innen in Deutschland ergeben haben. Einige der Aussagen der christlichen und muslimischen Organisationsvertreter*innen lassen sich zu vier Problemfeldern verdichten, die sich wie folgt benennen lassen: „Vorurteile gegenüber und Diskriminierung von Muslim*innen“, „Rückgängige Mitgliederzahlen und Herausforderung Engagiertenbindung“, „Befristete Förderstrukturen und Teilhabebarrieren islamischer Organisationen“ sowie „Defizite in flüchtlings- und integrationspolitischen Rahmenbedingungen“.

In den folgenden Kapiteln werden wir – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – anhand von einzelnen Interviewausschnitten exemplarisch verdeutlichen, welche Probleme, Verbesserungsbedarfe und möglichen Lösungsansätze die Organisationsvertreter*innen in den vier genannten Feldern wahrnehmen.

5.1 Problemfeld 1: Vorurteile gegenüber und Diskriminierung von Muslim*innen

In den Interviews mit den Organisationsvertreter*innen wird deutlich, dass Muslim*innen bzw. muslimisch gelesene Personen in der deutschen Gesellschaft Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ausgesetzt sind. Sie erleben, dass der Islam als fremd und bedrohlich wahrgenommen und dass mit ihm antidemokratische Ansichten, Gewaltbereitschaft und die Unterdrückung von Frauen assoziiert wird (vgl. Pollack 2014: 21, 32f.; Hafez/Schmidt 2015). Negative Medienberichterstattungen über den Islam und Muslim*innen verstärken diese Wahrnehmung zusätzlich. Die Diskriminierungen behindern Muslim*innen in ihren Organisationen bei der effektiven Unterstützung von Geflüchteten und der vollen Entfaltung ihres Potenzials und der Wirksamkeit ihrer Arbeit. So berichtet eine Frau davon, dass sie und ihre Organisation mit offenen Anfeindungen und Alltagsrassismus konfrontiert seien.

„Unsere Reifen vor dem Büro sind zerschlitzt worden. Ich musste oft zum Polizeirevier und Anzeigen erstatten, natürlich hat sich da überhaupt nichts ergeben. Also, von der Ebene her sind wir sehr, sehr kritisiert und nicht gut aufgenommen worden. Da muss man auch mit Rassismus kämpfen.“
(Interview 13, musl., ♀)

„Wir haben Drohbriefe bekommen, dass wir die Gesellschaft islamisieren, dass wir doch weggehen sollten.“

Dieselbe Frau führt weiter aus, dass die deutsche Gesellschaft von Muslim*innen als für sie undurchlässig und teilhabeverweigernd wahrgenommen werde. Selbst wenn man dazugehören wolle und sehr bemüht sei, sich anzupassen, würde man einer anderen Herkunftskultur zugewiesen und nicht als Mitglied der deutschen Gesellschaft akzeptiert.

„Wäre ich eine Italienerin oder Spanierin und Christin, wäre es viel, viel einfacher. [...] Sobald man muslimisch ist, sogar wenn man sich assimiliert, ist es immer noch nicht in Ordnung. Einmal hat eine Teilnehmerin mir erzählt: ‚Ich trage kein Kopftuch, ich trinke Alkohol, ich rede perfekt Deutsch [...], und die erste Frage ist: ‚Woher kommst du?‘ Wenn ich dann sage: ‚Ich komme aus Freiburg‘, dann sagen sie: ‚Nee, nee, woher kommst du wirklich?‘ Ja, was soll ich denn noch machen? Ich mache alles, um zu euch zu gehören, aber Ihr sagt zu mir: ‚Stopp, du gehörst nicht dazu. Überleg mal genau, wo du herkommst.‘“ (Interview 13, musl., ♀)

In den Interviews wird deutlich, dass muslimische Frauen oft auf ihre religiöse Zugehörigkeit und ihr Kopftuch reduziert werden. Mit dem Tragen eines Kopftuchs gehen quasi automatisch Assoziationen mit einer Unterdrückung und Unmündigkeit der muslimischen Frau – Vorurteile – einher.

„Das Kopftuch ist immer ein Problem. Es heißt: Das Kopftuch wird unter Zwang gebunden und was weiß ich. [...] Ich habe mit 33 angefangen, ein Kopftuch zu tragen, weil ich davon überzeugt war. Es war kein Zwang meiner Eltern, es war kein Zwang meines Mannes. Es war mein eigener Wunsch. Und es gibt dann immer wieder die Frage: ‚Warum tragen Sie ein Kopftuch?‘ Und das finde ich irgendwie nicht professionell, dass man auf das Kopftuch so fixiert ist, dass man das nicht übersehen kann. Warum wird dieses äußere Merkmal denn so im Vordergrund gehalten? Das tut einem manchmal sehr weh. [...] Bevor man ein Kopftuchverbot macht, sollte man die Frauen mal fragen, wie es ihnen geht mit Kopftuch. Warum sie überhaupt Kopftuch tragen. Ich fühle mich frei mit meinem Kopftuch. [...] Natürlich bin ich dagegen, wenn man ein Kind mit Zwang bedeckt [...].“ (Interview 21, musl., ♀)

„Das Kopftuch ist immer ein Problem. Es heißt: Das Kopftuch wird unter Zwang gebunden und was weiß ich.“

Es wird registriert, dass mit dem Tragen eines Kopftuches Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und im Klassenzimmer verbunden ist. Das Kopftuch löst Abwehrreaktionen aus.

„Ich setze mich manchmal hin und überlege, warum man, weil man ein Kopftuch trägt, keinen Praktikumsplatz bekommt. Was hat denn bitte schön dieser eine Meter Stoff damit zu tun, ob ein Mädchen ein Praktikum machen kann oder nicht machen kann? Ob sie in der Apotheke die Medikamente einsortieren kann? [...] Das macht mich wütend. Es macht mich auch unglaublich wütend, wenn eine Schülerin mir erzählt, die auf dem Gymnasium in der neunten Klasse ist, dass die Lehrerin sie gefragt hat, ‚Was möchtest du später werden?‘, und sie gesagt hat, ‚So eine Lehrerin wie Sie‘, und die Lehrerin gesagt hat, ‚Aber zu dir würde ich meine Tochter niemals schicken, weil du ein Kopftuch trägst.‘ Und dass dann überhaupt nichts¹¹ geschieht! [...] Wohin führt das? Und wie soll das weitergehen?“ (Interview 13, musl., ♀)

„Ich setze mich manchmal hin und überlege, warum man, weil man ein Kopftuch trägt, keinen Praktikumsplatz bekommt.“

¹¹ Besonders betonte oder laut gesprochene Begriffe sind durch Unterstreichungen gekennzeichnet.

Seitens christlicher Interviewpartner*innen wird durchaus Verständnis für das Tragen eines Kopftuchs durch muslimische Frauen geäußert. Eine 68-jährige Frau berichtet, dass sie mit dem Kopftuch selbst großgeworden und dass es in ihrer Kindheit üblich gewesen sei, dass ihre Mutter und Großmutter mit dem Kopftuch zur Kirche gingen. Sie könne daher mit dem Kopftuch gut leben und umgehen, allerdings bereite es ihr Unbehagen und Angst, wenn sie Gesichter von verschleierten Personen nicht mehr erkennen könne.

„Warum soll man nicht ein Kopftuch tragen, solange ich das Gesicht sehen kann, solange ich den Menschen wirklich erkennen kann? Wenn ich aber nicht mehr sehe, wer hinter diesem ganzen Turm von Kleidung steckt, dann macht mir das Angst, weil dann weiß ich nicht gut damit umzugehen. Das haben wir [Gruppe christlicher Frauen] auch so klar gesagt. Ich war nicht alleine damit.“ (Interview 9, christl., ♀)

Seitens muslimischer Organisationsvertreter*innen wird mehrfach beklagt, dass der Islam bzw. Muslim*innen in vielen Printmedien und Fernsehsendungen sehr kritisch bis feindlich in Verbindung mit Terrorismus, Gewalt, Rückständigkeit, Demokratie- und Frauenfeindlichkeit dargestellt würden. Da die Medien eine sehr einflussreiche, meinungsprägende Rolle hätten, würde in den Köpfen der Rezipient*innen entsprechend ein realitätsfernes und verzerrtes Islambild konstruiert, wodurch die Muslim*innen trotz eines überwiegend positiven Integrationsgeschehens als nicht integrationsfähig und -willig und als Außenseiter*innen stigmatisiert würden. Aufgrund der vorurteilsschürenden Wirkung der Medien wird sich vehement für eine positivere Medienberichterstattung über den Islam und Muslim*innen ausgesprochen.

„Ich war in vielen Weiterbildungsveranstaltungen, da waren Reporter dabei, die ich gefragt habe: ‚Müsst Ihr denn immer eine Frau mit Kopftuch und mit einem dicken Riesenmantel von hinten zeigen? Könnt Ihr nicht vielleicht mal Frauen von vorne zeigen? Es soll auch hübsche muslimische Frauen geben, mit Kopftuch und ohne Kopftuch, habe ich mal gehört.‘ [...] Gibt es denn diese Zuspitzung in der Realität? Nein. Die Migranten, die kommen, das sind ja nicht alles nur Frauen mit Kopftuch und ohne Gesicht, sondern das sind ja noch viele andere. So. Und wir müssen natürlich lernen diese Realität, die viel pluraler und viel diverser ist, müssen wir doch endlich auch mal versuchen in den Medien nicht nur zuzuspitzen [...].“ (Interview 7, musl., ♂)

„Das könnte sich alles in ganz kurzer Zeit richtig zum Positiven entwickeln, wenn die Medien aufhören, Hass zu verbreiten. [...] Es muss aufhören, dass die BILD-Zeitung andauernd die Migranten und Geflüchteten schlecht darstellt. Es muss aufhören, dass der STERN oder SPIEGEL eine Frau mit Kopftuch zeigt und den Hintergrund schwarz macht und einen Titel mit Islamismus oder Salafismus wählt. Das muss aufhören, das muss tatsächlich aufhören. [...] Man verbindet Islam ja nur

„Das könnte sich alles in ganz kurzer Zeit richtig zum Positiven entwickeln, wenn die Medien aufhören, Hass zu verbreiten.“

noch mit Terrorismus. Das macht uns Muslime sehr, sehr traurig. Islam: Terrorismus, zurückgeblieben, nicht intellektuell, Unterdrückung, blabla – so wird das in den Medien dargestellt. Christentum: modern, entwickelt, Technik [...].“ (Interview 13, musl., ♀)

„Ich denke, wenn man öfters in den Medien eine Frau mit Kopftuch sehen würde, im positiven Zusammenhang, dann könnte man das lösen. [...] In einer Werbung habe ich letztens gesehen, da war eine Frau mit Kopftuch dabei, sie wirkte so toll, dass man sie als eine nette Person sieht, und das könnten wichtige Schritte sein, denke ich.“ (Interview 21, musl., ♀)

Auch seitens christlicher Organisationsvertreter*innen werden misstrauische und vorurteilsbehaftete Einstellungen gegenüber Muslim*innen und dem Islam und die Herausforderung eines adäquaten Umgangs mit religiöser Vielfalt registriert. In diesem Zusammenhang werden mögliche Gegenmaßnahmen und Lösungsansätze erwähnt, die von den christlichen Organisationen selbst durchgeführt würden. Die Maßnahmen beziehen sich auf Aufklärungsarbeit über religiöse Vielfalt, verschiedene Strömungen innerhalb des Islams und auf das Erfordernis von Begegnungen.

„Ich versuche auch immer deutlich zu machen, nicht jeder Muslim ist wie der andere. Es gibt da auch ganz, ganz viele Unterschiede. Klar, es gibt da auch die Radikalen. [...] Aber weil es die gibt, [...] heißt das noch lange nicht, dass der Islam des Teufels ist. Und das muss man fein unterscheiden und das ist schon eine Aufgabe und eine Herausforderung auch für uns als Christen in unseren Gemeinden dafür zu sorgen, auch über die Gemeindegrenzen hinweg, in der Bevölkerung dafür zu sorgen, dass eben dieses Bild aufgebrochen wird, der Islam ist grundsätzlich schlecht und wir sind die Guten.“ (Interview 5, christl., ♂)

„Ich hoffe, dass wir unter anderem durch unsere Vortragstätigkeit, durch die Begegnungsmöglichkeiten, die wir schaffen, hoffentlich deutlich machen, dass es nicht den Islam gibt. Dass der Islam aus mindestens genauso vielen verschiedenen Strömungen besteht wie das Christentum. Und dass man, wenn man von einer Unvereinbarkeit oder von einer Vereinbarkeit spricht, man das immer ganz genau auf bestimmte Bereiche beziehen muss, bei denen es unglaublich viele verschiedene Ansätze gibt.“ (Interview 10, christl., ♂)

Betont wird die Wichtigkeit von Offenheit, Dialog und Neugier, um Muslim*innen und ihre Religion richtig kennenzulernen.

„Die größte Angst macht, wenn ich nicht weiß, was da passiert. Was machen die Menschen da? Was passiert da hinter den Mauern? Was passiert da in der Moschee? Reingehen, gucken, mitmachen. [...] Und das ist für mich das Instrument, miteinander gut und friedlich zu leben. Voneinander wissen,

„Ich versuche auch immer deutlich zu machen, nicht jeder Muslim ist wie der andere.“

„Voneinander wissen, Dialog, Offenheit, Toleranz, Respekt, Neugier, all das kann helfen.“

Dialog, Offenheit, Toleranz, Respekt, Neugier, all das kann helfen.“ (Interview 5, christl., ♂)

Um Vorurteile ab- und gute Beziehungen zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionen aufzubauen, wird aufgrund positiver Erfahrungen mehrfach die große Bedeutung von Begegnungen, gegenseitigem Kennenlernen, Austausch und Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten unterstrichen.

„Ich glaube, dass dieses Begegnung-Schaffen ganz wichtig ist und, ja, dass die Leute aufeinander zugehen müssen und gucken müssen, dass sie miteinander ins Gespräch kommen. Sonst laufen wir nebeneinanderher in den verschiedenen Religionen und wissen wenig voneinander und schimpfen aufeinander und, ja, so kommen wir nicht weiter.“ (Interview 9, christl., ♀)

„Ich glaube, das ist das Allerallerwichtigste, dass Begegnungen stattfinden und dass dadurch die Vorurteile abgebaut werden. Da kann ich reden, so viel ich will, das bringt mir nichts. Ich glaube, da, wo man sich kennenlernt, wo Kontakte möglich werden, da verschwinden auch die Vorurteile.“ (Interview 17, christl., ♀)

„Das A und O sind Begegnungsmöglichkeiten, Gesprächsmöglichkeiten und Zusammenarbeitsmöglichkeiten. Durch gemeinsame Projekte, durch einander Kennenlernen, durch miteinander Reden.“ (Interview 10, christl., ♂)

„Wir brauchen viele Projekte, wo man gemeinsam miteinander etwas macht. Das ist immer das Effektivste. Dann lernt man sich schnell kennen, lernt die anderen Religionen kennen und verstehen. Das haben wir hier jetzt auch so erlebt. Also, wenn man die Leute eingespannt hat, [...] dann ist erst einmal für die Kritiker in einer Gemeinde schon einmal etwas getan, dass sie sehen, die nehmen uns ja nicht nur etwas weg, die helfen uns ja auch, die neu Zugezogenen. Und so müsste es mehr Projekte geben, wo man wirklich interagiert und zusammenarbeitet, um irgendetwas ins Leben zu rufen.“ (Interview 8, christl., ♂)

Von einer Interviewten wird im Zusammenhang mit der Diskriminierungsproblematik und eines kompetenten Umgangs mit religiöser Vielfalt zur Förderung eines guten Miteinanders die Notwendigkeit von interkultureller und interreligiöser Bildung unterstrichen. Dabei verweist sie auf die große Bedeutung von Kompetenzvermittlung in Bildungseinrichtungen über Schulungen von Pädagog*innen.

„Das Allerwichtigste ist: Es muss schon, wenn es im Elternhaus nicht klappt, dann muss es im Kindergarten, von den Pädagogen, auf den Weg gebracht werden. Also, die Personen, die Einfluss auf die Menschen haben, auf die Kinder haben, die müssen geschult sein. [...] Dass man offen sein soll, dass Vielfalt etwas Schönes ist und nichts ist, wovon man Angst haben müsste. Dass eine Erzieherin im Kindergarten interkulturell, interreligiös auf einem Niveau handelt, das keine

„Das A und O sind Begegnungsmöglichkeiten, Gesprächsmöglichkeiten und Zusammenarbeitsmöglichkeiten.“

Vorurteile mit sich bringt. Also, alle, die da arbeiten, müssen gucken, dass ein gemeinsames Miteinander gut ist. Wenn das Elternhaus nicht auf dem Niveau ist, dann müssen es die Kindergärten, die Schulen, die Unis, die müssen es hergeben.“ (Interview 13, musl., ♀)

Zusammengefasst verdeutlichen die Interviewausschnitte, dass Muslim*innen in Deutschland Diskriminierung und Rassismus erleben. Muslimische Frauen werden oft auf ihr Kopftuch reduziert und erfahren Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in Schulen. Die muslimischen Interviewpartner*innen betonen, dass die Medien eine entscheidende Rolle bei der Konstruktion eines verzerrten Islambildes spielen und plädieren daher nachdrücklich für eine positivere Berichterstattung über den Islam. Sowohl muslimische als auch christliche Organisationsvertreter*innen unterstreichen die Bedeutung von Aufklärungsarbeit, Dialog, Begegnungen und Zusammenarbeit, um Vorurteile abzubauen und gute Beziehungen zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften aufzubauen. Interkulturelle und interreligiöse Bildung in Bildungseinrichtungen und entsprechende Schulungen von Pädagog*innen werden für die Förderung eines besseren Zusammenlebens für notwendig erachtet.

5.2 Problemfeld 2: Rückgängige Mitgliederzahlen und Herausforderung Engagiertenbindung

In den Interviews mit den christlichen Organisationsvertreter*innen in Deutschland wird häufig erwähnt, dass die christlichen Kirchen mit chronischen Herausforderungen kämpfen, darunter der Mitgliederschwund, alte und alternde Mitglieder und Engagierte, erhebliche Nachwuchsprobleme und interne Krisen. Die wahrgenommenen Schwierigkeiten führen allerdings nicht allein zu Resignation und Hoffnungslosigkeit, sondern es werden durchaus Hoffnungen geäußert in Bezug auf Chancen und Maßnahmen für Veränderungen und neues Wachstum und die Schaffung von vitaleren, zukunftsfähigen und offenen Kirchengemeinschaften.

Häufig wird betont, dass es eine Herausforderung sei, Menschen für bezahlte Stellen und Ehrenämter zu gewinnen und dass der Einfluss der Kirchen aufgrund des Mitgliederschwundes abnehme.

„Es ist mühsam, immer wieder Mitarbeiter, Mitglieder zu gewinnen. [...] Es ist mühsam, Menschen für die Arbeit zu gewinnen, zu motivieren. Das gilt auch für den Bereich Presbyteriumsmitgliedschaft, Leitung der Gemeinde, überhaupt: jemanden für ein Ehrenamt zu finden. Wer macht die Kirche auf? Besuchsdienst: Wer besucht ältere Menschen? Kirchencafé: Wer macht Kaffee für die Menschen, die sich nach dem Gottesdienst noch miteinander unterhalten wollen? Überall suchen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und es ist ein

„Überall suchen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und es ist ein mühsames Geschäft.“

mühsames Geschäft. [...] Der Einfluss der Kirchen sinkt aufgrund des Mitgliederschwundes immer mehr. Das kann man über Jahrzehnte feststellen, egal jetzt ob katholische oder evangelische Kirche. Und es kommen weitere Probleme dazu, wie der Missbrauchsskandal [...].“ (Interview 3, christl., ♂)

Neben der Schwierigkeit, neue Mitarbeiter*innen und Engagierte zu gewinnen besteht für die Kirchengemeinden ein großes Problem darin, dass vorhandene Mitarbeiter*innen immer älter und weniger belastbar werden.

„Was sich verändert hier bei uns, das ist natürlich auch der Zustand der Mitarbeiter. Der Mitarbeiterstand wird insgesamt älter. Das hängt damit zusammen, dass wir früher sehr viele Leute hatten, die vorzeitig in den Ruhestand gegangen sind, die dann mit 60 noch so richtig anpacken konnten. Das haben wir heute nicht mehr, weil die Leute in der Regel bis zum Berufsende arbeiten und dann natürlich auch entsprechend älter sind und auch weniger belastbar. Also, weil immer mal wieder welche ausfallen, die sagen: ‚Ich kann nicht mehr oder ich traue es mir nicht mehr zu‘, oder so. Das ist schon schwieriger geworden. Das merken wir auch jetzt in den Gremien. Wir haben jetzt in 14 Tagen die Wahlen der Gremien, da wird es schon schwieriger, Leute zu gewinnen, weil einfach so eine natürliche Alterung da ist und keine Jüngeren nachkommen. Also, das ist das, was uns an die Grenzen bringt.“ (Interview 12, christl., ♂)

„Was sich verändert hier bei uns, das ist natürlich auch der Zustand der Mitarbeiter. Der Mitarbeiterstand wird insgesamt älter.“

Eine Hauptamtliche stellt die finanziellen und existenziellen Konsequenzen der Kirchengemeinden heraus. Weniger Mitglieder bedeuten geringere Kirchensteuereinnahmen und damit auch weniger finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten seitens einer Kirchengemeinde.

„Viele Menschen sind aus der Kirche ausgetreten und jetzt aktuell in den letzten Jahren auch während Corona wieder und dadurch werden die Zuschüsse weniger. Also, man kriegt jetzt – hört sich böse an – so eine Art Pro-Kopf-Pauschale für Mitglieder in einer Kirchengemeinde. Und wenn das immer weniger werden, weil Nachzug von anderen Religionen passiert oder von Menschen, die keine Religion haben, und die älteren Menschen, für die das noch normal war, dass man in der Kirche ist, [...] wegsterben, dann schwindet die Zahl der Mitglieder und dadurch sinkt auch die Kirchensteuerabgabe. Es gibt dann noch so einen Pauschbetrag von der Landeskirche, die das Ganze so ein bisschen aufstockt. Aber je weniger Geld da ist, desto weniger aktiv kann die Gemeinde dann in alle Richtungen finanziell unterstützen.“ (Interview 26, christl., ♀)

„Viele Menschen sind aus der Kirche ausgetreten und [...] auch während Corona wieder und dadurch werden die Zuschüsse weniger.“

Die COVID-19-Pandemie hat das Engagement der in der Kirche aktiven Personen zusätzlich negativ beeinflusst und es wird angezweifelt, dass die älteren Engagierten nach der Pandemie wieder aktiv sein werden.

„Wir sind jetzt zwei Jahre im Grunde an Corona am Rumdoktern. In zwei Jahren passiert auch einfach viel. Da sind auch gerade die älteren Engagierten alle zwei Jahre älter geworden und die werden wir auch alle nicht mehr ins Boot kriegen, in dem Rahmen, wie das seinerzeit geklappt hat. Das sind schon so Herausforderungen, was ist die Zukunftsperspektive eigentlich?“ (Interview 18, christl., ♂)

Angesichts der mehrfach bedingten Krisenlage werden auch Lösungsansätze mitgeteilt. So sollten die Kirchen als offene, integrationsfördernde Kirchen Menschen unterschiedlicher Herkunft in der Gemeinde willkommen heißen, als Mitglieder, Mitarbeiter*innen und Führungskräfte, und damit als Vorbild in und für die Gesellschaft wirken.

„Die Kirche kann in ihren eigenen Reihen Integration leisten, indem Menschen unterschiedlicher Herkunft in der Gemeinde Platz haben. Sie werden es ja durch Mitgliedschaft in der Gemeinde, aber sie können eben auch hier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden. Sie können auch die Gemeinde leiten. [...] Von denjenigen, die hier zum Presbyterium gehören, sind die wenigsten hier geboren. Unsere Gemeinde ist eine Gemeinde von Zuwanderern, aus Deutschland, aber es gibt auch Gemeindeglieder, die aus Angola kommen, die aus dem Iran kommen, die aus anderen Ländern dazugestoßen sind, als Flüchtlinge zum Teil, als Asylantragsteller zum Teil. [...] Wenn Integration in der Gemeinde gelingt, kann sie auch in der Stadt und in der Gesellschaft gelingen. Und das versuchen wir zu praktizieren.“ (Interview 3, christl., ♀)

„Die Kirche kann in ihren eigenen Reihen Integration leisten, indem Menschen unterschiedlicher Herkunft in der Gemeinde Platz haben.“

Eine ältere engagierte Person äußert die Sorge, dass das christliche Erbe angesichts der aktuellen Entwicklungen und Krisensituationen in der Kirche gefährdet sei. Sie ist der Ansicht, dass zur notwendigen Vitalisierung der Kirche Reformen erforderlich seien, und zwar insbesondere in Bezug auf die Stärkung der Rolle von Frauen innerhalb der Kirche, da sie mit ihren Persönlichkeiten gewinnbringende Perspektiven einbrächten und andere Wirkungen erzielen könnten als Männer.

„Wir müssen auch dafür kämpfen, dass wir unser Christsein bewahren. Auf der anderen Seite sehe ich natürlich, was in der Kirche passiert und einfach auch das Ganze hier jetzt kaputtmacht, was wir da über Jahre aufgebaut haben. Und, ja, die Frauen in der Kirche müssen einfach stärker werden, das ist mein Anliegen auch, weil ich glaube, Frauen gucken nochmal anders als Männer auf all das, was gewesen ist. Und eine Frau in der Kirche hat einfach eine andere Ausstrahlung.“ (Interview 9, christl., ♀)

„Und, ja, die Frauen in der Kirche müssen einfach stärker werden, das ist mein Anliegen.“

Eine ambivalente Stimmung zwischen Hoffnung, Zuversicht und großen Zukunftssorgen kommt sehr gut in einer weiteren Äußerung der älteren Engagierten zur Situation der Kirchen zum Ausdruck. Zum einen erkenne die jüngere gläubige Generation die Notwendigkeit des Handelns und sei zum Handeln bereit. Zugleich befürchtet sie, dass Kirche und Glaube für junge Menschen nicht

mehr relevant seien. Ihre Hoffnung liegt darauf, dass die Jugend Veränderungen initiieren wird, um die Kirche wieder attraktiver zu gestalten, aber sie ist auch besorgt, dass die Gemeinschaft schwinden könnte, wenn keine Veränderungen eintreten.

„Es gibt immer weniger Leute, die einen christlichen Hintergrund haben. Aber unsere hoffnungsvolle Jugend, sage ich mal, versteht langsam, dass es nötig ist, was zu tun. Und was ich so rundherum höre, sind sie auch zum größten Teil bereit dazu. Wir, in meinem Alter jetzt, geraten allmählich mehr so in die Zuschauerrolle, müssen uns auch ein Stück zurücknehmen, damit die jungen Leute mehr Platz bekommen, mehr Raum bekommen, und nicht mehr von uns bestimmt werden. [...] Auf das Christentum, weiß ich gar nicht, wie weit wir da noch bauen können. Wenn das so weitergeht, dann weiß ich von vielen Jugendlichen, dass sie glauben, ich sehe das ja bei meinen eigenen Kindern, die gläubig sind, dass die Kirche sie nicht mehr mitnimmt, die Kirche einfach für sie ein Raum ist, wo sie keine Heimat mehr finden. [...] Das ist eine Kirche der alten Leute. Und da muss irgendwann von der Jugend her etwas passieren, wir Alten können das nicht mehr ändern. Das muss irgendwo aus der Jugend selber herauskommen, dass da wieder was Neues aufgebaut werden kann. Ich hoffe, aber ich weiß nicht, ob es gelingt. Ich habe schon Sorge, dass wir untergehen, allmählich, wenn wir so weitermachen, leider.“
(Interview 9, christl., ♀)

„Ich habe schon Sorge, dass wir untergehen, allmählich, wenn wir so weitermachen, leider.“

Muslimische Organisationsvertreterinnen berichten – im Gegensatz zu den christlichen – nicht von einem Rückgang und der Alterung von Mitgliedern und Engagierten. Als deutlich jüngere Organisationen, die sich in der Aufbau- und Entwicklungsphase befinden und an Bekanntheit gewinnen, haben sie aber viele Aufgaben parallel zu erledigen und verfügen dafür häufig nicht über ausreichende haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen. Da viele der Mitarbeiter*innen andernorts hauptamtlichen Tätigkeiten nachgehen, ist ihre Zeit für ehrenamtliche Einsätze in den muslimischen Organisationen begrenzt.

„Es war am Anfang für uns ganz schwierig, zuerst einmal einen Standort aufzubauen, das Büro einzurichten. Innerhalb kürzester Zeit haben wir unsere Büroräume eingerichtet und natürlich mussten wir viele Veranstaltungen parallel durchführen, und das alles mit einer 40-Stunden-Stelle. Also wir hatten eine ganze Stelle gehabt. Ich und meine Kollegin [...] haben die Stelle dann aufgeteilt. Da hat man dann gesehen, wir sind an der Grenze, mehr können wir nicht. Und dann die Anfragen von allen Organisationen, die uns kennenlernen wollten, natürlich erfreulich alles, aber es hat unsere Arbeit natürlich noch vermehrt. Ich habe nicht nur 20 Stunden die Woche gearbeitet, sondern über 50 Stunden, meine Kolleginnen auch genauso. Es war eine schwierige Zeit. Jetzt im Moment schaut es auch nicht anders aus. Je größer man wird, je bekannter man wird, desto mehr Arbeit hat man.“ (Interview 21, musl., ♀)

„Je größer man wird, je bekannter man wird, desto mehr Arbeit hat man.“

„Als Vorstandvorsitzende, Geschäftsführende ist es sehr schwierig, noch in anderen Projekten [ehrenamtlich] mitzuwirken. Das gilt auch für andere Kolleginnen, die anderweitig auch noch beschäftigt sind. Man kann ja nicht mehr arbeiten als über 50, 60 Stunden die Woche. Mehr kriegt man nicht hin. Also, das ist sehr schwierig. [...] Natürlich ist es immer eine begrenzte Zahl [an Ehrenamtlichen]. Ich würde den Ehrenamtlern gerne viel mehr Ehrenamtspauschale auszahlen können. Da fehlt es natürlich an Geldern. [...] Das wäre super schön, wenn wir in der Hinsicht mehr Unterstützung bekommen könnten, weil wir haben ja Ziele, wir wollen ein Wohlfahrtsverband werden.“ (Interview 13, musl., ♀)

„Man kann ja nicht mehr arbeiten als über 50, 60 Stunden die Woche. Mehr kriegt man nicht hin.“

Ein muslimischer Interviewpartner betont, wieviel Kraft das eigene freiwillige Engagement koste und wie anstrengend es sei, andere muslimische Personen, die sich zum Teil in Deutschland nicht akzeptiert fühlten, zum Einsatz für andere zu motivieren.

„Sie glauben gar nicht, wie kraftraubend das manchmal ist. Ich bin auch im Vorstand [...], für die Presse und generell für viele verschiedene Projekte zuständig. Und dann nochmal intern zu kommunizieren, warum wir etwas machen. Sie können sich vorstellen, dass viele sagen: ‚Ja, aber ich werde hier in Deutschland gar nicht akzeptiert, warum soll ich jetzt hier bei der Aufräumaktion helfen?‘ Und dann muss man wieder die religiöse Sensibilität einholen und sagen: ‚Wir machen das ja nicht nur für uns selber, sondern im Dienste Gottes, indem wir Menschen unterstützen.‘ [...] Man muss an beiden Fronten Aufklärungsarbeit leisten.“ (Interview 15, musl., ♂)

„Man muss an beiden Fronten Aufklärungsarbeit leisten.“

In den Interviews wird deutlich, dass sowohl muslimische als auch christliche Organisationen – aus unterschiedlichen Gründen – Schwierigkeiten haben, Personen für die Mitarbeit zu mobilisieren: Sind es bei den Muslim*innen berufliche und familiäre Mehrfachbelastungen und Gefühle der Nicht-Zugehörigkeit, sind bei den Kirchen vor allem rückgängige Kirchenbindungen und alternde Mitglieder ursächlich.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den Interviews mit den christlichen Organisationsvertreter*innen langfristige und existenzielle Herausforderungen wie Mitgliederrückgang, Alterung und interne Krisen thematisiert werden. In diesem Zusammenhang äußern einige Interviewpartner*innen Hoffnung auf Veränderungen und Revitalisierung der Kirchen und bringen Ideen für Lösungsansätze ein. Im Gegensatz zu den christlichen befinden sich die muslimischen Organisationen in einer Aufbau- und Entwicklungsphase und stehen daher vor der Herausforderung, viele (neue) Aufgaben und eine hohe Arbeitsbelastung mit begrenztem haupt- und ehrenamtlichem Personalressourcen bewältigen zu müssen.

5.3 Problemfeld 3: Befristete Förderstrukturen und Teilhabebarrieren islamischer Organisationen

Im Vergleich zu christlichen Interviewpartner*innen berichten insbesondere Vertreter*innen muslimischer Organisationen häufig von chronischen finanziellen Herausforderungen und strukturellen Anerkennungsproblemen, mit denen sie in ihrer Arbeit konfrontiert sind. Wiederholt thematisieren sie finanzielle Instabilitäten und existenzielle Unsicherheiten, die durch immer nur zeitlich befristete Förderungen verursacht würden. Zugleich sind diese Förderungen Voraussetzung für die Durchführung von Projekten, die auf die Integration von Geflüchteten sowie Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte abzielen und damit einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten wollen.

„Das Projekt endet jetzt im Dezember dieses Jahres. Dadurch wird dann die Hälfte unserer Mitarbeiter, die wir überhaupt eingestellt haben, ihre Tätigkeit auch erstmal hauptamtlich beenden müssen [...].“ (Interview 6, musl., ♂)

Wenn erfolgreiche Projekte nach zwei Jahren auslaufen und nicht weiter gefördert werden, wirft das Fragen der Nachhaltigkeit, des Sinns von Förderprogrammen und der Möglichkeit von Zielrealisierungen auf.

„Das ist so mein Horrorszenario: Wir haben jetzt in zwei Jahren so viel aufgebaut, und ich stelle mir immer die Frage, was ist eigentlich, wenn irgendwie von heute auf morgen unsere Stellen, die ja alle befristet sind auf ein bis zwei Jahre, was ist, wenn wir diese Stellen nicht mehr finanzieren können? Würde dann diese gesamte Arbeit, die wir zwei Jahre lang aufgebaut haben, zusammenbrechen? Und das ist ein Szenario, das wünsche ich mir niemals, aber das ist ein Szenario, was theoretisch passieren kann, ja.“ (Interview 6, musl., ♂)

„Aber das [die Förderung] ist halt immer begrenzt und begrenzte Förderung hält uns natürlich mit unseren Visionen auf. Man hat immer Ängste, wie finanziere ich mich nächstes Jahr? Ich habe eine tolle Mitarbeiterin hier, die super arbeitet, die würde ich gerne langfristig hier binden, aber diese Versprechen kann ich ihr gar nicht geben. Also, das ist etwas, wo einem die Hände gebunden sind, und was dann die Vision auch ein bisschen kleinhält.“ (Interview 21, musl., ♀)

Neben der Finanzierung über begrenzte Fördermittel wird ebenfalls versucht, die eigene Arbeit mit Spenden von Mitgliedern und anderen Personen zu realisieren. Eine zentrale Forderung ist jedoch, dass die eigene Arbeit seitens der Politik anerkannt und langfristig gefördert wird.

„Das ist so die größte Herausforderung, mit der wir zu kämpfen haben, dass diese Arbeit, die wir tun, Anerkennung findet, und auch insofern Anerkennung findet, dass man seitens der Politik, seitens des Staates bereit ist, diese wichtige Arbeit

„Man hat immer Ängste, wie finanziere ich mich nächstes Jahr?“

„Das ist so die größte Herausforderung, [...] dass diese Arbeit, die wir tun, Anerkennung findet“

auch entsprechend nachhaltig zu unterstützen, zu finanzieren.“ (Interview 6, musl., ♂)

Ein großer Wunsch ist, Zugang zu Förderstrukturen der Freien Wohlfahrtspflege zu erhalten, um damit langfristig und „regelhaft“ Finanzierungen zu erhalten. Allerdings müssen für die Aufnahme in Regelstrukturen und für die Anerkennung als Trägereinrichtung sozialer Dienste bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden, die die muslimischen Organisationen aufgrund fehlender Ressourcenausstattungen nur schwer erbringen können und die daher Überforderungen mit sich bringen.

„Wir versuchen in Regelfinanzierungen reinzukommen, wie sie auch von anderen Wohlfahrtsverbänden genutzt werden können. Das ist bei uns noch nicht der Fall. [...] Man braucht Anerkennungen. Die zu bekommen, ist nicht so einfach und die setzen auch viele, viele Dinge voraus. Bei uns wäre die Erwartung, dass wir es einfach schaffen, diese Hürden zu überwinden und Anerkennungen, die wir brauchen, zu bekommen. Das sind dann auch Kostenfragen, also man muss irgendeine Zertifizierung machen, die kostet 4.000 Euro [...].“ (Interview 6, musl., ♂)

„Wir versuchen in Regelfinanzierungen reinzukommen, wie sie auch von anderen Wohlfahrtsverbänden genutzt werden können.“

Auch christliche Gemeinden, die durch den Einzug der Kirchensteuer von Kirchenmitgliedern Personal finanzieren können und im Vergleich zu muslimischen Organisationen komfortabler ausgestattet sind, sind mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert. Ein christlicher Pfarrer berichtet von der Gründung eines Vereins zur Beratung von Geflüchteten als Reaktion auf wegbrechende Mittel für eine Beratungsstelle für Geflüchtete in der eigenen Gemeinde. Die Arbeit des Vereins zu finanzieren, sei eine ständige Herausforderung.

„Als die Fördermittel von der Diakonie, von der EU und anderen Instanzen wie der Stadt [...] wegbrachen, war die Existenz der Beratungsstelle finanziell in Gefahr. Und da haben wir dann einen Förderverein für Flüchtlinge in der Stadt [...] gegründet, um die Fortsetzung der Beratungsarbeit, die ja eine gewisse Qualifikation erfordert, finanziell zu ermöglichen. Und die Frage: ‚Wie kann man die Beratungsstelle finanzieren?‘, ist nach wie vor Thema in der Gemeinde. Wir stellen immer wieder freie Kollekte zur Verfügung, [...] sodass wir als Kirchengemeinde finanziell die Flüchtlingsarbeit unterstützen. [...] Weil es Anfang 2015 auch in der Bevölkerung hier eine große Spendenbereitschaft gab, konnten wir die Stundenzahl erhöhen und besser bezahlen. Und jetzt fühlen wir uns gegenüber den Mitarbeitern natürlich in der Pflicht, diese höhere Stundenzahl auch weiter zu finanzieren, was uns teilweise gelungen ist, weil auch Drittmittel eingeflossen sind, über die Stadt, aber es teilweise auch hohe Einzelspenden im fünfstelligen Bereich gab. [...]. Es gibt schon eine Ermüdung, dass wir immer noch, immer wieder sammeln, immer wieder. Das ist ja auch anstrengend über Jahre, Jahrzehnte das zu machen.“ (Interview 3, christl., ♂)

„Es gibt schon eine Ermüdung, dass wir immer noch, immer wieder sammeln, immer wieder.“

Eine andere Frau berichtet davon, dass ihr großer ehrenamtlicher Einsatz in der Flüchtlingshilfe aufgefallen und extra für sie eine unbefristete Stelle geschaffen worden sei. An ihrem Beispiel zeigt sich exemplarisch, dass kirchliche im Vergleich zu muslimischen Organisationen aufgrund vorhandener eigener Mittel über größere finanzielle Handlungsspielräume verfügen.

„Ich hatte da erst nur so ein paar Stunden Begleitung von Ehrenamtlichen gemacht, zunächst noch neben meiner Arbeit in der Familienbildung, und dann hat der Kirchenkreis aber gemerkt, der ehemalige [Vorgesetzte], da ist wirklich jemand, der in dem Bereich was machen will, und dann ist diese unbefristete Stelle für mich geschaffen worden, weil sie auch wissen, dass das befristet ist, durch mein Lebensalter (lacht). Aber das ist was Besonderes [...], dass der Kirchenkreis eine feste Stelle geschaffen hat für die Arbeit mit Geflüchteten.“
(Interview 2, christl., ♀)

In den Interviews wird deutlich, dass muslimische Organisationen mit und durch ihre Aktivitäten Teil der deutschen Gesellschaft werden und zu erfolgreichen Integrationsprozessen von Geflüchteten, Zugewanderten und deren Nachfahren beitragen sollen und wollen. In diesem Kontext empfinden muslimische Organisationsvertreter*innen allerdings teilweise, dass sie von Politiker*innen nicht ernst genommen und nicht aufrichtig unterstützt werden. Trotz ihrer Bemühungen, einen positiven Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, haben sie das Gefühl, dass ihre Anliegen nur oberflächlich und symbolpolitisch behandelt werden, da keine tatsächlichen politischen Maßnahmen und Unterstützungen folgen. Dies erweckt bei ihnen mitunter den Eindruck, für politische Zwecke konjunkturell instrumentalisiert zu werden.

„Auf der einen Seite sagen sie, ‚Das ist sehr wichtig und wir brauchen euch und ihr müsst was tun‘, auf der anderen Seite lassen sie die Organisation im Stich und sagen, ‚Kümmert euch selbst darum und schaut, dass ihr da was findet.‘ Und wenn es dann mal was gibt, ist es so eine Impulsförderung, so für ein, zwei Jahre. Das ist dann der medialen Debatte um dieses Thema geschuldet, und sobald das Thema dann nicht mehr im Mittelpunkt steht, vergisst man diese Arbeit auch schnell wieder [...].“ (Interview 15, musl., ♂)

„Und sobald das Thema dann nicht mehr im Mittelpunkt steht, vergisst man diese Arbeit auch schnell wieder.“

Die Abhängigkeit muslimischer Organisationen von immer wieder neu zu beantragenden finanziellen Subventionen werden auf chronische Schwierigkeiten zurückgeführt: hohe politische Erwartungshaltungen an Anerkennungswürdigkeit, an die Vertretung aller Muslim*innen durch Repräsentanten der muslimischen Community als Ansprechpartner in politischen und sozialen Angelegenheiten und einen mangelhaften rechtlichen Status. Es wird kritisiert, dass Muslim*innen in Deutschland fälschlicherweise als homogene Gruppe mit einheitlichen Infrastrukturen wahrgenommen würden, was zur Erwartung führe, dass Einzelne für alle Muslim*innen sprechen und sie repräsentieren könnten. Dies

sei aufgrund vielfältiger muslimischer Ansichten, Interessen und Strukturen jedoch realitätsfern.

„In den letzten 30 Jahren wurden wir mit vielen großen Erwartungen und hohen Ansprüchen konfrontiert, auch mit Verweis darauf, dass wir eben nicht auf eine so reiche Struktur zurückgreifen können wie es bei den Kirchen und im Wohlfahrtswesen der Fall ist. Stichwort Gleichstellung, Gleichbehandlung, Stichwort Körperschaft des öffentlichen Rechts und so weiter. [...] Die Anspruchs- und Existenzgrundlage der muslimischen Verbände wird ständig infrage stellt, so nach dem Motto: ‚Die sprechen ja nicht für alle Muslime.‘ [...] Aber wir können doch diese Themen nicht abspeisen mit der fadenscheinigen Begründung, wir haben doch eine sehr unübersichtliche Infrastruktur auf der muslimischen Seite. Was sollen wir denn da machen? [...] Und genau das ist die Diskussion, die wir in vielen Bereichen haben. Das ist keine sehr angenehme Situation.“ (Interview 7, musl., ♂)

„Die Anspruchs- und Existenzgrundlage der muslimischen Verbände wird ständig infrage stellt, so nach dem Motto: ‚Die sprechen ja nicht für alle Muslime.‘“

Der unterschiedliche rechtliche Status von christlichen und muslimischen Organisationen wird auch von christlichen Interviewpartner*innen thematisiert und mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Einflussnahme verknüpft.

„Die Kirchen haben ja über Jahrhunderte hinweg eine relativ gute Position als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die sind gefestigt, obwohl der Einfluss der Kirchen aufgrund des Mitgliederschwundes immer mehr sinkt [...], egal jetzt ob katholische oder evangelische Kirche. Aber die Kirchen sind durch ihre rechtliche Stellung geschützt und gestärkt und haben nach wie vor gute Möglichkeiten, sich einzubringen. Auf muslimischer Seite sehe ich es so, ist aufgrund der Vielfalt der Muslime, allein schon innerhalb des türkischen Staates gibt es ja unterschiedlichste Organisationen, es ganz schwierig für den deutschen Staat, eine einheitliche Linie zu finden.“ (Interview 3, christl., ♂)

„Die Kirchen haben ja über Jahrhunderte hinweg eine relativ gute Position [...], obwohl der Einfluss der Kirchen aufgrund des Mitgliederschwundes immer mehr sinkt.“

Im Kontext von Finanzierungsfragen und Möglichkeiten politischer Einflussnahme wird darüber hinaus eine ungleiche Förderpolitik wahrgenommen, die „etablierte“ aufnahmegesellschaftliche Institutionen zum Nachteil muslimischer Organisationen bevorteile. Es wird von bestehenden Klüngeln berichtet – von informellen Netzwerken, in denen politische Entscheidungsträger*innen und Vertreter*innen etablierter Institutionen enge Beziehungen pflegten und förderpolitische Absprachen trafen. Durch eine solche Politik würden etablierte Organisationen, die über starke politische Verbindungen verfügen, privilegiert, während die Bedürfnisse und Anliegen kleinerer Organisationen vernachlässigt würden.

„Es gibt diese Fördermittel und der Staat hat auch vieles in diesem Rahmen finanziert und unterstützt. Das Problem ist aber, wo das Geld letztendlich ankommt, und es ist halt einfach Fakt, dass bestehende, etablierte Organisationen dann

meistens diejenigen sind, die dann auch von diesen Maßnahmen am ehesten profitieren, und junge, neue Organisationen, aber auch muslimische Organisationen oder Migrantenselbstorganisationen [...] haben immer noch ein großes Defizit, was Förderungen im Kontext vor allem der Flucht- und Integrationsarbeit angeht, und das merken wir auch.“ (Interview 15, musl., ♂)

„Die Ministerien haben auch mal so ein bisschen erzählt, wenn über die Vergabe von Fördermitteln gesprochen und geplant wird, ist es meistens so, dass die Ministerien im Großen und Ganzen für diese Fördertöpfe schon im Voraus sich mit den etablierten Organisationen und Wohlfahrtsverbänden treffen und im Endeffekt im Hintergrund bereits Vorgespräche stattfinden und viele Dinge im Voraus einfach schon festgelegt und viele Gelder auch schon vergeben sind. [...] Und ich würde mir wünschen, dass man den kleinen [Organisationen] auch mal zumutet, etwas Größeres zu leisten, denen mehr Vertrauen entgegenbringt und, ja, diese dann im Rahmen ihrer Arbeit auch einfach stärker unterstützt und das vielleicht auch stärker wertschätzt und wahrnimmt und, ja, auch mitbegleitet.“ (Interview 6, musl., ♂)

„Und ich würde mir wünschen, dass man den kleinen [Organisationen] auch mal zumutet, etwas Größeres zu leisten, denen mehr Vertrauen entgegenbringt.“

Zudem berichten einige muslimische Interviewpartner*innen, dass es ihnen und ihren Organisationen gegenüber nach wie vor Misstrauen und Vorurteile gebe, die sich unmittelbar negativ auf die Anerkennung ihrer Organisationen als förderwürdige Akteurinnen, Kooperations- und Ansprechpartnerinnen für die Politik auswirkten.

„Diese Skepsis haben wir halt von Tag eins an zu spüren bekommen, wir haben das relativ früh gemerkt, dass manche Fördermittelgeber also so offen auch gesagt haben: ‚Hier, euer Name [...] ist ein Name, mit dem assoziieren viele Menschen etwas Falsches‘. Wir wurden aus Versehen auch mal bei der internen Kommunikation eines Jugendamtes, mit dem wir in Kontakt standen, in Cc gesetzt, wo zu lesen war, dass wir eine Terrororganisation seien und man mit uns nicht zusammenarbeiten wolle.“ (Interview 6, musl., ♂)

„Diese Skepsis haben wir halt von Tag eins an zu spüren bekommen [...]“

„Es ist ja ein offenes Geheimnis, dass – was Gleichstellung und Gleichbehandlung angeht, insbesondere, was die muslimische Infrastruktur angeht –, dass da viel aufzuholen ist und dass Politik sich schwertut bei diesem Thema. Oft weil es unpopulär ist oder weil es auf der Wegstrecke durch Misstrauens- und Extremismuskurse torpediert wird und dass man sich das zweimal überlegt, ob man solche Dinge angeht. Und dann bleibt halt vieles, was die Integration des Islams angeht, auf der Strecke.“ (Interview 7, musl., ♂)

Eine muslimische Interviewte berichtet, dass sowohl die deutsche Gesellschaft als auch die muslimische Community die Arbeit der Organisation zu Beginn gleichermaßen infrage gestellt und misstrauisch beäugt hätten. Während die

deutsche Gesellschaft an ihrer Integrationsbereitschaft und Seriosität gezweifelt hätte, hätten sich die Mitglieder der muslimischen Community gefragt, ob sie ihnen schaden und ihre Religion und Identität verraten würden.

„Die erste größte Hürde war, als wir [...] hier angefangen haben, bei der deutschen Gesellschaft: ‚Sind sie eine Parallelgesellschaft? Für wen arbeiten sie? Ist das, was sie zeigen, die Wahrheit?‘ Also, [...] die hatten diese Fragezeichen. In der muslimischen Community wurde gefragt: ‚Wer sind die jetzt? Hintergehen die uns? Werden sie jetzt unsere Religion verkaufen? Werden sie jetzt unsere Identität verkaufen? Sind die jetzt komplett auf der Seite der Diskriminierenden, die uns jahrelang nicht verstanden haben?‘ Das war die erste große Hürde, bei beiden Seiten Transparenz zu schaffen. [...] Das hat sehr lange gedauert, bis wir dieses Vertrauen geschaffen haben, aber, Gott sei Dank, wir haben diesen Vertrauensaufbau auf beiden Seiten sehr gut geschafft, weil wir sehr, sehr transparent gearbeitet haben.“ (Interview 13, musl., ♀)

„Wir haben diesen Vertrauensaufbau [...] sehr gut geschafft, weil wir sehr, sehr transparent gearbeitet haben.“

Durch eine transparente Arbeitsweise, bei der Handlungen, Motive und Ziele klar kommuniziert und offengelegt wurden, konnte Vertrauen aufgebaut werden. In Bezug auf das Anliegen, als seriöse und förderwürdige Akteurinnen und Kooperationspartnerinnen betrachtet zu werden, fällt muslimischen Organisationsvertreter*innen auf, dass ihre Organisationen mehr leisten und nachweisen müssten als „etablierte“ Organisationen.

„Wir sind auch auf Partnerschaften angewiesen, um einfach seriös und professionell zu wirken. [...] Wir haben die Erfahrung gemacht, von anderen Akteuren anders wahrgenommen zu werden, wenn da eine etablierte Organisation mit ihrem Logo auf unseren Flyern und Publikationen mit vorhanden ist.“ (Interview 15, musl., ♂)

„Wir sind auch auf Partnerschaften angewiesen, um einfach seriös und professionell zu wirken.“

Entsprechend den externen Anforderungen an die Arbeit muslimischer Organisationen wird für deren Professionalisierung und Anerkennung versucht, mit anderen Akteur*innen partnerschaftlich „auf Augenhöhe“ zusammenzuarbeiten. Diese Augenhöhe – also Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit – im Miteinander sei aufgrund bestehender Abhängigkeitsverhältnisse, ungleicher Ressourcenausstattungen und Machtverteilungen nicht immer möglich:

„Es ist schwierig, weil man halt immer am kürzeren Hebel. Letztendlich weiß man, dass man in der Zukunft auf die Anerkennung von diesen Stellen angewiesen ist, auch für zukünftige Projekte oder Arbeiten.“ (Interview 6, musl., ♂)

„Es ist schwierig, weil man halt immer am kürzeren Hebel.“

Neben grundsätzlicher Kritik an benachteiligenden, teilhabeverhindernden Strukturen wird seitens muslimischer Interviewpartner*innen aber auch Kritik an muslimischen Organisationen geäußert, zum Beispiel, wenn betont wird, dass sie sich stärker öffnen müssten, um Integrationsprozesse voranzutreiben, die die Politik auch einfordern müsse:

„Ich finde, die muslimische Seite sollte sich stärker öffnen. Wenn sie in ihren kleinen Hinterhofmoscheen bleiben und sagen, ‚Wir lassen alle in Ruhe, alle sollen uns in Ruhe lassen‘, werden sie es nie schaffen, zur Gesellschaft zu gehören. Sie müssen einfach transparenter werden, sie müssen die Türen öffnen. Also, da gibt es ja auch komische Strukturen, die müssen sich auf jeden Fall verbessern. Da ist die deutsche Politik auf jeden Fall gefragt. Die müssen da auch Forderungen stellen, ohne dabei rassistisch und diskriminierend zu werden [...].“ (Interview 13, musl., ♀)

Ein muslimischer Organisationsvertreter weist darauf hin, dass es auch innerhalb seiner muslimischen Organisation extremistische Einstellungen gäbe, die nicht dem Islam entsprächen und er äußert Verständnis für skeptische Ansichten gegenüber dem Islam aufgrund von mangelhaftem Wissen über diese Religion. Einen wichtigen Schritt sieht er in der Aufklärungsarbeit über den Islam durch seine Gemeinde.

„Also, es gibt auch berechnigte skeptische Einstellungen. [...] Man arbeitet hart, dass man zumindest die Leute, die man kennt, die solche Einstellungen haben, auffordert, diese Einstellungen zu ändern. Es gibt in jeder [religiösen] Strömung Extreme, selbst in unserer muslimischen Gemeinde. [...] Sachen, die im Namen des Islams stattfinden, obwohl der Islam frei davon ist. Und wenn ich kein Wissen über den Islam habe, dann habe ich Angst. [...] Und wenn ich als Deutscher sowas höre, dann bin ich auch skeptisch, ob es an der Religion liegt oder an den Menschen. Und viele schreiben das der Religion zu und da können wir nur entgegenwirken bei uns in der Gemeinde, oder Leute, die uns zum Tag der Offenen Moschee besuchen, über den Islam informieren.“ (Interview 24, musl., ♂)

„Also, es gibt auch berechnigte skeptische Einstellungen.“

In diesem Zusammenhang betrachtet es eine interviewte Muslimin als problematisch, dass viele Menschen nebeneinanderher leben, ohne etwas über die Kultur und Bräuche des „Anderen“ zu wissen. Der Mangel an wechselseitigen Kenntnissen und Interessen bringe Unverständnis und Ängste mit sich, die für das Zusammenleben schädlich seien. Daher erachtet sie es als unbedingt notwendig, dass einander fremde Menschen miteinander ins Gespräch kommen und sich kennenlernen, um Fremdheit und Ängste abzubauen und damit auch Integrationsprozesse zu erleichtern.

„Also, 2019 habe ich im Ramadan ein Fastenbrechen organisiert. Der Oberbürgermeister kam, der Gemeinderat kam, und 400 Migrantinnen und Geflüchtete. Einer der Politiker wusste nicht mal, was ein Fastenbrechen ist, der dachte, das ist der letzte Tag von Ramadan. [...] Da dachte ich wirklich, wir leben sowas von nebeneinanderher, keiner hat wirklich Ahnung vom Anderen. Und keiner hat auch unbedingt Interesse. Wenn man sich nicht kennenlernen, wenn man so nebeneinanderher läuft, wird es immer Unverständnis und Ängste geben. Du hast nur Angst, wenn du nicht weißt, was dahintersteckt. [...]“

„Wenn man sich nicht kennenlernen, wenn man so nebeneinanderher läuft, wird es immer Unverständnis und Ängste geben.“

Dann, wenn ich dich kenne und weiß, dass es schön ist, Dich zu kennen, dann motiviert es mich auch, schneller die Sprache zu lernen, dann motiviert es mich, mich hier [in Deutschland] schneller anzupassen. Aber wenn ich nichts weiß und Angst habe, dann blockiert es.“ (Interview 13, musl., ♀)

Es lässt sich zusammenfassen, dass sowohl christliche als auch muslimische Organisationen mit finanziellen Herausforderungen kämpfen. Muslimische Organisationsvertreter*innen thematisieren jedoch deutlich häufiger chronische finanzielle Schwierigkeiten und strukturelle Anerkennungsprobleme in ihrer Arbeit. Die Äußerungen der muslimischen Interviewpartner*innen deuten auf asymmetrische Förderstrukturen hin, die strukturelle Benachteiligungen anzeigen. Im Vergleich mit „etablierten“ Organisationen erfahren muslimische Organisationen Ungleichheiten in Professionalisierung, förderlichen politischen Beziehungen und Machtgefälle. Dadurch haben sie begrenzte Einflussmöglichkeiten zur Verbesserung ihrer finanziellen und rechtlichen Lage. Dies wird auf hohe politische Erwartungen in Bezug auf Anerkennungswürdigkeit, Professionalisierung und Repräsentation der Muslim*innen in Deutschland sowie auf Misstrauen gegenüber muslimischen Organisationen zurückgeführt. Die Wortwahl der muslimischen Organisationsvertreter*innen weist auf bestehende Dichotomien zwischen „etablierten“ „deutschen“ Organisationen und nicht etablierten muslimischen Organisationen hin und sie zeigt eine bisher unerfüllte Gleichbehandlung und bislang nicht überwundene Differenzen an. Die Organisationsvertreter*innen betonen die Notwendigkeit von Aufklärungsarbeit über den Islam und sehen die Verantwortung für erfolgreiche Integrationsprozesse nicht nur bei Politik und etablierten Organisationen, sondern auch bei den Muslim*innen selbst.

5.4 Problemfeld 4: Defizite in flüchtlings- und integrationspolitischen Rahmenbedingungen

In Bezug auf Verhältnisse in der Flüchtlings- und Integrationspolitik lassen sich anhand der Aussagen der Interviewpartner*innen Schlüsselthemen identifizieren, bei denen sie Probleme, Verbesserungsbedarfe und Potenziale in Deutschland sehen. Die Organisationsvertreter*innen thematisieren komplexe Asylverfahren, eine ineffiziente Behördenpraxis, interkulturelle Herausforderungen, mangelhafte Unterbringungsbedingungen, erhebliche Schwierigkeiten bei der Arbeitsmarktintegration sowie erstarkende rechtspopulistische Tendenzen und Vorurteile gegenüber Geflüchteten in der Gesellschaft.

▪ Asylverfahren

Einige der Interviewpartner*innen weisen darauf hin, dass das Asylverfahren und die Frage des Aufenthaltsstatus die höchste Priorität für die Antragsteller*innen hätten, da sie maßgeblich über ihre zukünftige Lebensperspektive und grundlegende Existenzfragen entschieden. Sie erwähnen rechtliche Hürden

und Schwierigkeiten im Asylverfahren, komplexe rechtliche Rahmenbedingungen in Bezug auf Kirchenasylfälle sowie hohe psychische Belastungen, die Asylsuchende nach ihrer Ankunft in Deutschland und während des Verfahrens durchstehen müssten.

„Ja, die ganzen rechtlichen Hürden. Also, das ist ja das Hauptproblem, wie viele Steine den Menschen in den Weg gelegt werden und wie schwierig überhaupt diese ganzen rechtlichen Geschichten sind, wie die Anhörungen beim BAMF ablaufen und ähnliches. Also, ich bekomme eigentlich fast jede Woche zum Beispiel Kirchenasylanfragen und tauche dann tief ein in die Lebens- und Fluchtgeschichten der Menschen und was die da erleben, um zu beurteilen, ist das ein Kirchenasylfall. Und was die dann letztendlich in Deutschland erleben – also, die haben ja schon viel erlebt im Heimatland und auf der Flucht –, aber was die dann hier eben letztendlich zusätzlich erleben. Das ist das Hauptproblem, die Aufenthaltsfrage.“ (Interview 2, christl., ♀)

„Also, das ist ja das Hauptproblem, wie viele Steine den Menschen in den Weg gelegt werden.“

„Also, das ist jetzt aktuell und da hänge ich auch noch drin. Das ist ein Afghane, der war Ortskraft in Afghanistan bis Ende 2017. Dann hat er eine Morddrohung bekommen durch die Taliban, da hat er sofort das Land verlassen müssen. Seine Frau und drei kleine Töchter sind dageblieben. Die haben sich zwei Jahre lang an unterschiedlichen Orten versteckt, um sicher zu sein, in Anführungsstrichen. Er selber ist Anfang 2019 in Deutschland angekommen, hat hier einen Asylantrag gestellt, der ist abgelehnt worden. Dann hat er mit Hilfe eines Anwalts Klage eingereicht, die Klage ist bis heute nicht bearbeitet. [...] Solange er keinen Aufenthalt hat, kann er auch kein Visum für seine Familie beantragen. Das ist eine ganz aussichtslose Kiste. Solche Sachen belasten wirklich. Und davon haben wir andere Fälle, es geht dann auch oft um Familiennachzug, der jahrelang nicht passiert und wo die Leute unglaublich darunter leiden. Das finde ich sehr schwer. [...] Also, ich sehe mich als sehr ohnmächtig und eigentlich als dauerhafter Bittsteller da.“ (Interview 17, christl., ♀)

„Also, ich sehe mich als sehr ohnmächtig und eigentlich als dauerhafter Bittsteller da.“

▪ Ineffiziente Behördenpraxis

Viele Interviewpartner*innen beklagen eine langwierige und komplizierte Behördenpraxis mit überbordender, nicht nachvollziehbarer Bürokratie und die Verwendung einer selbst für studierte Deutsche unverständlichen Behördensprache. Die Behörden behinderten effektive und schnelle Abwicklungen, erforderliche Unterstützung, Versorgung und Integrationsprozesse maßgeblich. Die Interviewpartner*innen fordern eine einfachere, verständlichere, inklusivere Behördenpraxis.

„Und vor allen Dingen diese Bürokratisierung dann auch. Also, das fällt mir immer wieder auf: die ganzen Anträge für die Kinderstellen, für das Essensgeld, für die Lernförderung. Das sind so viele Anträge, die laufen müssen, das ist sehr

schwierig für die Leute, gerade am Anfang. Es kommt immer wieder vor, dass dann Eltern mit den Anträgen kommen: ‚Ich verstehe das nicht, was muss ich jetzt machen?‘ Dann schicken die Ämter die Anträge manchmal zwei-, dreimal hintereinander raus, quasi die gleiche Sache innerhalb von ein, zwei Tagen, wo ich mich dann echt frage: ‚Das haben sie doch gestern schon geschickt?‘ Also, da ist schon vieles im Argen, in der Verwaltung, so Bürokratie.“ (Interview 16, christl., ♀)

„Das sind so viele Anträge, die laufen müssen, das ist sehr schwierig für die Leute, gerade am Anfang.“

„Die Ausländer, nicht nur die Flüchtlinge, auch alle Ausländer, wenn die ein Schreiben vom Jobcenter kriegen oder vom Ausländeramt: Das verstehen die nicht. Das ist eine Sprache, das ist ein Umgang vom Jobcenter mit den Leuten, das ist unerträglich. Ich habe selbst schon bei Briefen, die sie mir vorgelegt haben, gesagt: ‚Tut mir leid, ich verstehe nicht, was die wollen.‘ Wenn ich das als studierter Deutscher sagen muss, wie soll das dann ein Ausländer verstehen, der gerade mal einen Grundkurs in Deutsch gemacht hat? Also, ich sage mal, der Umgang da, der ist wesentlich verbesserungsfähig. [...] Und wenn sie dann so einen Aufhebungsbescheid kriegen, vom Jobcenter, das sind 5 Seiten, da steht dann da: ‚Die Aufhebung der Aufhebung wird hiermit beantragt.‘ Ich weiß selbst nicht, was die damit wollen. Und ich weiß nicht, ob die das Geld jetzt bezahlen müssen oder ob sie es kriegen. [...] Da ist auch eine Arroganz hinter, wenn die Leute vom Jobcenter die Leute mit so etwas abfertigen. Und ich muss mich nicht wundern, wenn die Leute das Schreiben einfach in die Ecke legen und nicht beantworten und dann irgendwelche Fristen verpassen.“ (Interview 12, christl., ♂)

„Die Ausländer, nicht nur die Flüchtlinge, [...] wenn die ein Schreiben vom Jobcenter kriegen oder vom Ausländeramt: Das verstehen die nicht.“

„Mit den Ämtern haben wir auch negative Erfahrungen gemacht. Die Forderung hätte man schon gehabt: ‚Liebe Leute, wir haben jetzt hier ein Problem, damit müssen wir fertig werden und es lösen.‘ Und das ist aber teilweise nicht gut gelaufen. Da hätte ich von der Politik schon ein bisschen mehr Unterstützung erwartet, dass sie sagt: ‚So, liebe Sachbearbeiter, Mitarbeiter, jetzt kommt mal in die Puschen!‘“ (Interview 22, christl., ♂)

„So, liebe Sachbearbeiter, Mitarbeiter, jetzt kommt mal in die Puschen!“

▪ Soziale Unterstützung und Netzwerke

Einige der Interviewpartner*innen haben persönlich festgestellt, dass vorhandene Unterstützungsstrukturen und soziale Netzwerke bei der Begleitung von Geflüchteten bei Behördengängen oder dem Ausfüllen von Formularen eine wesentliche Rolle spielen, damit die Geflüchteten die notwendige Hilfe und Orientierung erhalten und wichtige Prozesse eingeleitet werden können.

„Eine Geschichte fällt mir ein, die bemerkenswert war. Der älteste Junge [einer Flüchtlingsfamilie] musste eigentlich in die Schule, er war schulpflichtig. Und wir sind zum Schulamt gefahren und da war ein Sachbearbeiter türkischer Nationalität, der sofort gesagt hat: ‚Ich Sorge dafür, dass das Kind schnellstmöglich in die Schule kommt.‘ Und er hat alles Mög-

liche veranstaltet und in die Wege geleitet und das Gesundheitsamt informiert. Und dann kam auch sehr schnell diese Schuleingangsuntersuchung. Das ging dann also richtig flott.“ (Interview 22, christl., ♂)

„Also, was schon ein Problem ist, was ich auch am eigenen Leib schon so erfahren habe, ich habe mal jemanden begleitet zum Ausländerbüro und habe da mitbekommen, wie bevorzugt diese Person behandelt wurde, dadurch dass ich dabei war. Es ist ja eine städtische Einrichtung, sodass das schon Mängel sind. Es gibt jetzt auch von der evangelischen Fachhochschule hier so eine Beschwerdestelle und ein Beschwerdeformular, wo sich über Verfehlungen aus der Ausländerbehörde oder den Flüchtlingsbüros, die es gegeben hat, beschwert werden kann.“ (Interview 11, christl., ♂)

„Ich finde, vieles ist sehr komplex, sehr kompliziert. [...] Ich sehe da viele Überforderungen bei den Flüchtlingen und es ist viel Unterstützung nötig, um mit unseren deutschen bürokratischen Formularen klarzukommen, um da wirklich so an die Versorgung heranzukommen.“ (Interview 16, christl., ♀)

„Ich finde, vieles ist sehr komplex, sehr kompliziert. [...] Ich sehe da viele Überforderungen bei den Flüchtlingen und es ist viel Unterstützung nötig.“

▪ Interkulturelle Verständigungsprobleme

Im Rahmen der Arbeit mit Geflüchteten und Migrant*innen beobachtet eine Frau, die hauptamtlich in einer christlichen Organisation beschäftigt ist, dass interkulturelle Verständigung eine Herausforderung darstellt. So bestünden unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Verbindlichkeit und die Priorisierung von Kindern. Diese Unterschiede könnten zu Konflikten führen, insbesondere, wenn sich Flüchtlingsfamilien in wirtschaftlicher Not befänden. Die Veränderung der Klientel erfordere ein Umdenken und eine Weiterqualifizierung der Mitarbeiter*innen.

„Die interkulturelle Verständigung ist sicher eine Herausforderung, weil viele Kollegen den Kreis der jetzt Zugewanderten überhaupt nicht kennen. Das sind nicht nur sprachliche Probleme, sondern auch interkulturelle Probleme. Also, wir haben da die typischen Problematiken zu dem, was Deutsche an Pünktlichkeit, an Zuverlässigkeit und Verbindlichkeit fordern. Auch an einer Priorisierung der Kinder, wo schnell gesagt wird, ‚Das sind keine guten Eltern‘, wenn die Kinder nicht im Mittelpunkt des Lebens stehen oder zu stehen scheinen. Tatsächlich aber sind es oft unterschiedliche Konzepte. Und es sind auch natürlich unterschiedliche Problematiken. Eine Familie, die hier in Deutschland überhaupt kein Auskommen hat, weil sie nicht durch Jobcenter oder Arbeit abgesichert ist, die droht aus der Wohnung zu fliegen, und dann hat für diese Familie ein Kindergartenplatz keine Priorität. Für die hat auch der Schulbesuch eines kleinen Erst- oder Zweitklässlers keine Priorität [...] Da gibt es natürlich Konfliktpotenzial [...] Und das fordert natürlich die Mitarbeiterinnen dann heraus, die bislang nicht unbedingt geschult worden sind.“ (Interview 14, christl., ♀)

„Die interkulturelle Verständigung ist sicher eine Herausforderung, weil viele Kollegen den Kreis der jetzt Zugewanderten überhaupt nicht kennen.“

▪ Unterbringungsbedingungen

Von einigen Interviewpartner*innen werden mangelhafte Zustände in kommunalen Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete und in einzelnen Wohnungen kritisiert.

„Ich gehe manchmal in Unterkünfte und wenn ich dann sehe, wie die Kommunen die Flüchtlinge unterbringen, da kann ich mich echt nur schämen. Das ist halt einfach ein großes Problem. Eine junge Frau hat eine Wohnung, aber kein Waschbecken. Ein Waschbecken gehört nicht zu einer Erstausrüstung einer Wohnung. Die hat eine Badewanne, aber kein Waschbecken. Die Kommune ist nicht bereit, da ein Waschbecken einzubauen. Ja, ich meine, was soll man dazu sagen?“ (Interview 2, christl., ♀)

„Es sind über 50 verschiedene Kulturen, die auf engstem Raum zusammenleben und natürlich auch ihr Auskommen miteinander finden müssen. Da ist es kein Wunder, dass es da so manches Mal kracht, dadurch, dass man sich nicht kennt, dadurch, dass man sich nicht versteht, dadurch, dass man sich wundert oder sogar abgeschreckt oder manchmal sogar eingeschüchtert wird durch verschiedene Praktiken, die da der fremde Nachbar, die fremde Nachbarin macht.“ (Interview 10, christl., ♂)

Ein muslimischer Interviewpartner hat beobachtet, dass sich bereits schlechte Zustände in den Flüchtlingsunterkünften während der Pandemie nochmal verschärft hätten, da die Flüchtlingsarbeit politisch vernachlässigt und die Pandemieeindämmung priorisiert worden sei.

„Wenn ich jetzt ab Corona denke, finde ich schon, dass das Thema Flüchtlinge, Flüchtlingsarbeit vernachlässigt wurde, weil Corona, klar, hatte ja oberste Priorität in Deutschland. Als Beteiligter weiß ich, welche prekäre Situation während der Pandemie in Flüchtlingsunterkünften herrschte, weil ich ja mit gehandelt, mitgearbeitet habe. Man hat erwartet, dass viele in den Flüchtlingsheimen in Quarantäne, Isolation bleiben sollen. Aber wenn Sie mal einen Tag oder fünf Tage allein isoliert in so einem Ort leben, dann wissen Sie, wie schwer es ist. Es ist nicht verhältnismäßig, nicht vergleichbar mit einem Zweipersonenhaushalt mit Schlafzimmer und Wohnzimmer. Es ist nicht verhältnismäßig. Und das sind so Sachen halt, wo ich denke, da hat die Politik auf jeden Fall geschlafen. Man hat nicht langfristig darüber nachgedacht, wie man diesen Komplex ändern kann.“ (ID15, musl., ♂)

„Ich gehe manchmal in Unterkünfte und wenn ich dann sehe, wie die Kommunen die Flüchtlinge unterbringen, da kann ich mich echt nur schämen.“

„Als Beteiligter weiß ich, welche prekäre Situation während der Pandemie in Flüchtlingsunterkünften herrschte.“

▪ Arbeitsmarktintegration

Die Befragten erwähnen wiederholt, dass in Deutschland für Geflüchtete große Schwierigkeiten bestünden, eine geeignete berufliche Tätigkeit zu finden, da im Ausland erworbene Qualifikationen in Deutschland nicht anerkannt würden. Personen mit geringer Qualifikation hätten Probleme, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, da häufig spezifische Qualifizierungsanforderungen erfüllt werden müssten, deren Erwerb allerdings zeitaufwendig und mit einigen Hürden verbunden sei. Darüber hinaus gäbe es bei Sprachkursangeboten sehr lange Wartezeiten. Eine Verbesserung und Vereinfachung der Arbeitsmarktintegration werden als unbedingt notwendig erachtet.

„Mit den Problemen der Menschen wurden wir schon stark konfrontiert. Ich habe zum Beispiel jetzt einen im Blick, der ist 31, Familienvater, zwei Kinder, wohnt hier um die Ecke praktisch. Der hat in Syrien eine Ausbildung gemacht als Landwirt. Hat auch ein Zeugnis in Arabisch und so, alles übersetzt auch. Aber das wird natürlich hier nicht anerkannt. Und jetzt bin ich dabei zu gucken, dass der hier irgendwo einen Beruf bekommt. [...] Der will natürlich arbeiten und nicht die ganze Zeit von Hartz 4 leben. Aber jetzt einen Beruf zu finden, das ist äußerst schwierig. Das anerkennen zu lassen [...], also, die Leute in einen gescheiterten Beruf reinzukriegen oder eine gescheiterte Ausbildung. Die Ausbildungen sind nicht vergleichbar und die Berufsabschlüsse, die die aus Syrien etwa mitbringen, die kann man hier vergessen. In unserem System zählen die nichts. Und dann bleibt denen oft nur Hilfsarbeit, Lagerarbeit. [...] (Interview 12, christl., ♂)

„Die Ausbildungen sind nicht vergleichbar und die Berufsabschlüsse, [...] die kann man hier vergessen. [...] Und dann bleibt denen oft nur Hilfsarbeit, Lagerarbeit.“

„Da müsste noch mehr passieren, dass man Leute, die mit einer geringen Qualifikation kommen, dass man die noch besser in den Arbeitsmarkt integrieren kann. Aber wenn die dann eine Ausbildung vorweisen müssen, drei Jahre Lehre und Zertifikat und alles Mögliche, das wird schwierig. Das merke ich an den Leuten, die gerne arbeiten möchten, die auch gut drauf sind, aber nicht das richtige Papier vorlegen können. Also, da ist mehr möglich noch an Integration, da müsste noch mehr passieren.“ (Interview 10, christl., ♂)

„Also, da ist mehr möglich noch an Integration, da müsste noch mehr passieren.“

„Für die Frauen ist es noch einmal schwieriger, wenn die kleine Kinder haben, dass die noch länger warten müssen, bis sie endlich mal einen Sprachkurs kriegen. Die Frau hier oben, die hat vier Jahre gebraucht, bis sie jetzt einen Sprachkurs gekriegt hat. Der Mann ist ganz plötzlich gestorben. Seitdem ist sie verwitwet und hatte keinen Kindergartenplatz.“ (Interview 8, christl., ♂)

„Die Frau hier oben, die hat vier Jahre gebraucht, bis sie jetzt einen Sprachkurs gekriegt hat.“

▪ Potenzialorientierte Integrationspolitik

Einige der Interviewpartner*innen fordern, dass die Politik keine Integrationsverhinderungspolitik betreiben, sondern stattdessen stärker die Potenziale und Fähigkeiten der Geflüchteten erkennen, für Wirtschaft und Arbeitsmarkt nutzbar machen und politische Aussagen und Maßnahmen unterstützen sollte, die pro Geflüchtete und deren Integration sind.

„Ich würde mir seitens der Politik da eine klarere Positionierung wünschen. Wir sind eine alternde Gesellschaft und gerade auch durch den Zugang von Geflüchteten, die hier eine Sprache vernünftig lernen können, die dann eine Ausbildung machen, die sozusagen dann das Ruder mit in die Hand nehmen können, weil sie hier heimisch geworden sind, da würde ich mir doch deutlich mehr Fantasie seitens der Politik wünschen, dass auch positiv zu sehen. Man hat oft den Eindruck, dass das in eine andere Richtung geht und anderen nach dem Munde geredet wird. Weil halt die Angst in der Bevölkerung vor Flüchtlingen, die ist irgendwie auch da.“ (Interview 18, christl., ♂)

„Jetzt gerade, wo die Weltwirtschaft international ist. Und wenn du schon Leute hast, die deinen Rücken stärken als Land, die dir die Treue bieten, aber auch in verschiedenen Sprachen kommunizieren können, das ist eine gute Möglichkeit, die Deutschland hat, sich überall zu bewegen in allen Sprachen und das ist eine gute Sache für die Wirtschaft.“ (Interview 24, musl., ♂)

„Ich glaube, es müssen viel bessere Angebote gemacht werden, dass die Leute sehen: ‚Ich habe hier eine echte Chance anzukommen.‘ Und das heißt, die Verfahren verbessern, auch dass Menschen schneller die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können und andere Bleibeperspektiven haben, andere Freizügigkeitsperspektiven haben, also freier sich hier entfalten können und in unserer demokratischen Gesellschaft, auch diese Rechte, die sie ja zum Teil einfach nicht haben, ausleben können, um dann zu sagen: ‚Es ist mir auch etwas wert, eine Anstrengung zu bringen, die beinhaltet eine neue Sprache lernen, mich an meiner Nachbarschaft auch zu orientieren und zu gucken, was bietet mir dieses neue Leben und was muss ich vielleicht auch hinter mir lassen, und was muss ich auch kritisch überdenken.‘“ (Interview 11, christl., ♂)

„Ich glaube, es müssen viel bessere Angebote gemacht werden, dass die Leute sehen: ‚Ich habe hier eine echte Chance anzukommen.‘“

▪ Rechtspopulismus und Ressentiments

Viele Interviewpartner*innen betonen das wachsende Problem von rechtspopulistischen Tendenzen und Vorbehalten gegenüber Geflüchteten in der Gesellschaft. In einigen Fällen träten Ablehnung und Feindseligkeit gegenüber Geflüchteten und deren Unterstützer*innen offen zutage, in anderen Situationen äußerten sich Ressentiments unterschwellig. Bemühungen, Vorurteilen entgegen-

genzuwirken, umfassen persönliche Gegenargumentationen, öffentliche Stellungnahmen (in Predigten), deutliche Abgrenzungen von rechtsextremen Positionen, die Initiierung von Stadtteilengagements und die Schlichtung von nachbarschaftlichen Konfliktfeldern seitens der eigenen religiösen Gemeinden.

„2015 war ja die große Welle. Da hatten wir Anfang des Jahres eine Informationsveranstaltung von der Stadt Bochum, die darüber informiert haben, dass in Höntrop eine Flüchtlingsunterkunft gebaut wird, eine Zeltstadt war das am Anfang. An diesem Abend war viel rechtes Bürgertum unterwegs und es war sehr schwierig. Wir sind angefeindet worden, beschimpft, beleidigt, teilweise angespuckt worden, wirklich, in Gesprächen. Das ist heftig gewesen.“ (Interview 1, christl., ♀)

„Wir sind angefeindet worden, beschimpft, beleidigt, teilweise angespuckt worden, wirklich, in Gesprächen. Das ist heftig gewesen.“

„Es geht ja richtig um grundlegende Probleme mit rechtsradikalen Tendenzen, die sagen: ‚Die sollen wieder nach Hause gehen und so.‘ [...] Auch unterschwellig gibt es das. Ich habe gestern Abend hier in unserer Gaststätte am Tresen gestanden, nach einer Sitzung, und da ging es zwischen dem Wirt und zwei Leuten hin und her, und da habe ich gedacht: Oh Mannomannomann, da sind aber heftige unterschwellige rechtsradikale Tendenzen dabei. Also, nicht massiv aggressiv oder gewalttätig, aber dass so Vorbehalte auch deutlich wurden: ‚Was wollen die denn alle hier?‘ Und so.“ (Interview 12, christl., ♂)

„Das Anfangsziel war natürlich, dass die Stimmung im Stadtteil nicht kippt. [...] Es gab viele Ressentiments bzw. auch Unwissenheit und so.“

„Das Anfangsziel war natürlich, dass die Stimmung im Stadtteil nicht kippt. [...] Es gab viele Ressentiments bzw. auch Unwissenheit und so. Es hat dann angefangen, dass wirklich Leute hier mit den angekommenen Menschen in die Stadtteile gegangen sind und denen die Stadtteile gezeigt haben. Da sind auch sehr schnell Leute bei uns engagiert gewesen. [...] Was wir auch als unsere Aufgabe gesehen haben, ist nachbarschaftliche Verärgerungen ein bisschen aufzufangen. [...] Das ist natürlich ein Aspekt der Arbeit, der ansonsten nicht in anderen ehrenamtlichen Kontexten so krass zutage tritt, dass sich halt mit kritischer Nachbarschaft auseinandergesetzt werden muss.“ (Interview 11, christl., ♂)

„Aber natürlich gibt es auch Vorbehalte. Es gibt auch Menschen, die, wenn man versucht, für einen Geflüchteten eine Wohnung zu finden, und man anruft, dann sagen: ‚Nee, eine ausländische Familie oder eine Flüchtlingsfamilie nehme ich auf jeden Fall nicht in mein Haus.‘ Da gibt es Ressentiments.“ (Interview 2, christl., ♀)

„Ich finde es sehr bedrohlich. [...] Auch hier bei uns im Stadtteil, der weniger privilegiert ist, dass hier so eine starke AfD-Stimme da ist.“

„Ich finde es sehr bedrohlich. [...] Auch hier bei uns im Stadtteil, der weniger privilegiert ist, dass hier so eine starke AfD-Stimme da ist, ist schon ziemlich signifikant. Ich kann nur helfen, indem ich argumentiere. Über unsere Veröffentlichungen, unseren Internetauftritt, unsere Predigten können wir sagen: ‚Wir haben eine andere Politik, wir haben eine andere Grundeinstellung als die AfD‘ und uns davon distanzieren. Mehr können wir nicht tun.“ (Interview 12, christl., ♂)

Ein muslimischer Organisationvertreter beobachtet, dass sich die wirtschaftlich schlechte Situation in der Pandemie verstärkt habe. Im persönlichen Austausch merke er, dass dies – zusammen mit der Skepsis gegenüber den ökonomischen Auswirkungen der erhöhten Fluchtzuwanderung – zu persönlichen sozialen Abstiegsängsten führe und skeptische Haltungen gegenüber Geflüchteten und Muslim*innen weiter verstärke.

„Ich merke immer wieder, dass diese Debatte um Geflüchtete, aber auch um Muslime, im Kern [...] bei den Personen, die kritisieren oder eine große Gefahr sehen, oftmals auch mit persönlichen Ängsten verknüpft ist. Also, das sind oftmals Menschen, die haben selbst Angst, was kommt. Wir sind gerade in einer wirtschaftlich schlechten Situation, Menschen verlieren ihre Jobs, die Pandemie verschärft das Ganze nochmal. Und jetzt kommen die Geflüchteten und werden uns die Arbeit wegnehmen, der Wohnraum ist eh schon knapp, sie werden uns die Wohnungen wegnehmen. Das sind wirklich Dinge, die ich auch im persönlichen Austausch immer mal wieder zu hören und zu spüren bekommen habe und wo man auch sagen muss: Es sind persönliche soziale Abstiegsängste, die dann dazu führen, dass man eine gewisse Haltung oder Skepsis gegenüber Geflüchteten und Muslimen hat.“ (Interview 6, musl., ♂)

„Es sind persönliche soziale Abstiegsängste, die dann dazu führen, dass man eine gewisse Haltung oder Skepsis gegenüber Geflüchteten und Muslimen hat.“

▪ Lösungsperspektiven

Als Lösungsansätze für ein besseres Zusammenleben mit Geflüchteten und von Menschen mit verschiedenen Hintergründen wird die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit, von Respekt vor verschiedenen Lebensentwürfen und von offenem Austausch betont. Plattformen und Projekte, die das Äußern von persönlichen Ängsten, Sorgen, Vorbehalten und interkulturelle Dialoge ermöglichen, seien wichtig und erfolgversprechend, um Verständnis und Respekt füreinander zu stärken und die Sichtbarkeit bereits bestehender Bemühungen zu erhöhen.

„Wenn Menschen das Gefühl haben, ungerecht behandelt zu werden, dann werden sie sauer und dann werden Gründe gesucht. Und dann kann nicht in einer Zufriedenheit gelebt werden. Ich denke, dass es schon mehr soziale Gerechtigkeit geben muss, was die Wohnungen zum Beispiel angeht, und da gibt es noch viele Punkte mehr. [...] Es geht viel auch darum, andere Lebensentwürfe zu respektieren. Da gehören nicht nur kulturelle Hintergründe dazu, sondern auch andere Kleidung oder sexuelle Orientierung. Gutes Zusammenleben kann eben nur gelingen, wenn nicht das Gefühl da ist, es ist hier unfair und ich gebe doch alles. Aspekte wie Wohnen, Arbeit, Unterstützung [...]. Das ist immer abstrakt und ein großes Blau irgendwie. Aber am Ende sind es halt die Werte, die uns als Gesellschaft ausmachen und hoffentlich auch zusammenhalten.“ (Interview 11, christl., ♂)

„Aber am Ende sind es halt die Werte, die uns als Gesellschaft ausmachen und hoffentlich auch zusammenhalten.“

„Als die Pegida¹² damals durch Dresden marschiert ist, war ich im Rahmen unserer Jugendorganisation auch dort und wir hatten so eine kleine Dialogaktion geplant, mitten auf der Straße, wo die Pegida auch vorbeimarschiert ist. [...] Da ging es darum, dass wir als Muslime, die hier geboren, hier aufgewachsen sind, einfach mal versuchen, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, um die Ängste und Vorbehalte ein bisschen, ja, zu lösen und zu entfernen. Und wir haben da auch ganz viele positive Erfahrungen gemacht. Viele Menschen waren am Anfang total skeptisch und teilweise auch aggressiv uns gegenüber, aber nach zehn, fünfzehn Minuten hatten die ein ganz anderes Bild von uns. Teilweise haben sie sich auch bedankt und gesagt: ‚Ja, stimmt, eigentlich haben Sie Recht, Sie haben ja dieselben Probleme und Ängste wie wir [...] und Sie müssen auch schauen, wie Sie über die Runden kommen‘ und so weiter und so fort. [...] Und ich finde es wichtig, dass man da wirklich auch Plattformen schafft, damit Menschen, die ein Problem mit diesen Themen haben, die Möglichkeit bekommen, ihre Probleme und ihre Ängste zu äußern.“ (Interview 6, musl., ♂)

„Es ist das gegenseitige Verständnis, [...] ein gegenseitiger Respekt, den man Anderen zollen muss. Toleranz, Offenheit, es ist der Dialog, der ständige Austausch, ja, und auch Dinge, die man nicht versteht, offen anzusprechen, anzufragen, ja. Es sind Plattformen, die noch stärker geschaffen oder in den Mittelpunkt gerückt werden müssen, mit denen ein solcher Austausch ermöglicht werden kann. Oftmals neigt man ja dazu, sich in der eigenen Bubble zu bewegen, jeder so in seinem eigenen Kreis, und man hat sein gewohntes Umfeld und fühlt sich da wohl. [...] Sichtbarkeit auch von einzelnen Projekten, Vorhaben von Organisationen, Gemeinden, dass die stärker in den Mittelpunkt gerückt werden.“ (Interview 15, musl., ♂)

„Toleranz, Offenheit, es ist der Dialog, der ständige Austausch, ja, und auch Dinge, die man nicht versteht, offen anzusprechen.“

Eine Frau betont im Interview mehrmals, dass es einfacher sei, mit Menschen, die man persönlich kenne, gut auszukommen. Auf lokaler Ebene könne man eine „Vermenschlichung“ fördern und Vorurteile überwinden, indem man individuelle Geschichten und Schicksale in den Fokus rücke. Bedrohungsgefühle blieben eher anonym, aber wenn es um konkrete Nachbar*innen mit persönlichen Geschichten gehe, änderten sich die Wahrnehmungen.

„Also, es gibt sozusagen diesen Effekt, dass man die Menschen, die man kennt, mit denen kommt man gut zurecht. Aber es gibt darüber hinaus die pauschale Zuordnung und die Ablehnung auf einer pauschalen Ebene. Auf lokaler Ebene kann man mit dieser Vermenschlichung – also, es handelt sich um einen Menschen – ganz viel machen. Und man kann auch ein Stück weit, diese pauschalen Geschichten heraushalten. [...] Man muss in diesen Nachbarstatus kommen. Insgesamt muss ich sagen, eigentlich immer, wenn man über

„Auf lokaler Ebene kann man mit dieser Vermenschlichung – also, es handelt sich um einen Menschen – ganz viel machen.“

¹² Pegida: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Vorländer et al. 2016).

konkrete Menschen und deren Schicksal redet, dann ist es eigentlich möglich, ganz viel Verständnis zu bekommen. Das, was als Bedrohung wahrgenommen wird, ist immer etwas Anonymes. Wenn es um einen Nachbarn geht, der ein ganz konkreter Mensch ist mit einem ganz konkreten Schicksal, dann ist die Kiste anders.“ (Interview 4, christl., ♀)

Zusammengefasst kritisieren die Interviewpartner*innen die Komplexität und belastenden Wirkungen der Asylverfahren auf Geflüchtete sowie eine vorschriftenwütige, intransparente Verwaltungspraxis mit zermürenden Bearbeitungszeiten und einer unverständlichen Behördensprache. In diesem Zusammenhang betonen sie die große Bedeutung von Unterstützung und dem Vorhandensein sozialer Netzwerke für Geflüchtete. Interkulturelle Verständigung sei aufgrund wirtschaftlich schwieriger Situationen der Geflüchteten und fehlender Schulungen von Haupt- und Ehrenamtlichen häufiger schwierig. Bedenken werden auch bezüglich mangelhafter Unterbringungsbedingungen von Geflüchteten geäußert. Die Arbeitsmarktintegration gestalte sich für Geflüchtete aufgrund fehlender Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen, aufgrund voraussetzungsreicher Zulassungen zu (Weiter-)Qualifizierungsmaßnahmen und aufgrund langer Wartezeiten für Sprachkurse problematisch. Politiker*innen werden daher dazu aufgefordert, stärker die Potenziale der Geflüchteten zu erkennen, zu fördern und für Wirtschaft und Arbeitsmarkt nutzbar zu machen. Darüber hinaus wird ein Erstarken von rechtspopulistischen Tendenzen und Parteien sowie von Ressentiments gegenüber Geflüchteten erlebt, die auch durch wirtschaftliche Sorgen geschürt würden. Als Lösungsansätze für ein besseres Zusammenleben werden die Notwendigkeit von mehr sozialer Gerechtigkeit, von gegenseitigem Respekt, offenen Dialogen sowie von einem persönlichen Kennenlernen in lokalen Nachbarschaften zur Überwindung von Fremdheit, Ängsten und Vorurteilen betont.

6. Handlungsempfehlungen

6.1 Überblick über die Handlungsempfehlungen

Problemfeld 1: Vorurteile gegenüber und Diskriminierung von Muslim*innen – Empfehlungen für eine effektive(re) Antidiskriminierungsarbeit und die Stärkung interkultureller Kompetenzen

- Meldestellen, Empowerment von Betroffenen und Antidiskriminierungsschutz ausbauen
- Menschenrechtsvermittlung und interkulturelle Kompetenz in Bildungskontexten stärken
- Mehr Räume und Gelegenheiten für Begegnung und Austausch schaffen
- Medienverantwortliche für vorurteilsschürende Berichterstattung sensibilisieren
- Politischen Einsatz für eine vielfältige und inklusive Gesellschaft forcieren

Problemfeld 2: Rückgängige Mitgliederzahlen und Herausforderung Engagiertenbindung – Empfehlungen zur Engagiertengewinnung in religiösen Organisationen

- Menschen für Engagement in religiösen Organisationen mobilisieren
- Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, Kooperationen ausbauen und professionalisieren

Problemfeld 3: Befristete Förderstrukturen und Teilhabebarrieren islamischer Organisationen – Empfehlungen für nachhaltige Förderstrukturveränderungen und die Teilhabestärkung islamischer Organisationen

- Nachhaltige Förderstrukturen etablieren und effektiv nutzbar machen
- Interkulturelle Öffnungsprozesse voranbringen
- Islamische Organisationen konstruktiv unterstützen

Problemfeld 4: Defizite in flüchtlings- und integrationspolitischen Rahmenbedingungen – Empfehlungen für Struktur- und Maßnahmenoptimierungen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik

- Flüchtlingspolitische Verfahren optimieren
- Flüchtlingsunterkünfte: Qualitätsstandards verbessern, Kapazitäten ausbauen
- Schulische und berufliche Integration forcieren
- Kommunale Beratungs- und Unterstützungsstrukturen absichern und koordinieren
- Vorurteile abbauen – Demokratie stärken

6.2 Vorbemerkungen

Unsere Handlungsempfehlungen zielen auf die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und beziehen sich mit inhaltlichen und formatspezifischen Akzentsetzungen auf die vier identifizierten Problemfelder „Vorurteile gegenüber und Diskriminierung von Muslim*innen“, „Rückgängige Mitgliederzahlen und Herausforderung Engagiertenbindung“, „Befristete Förderstrukturen und Teilhabebarrieren islamischer Organisationen“ sowie „Defizite in flüchtlings- und integrationspolitischen Rahmenbedingungen“. Wir nehmen die von unseren Interviewpartner*innen angesprochenen Probleme zum Anlass, um sie in einer breiteren fachlichen Perspektive auf den Ist-Zustand und die Strukturen der relevanten Bereiche zu betrachten. Unter Berücksichtigung aktueller Verhältnisse möchten wir somit konkrete, praxisnahe Vorschläge für Maßnahmen unterbreiten, deren Umsetzung in Bezug auf die Handlungsfähigkeit und Potenzialausschöpfung der religiösen Organisationen und ihrer Mitarbeiter*innen insgesamt Verbesserungen einleiten sollten. Dabei sind unsere Handlungsempfehlungen für die vier Bereiche nicht trennscharf zu denken, vielmehr greifen sie ineinander und ergänzen sich wechselseitig.

Unsere Empfehlungen für eine effektivere Antidiskriminierungsarbeit richten sich an zivilgesellschaftliche, religiöse und politische Akteur*innen gleichermaßen. Mit der Thematisierung von geeigneten Maßnahmen zur Gewinnung von Mitgliedern und Engagierten adressieren wir explizit christliche und muslimische Organisationen. Mit den Vorschlägen zur Veränderung von Förderstrukturen sowie zu flüchtlings- und integrationspolitischen Maßnahmen sprechen wir insbesondere politische Entscheidungsträger*innen an. Ihnen kommt eine besonders einflussreiche und verantwortungsvolle Position zu, da sie politische Maßnahmen, Initiativen und Gesetze auf den Weg bringen können, um die strukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für das Handeln von Individuen und Organisationen zu verbessern.

6.3 Empfehlungen für eine effektive(re) Antidiskriminierungsarbeit und die Stärkung interkultureller Kompetenzen

Problemfeld 1: Vorurteile gegenüber und Diskriminierung von Muslim*innen

Problemkontext

Zwischen Menschen finden immer gegenseitige Wahrnehmungs- und Zuschreibungsprozesse statt. Unsere qualitative und quantitative Studie zeigt deutlich, dass Muslim*innen und als muslimisch *wahrgenommene* Geflüchtete in der deutschen Gesellschaft mit Zuschreibungen, Diskriminierungen und Vorurteilen konfrontiert sind und sich gegenüber diesen behaupten müssen. Die Befragten erleben, dass viele Menschen den Islam als etwas Fremdartiges und Bedrohliches wahrnehmen, mit ihm antidemokratische Haltungen, Gewaltbereitschaft und die Ungleichwertigkeit der Frau assoziieren. Musliminnen berichten, dass sie sich oft auf ihre religiöse Zugehörigkeit reduziert und als unterdrückte, unmündige Frauen wahrgenommen fühlen. Dazu trügen vor allem auch dominant negative Medienberichterstattungen über den Islam und Muslim*innen bei. Um diskriminierendes Denken und Handeln zu bekämpfen, empfehlen wir mehrgleisige Maßnahmen in verschiedenen Bereichen.

➤ **Meldestellen, Empowerment von Betroffenen und Antidiskriminierungsschutz ausbauen**

- Um Diskriminierung speziell von Kopftuchtragenden muslimischen Frauen entgegenzutreten, empfehlen wir, durch die Kombination verschiedener Ansätze eine **ganzheitliche Strategie** zu entwickeln, die auf Aufklärung, Förderung von Dialogen, die Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen und das Empowerment von muslimischen Frauen setzt. Seminare, Workshops und Schulungen, die von Expert*innen geleitet werden, können dazu beitragen, das Verständnis für den Islam und die Bedeutung des Kopftuchs zu fördern und Vorurteile abzubauen. Wenngleich das Kopftuch zumeist aus individueller Überzeugung und nicht aufgrund von Zwang getragen wird, sollte in den Veranstaltungen thematisiert werden, dass es in einigen Ländern und Kontexten, bedingt durch patriarchalische, frauenfeindliche Strukturen, mit Einschränkungen in Bezug auf persönliche Freiheitsrechte und die Gleichberechtigung von Frauen verknüpft ist.
- Für die Konzeption von Aufklärungs-, Dialog- und Empowerment-Formaten ist eine **enge Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen und betroffenen muslimischen Frauen** anzuraten, um diese mit ihren Erfahrungen und Bedürfnissen in Problemlösungs- und Strategiefindungsprozesse einzubeziehen. Für betroffene muslimische Frauen sollten professionelle Empowerment-Angebote verfügbar sein, die ihnen dabei helfen, ihre Position und Rechte in Bezug auf die freie Ausübung ihrer religiösen Überzeugung zu kommunizieren und zu verteidigen sowie hierfür relevante Fähigkeiten und Stärken auszubauen. Dies kann durch Schulungen oder Trainings zur Vermittlung von Empowerment- und Selbstverteidigungsstrategien, Mentoring-Programme, Informationen zu Rechtsbehelfen und Beratungsstellen geschehen, die sich gezielt an muslimische Frauen richten.
- **Meldestellen** für Menschen, die in Deutschland Diskriminierung erfahren, sollten mit **nachhaltigen Personal- und Sachmitteln** unterstützt werden, um die Sichtbarkeit von Diskriminierung durch Dokumentation von Vorfällen zu erhöhen. Die Angebote sollten dabei einerseits niedrigschwellige Meldungsmöglichkeiten bieten und andererseits geeignete Techniken zur Sicherung der Datenqualität entwickeln. Zudem ist die Kooperation mit anderen Meldestellen zu fördern, um Doppelstrukturen zu vermeiden.
- Um die Antidiskriminierungs- und Antirassismuserbeit zu stärken und zu professionalisieren, empfehlen wir eine **nachhaltige finanzielle Unterstützung von Beratungsangeboten** innerhalb bereits etablierter lokaler Organisationen. Zudem raten wir den Organisationen, strategische Kooperationen mit anderen in diesem Bereich tätigen Akteur*innen einzugehen, um wertvolle Kenntnisse und Erfahrungen austauschen zu können.
- Neben adäquaten Reaktionen auf Diskriminierung ist es genauso wichtig, Diskriminierungen vorzubeugen. Für eine solche **Präventionsarbeit** raten wir Organisationen, Unternehmen und Behörden, ihren Mitarbeiter*innen und Dienstkräften in Vorgesetzten- und Leitungsfunktionen Teilnahmen an **Aus- und Weiterbildungen** zu kultureller Sensibilisierung, zu Diversity-Kompetenzen und antidiskriminierungsrechtlichen Grundlagen zu ermöglichen. Dies kann dazu beitragen, das Bewusstsein für Diskriminierung und vorurteilsbehaftete Verhaltensweisen zu schärfen und diskriminierende Praktiken zu reduzieren.
- Expert*innen kritisieren, dass das **deutsche Antidiskriminierungsgesetz** im europäischen Vergleich eher **schwach ausgeprägt** sei (Solano/Huddleston 2020) und mit seiner

Nichtwirksamkeit im diskriminierungsrelevanten Bereich öffentlicher Stellen hinter den europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien zurückbleibe (advd 2023: 3). Die Fundamente für das Vorgehen gegen Diskriminierung in Deutschland – das Grundgesetz (GG) und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) – scheinen somit nicht auszureichen, um Diskriminierung zu verhindern und **Menschen adäquat gegen Diskriminierung zu schützen**. Somit erscheinen die Empfehlungen des Antidiskriminierungsverbands Deutschland sowie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (advd 2023; ADS 2023) sinnvoll, das AGG um weitere Diskriminierungskategorien zu erweitern und den Geltungsbereich des AGG auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens, insbesondere diskriminierungsrelevante staatliche Stellen auszudehnen. Um eine effektive Bekämpfung von Diskriminierung zu gewährleisten, erscheint die Berücksichtigung weiterer Vorschläge zur Stärkung von Maßnahmen zur Rechtsdurchsetzung sinnvoll, etwa die Fristverlängerung zur Geltendmachung von Ansprüchen, die Beweislast erleichterung, die Einführung eines Verbandsklagerechts oder die Implementierung von verhältnismäßigen abschreckenden Sanktionen (vgl. advd 2023; ADS 2023).

➤ **Menschenrechtsvermittlung und interkulturelle Kompetenz in Bildungskontexten stärken**

- Bildungskontexte sollten stärker **Menschenrechtsbildung** einschließen, um Bewusstsein und Verständnis für die universellen Menschenrechte zu stärken. Wir empfehlen eine **intensive(re) Auseinandersetzung mit den Menschenrechten** in Schule, Studium und Berufsausbildung, um junge Menschen zu befähigen, sich für die Verwirklichung der eigenen und der Grundrechte anderer einzusetzen. Dies kann durch eine Revision und Aktualisierung der schulischen Curricula, von Lehrplänen und -materialien, durch Schulungen von Lehrkräften und Dozent*innen in Fortbildungen und Workshops und im Austausch über bewährte Praktiken erreicht werden. Darüber hinaus sollten **praxisbezogene Projekte** und Aktivitäten entwickelt werden, die es Schüler*innen und Student*innen ermöglichen, die Bedeutung der Menschenrechte in ihrem Alltag und in der Gesellschaft nachzuvollziehen und besser zu verstehen. Dies kann beispielsweise durch Simulationen, Rollenspiele, Diskussionen und die Zusammenarbeit mit oder Praktika in Menschenrechtsorganisationen erreicht werden.
- Wir betrachten die Einübung eines **offenen, konstruktiven Umgangs mit Vielfalt** als eine wichtige Aufgabe der **Schulfächer des Religionsunterrichts** und der **Werteerziehung** und empfehlen daher, dass sie integraler Bestandteil des Fächerkanons werden sollte. Hierbei sollten Perspektivenübernahme und interkulturelle Kompetenz eingeübt werden, d. h. die Fähigkeit, verständnisvoll und erfolgreich mit Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zu interagieren. Hierfür sollte den Schüler*innen mithilfe entsprechender Unterrichtsmaterialien, durch kulturelle Aktivitäten und Exkursionen Wissen über verschiedene Kulturen, Religionen und Lebensformen vermittelt werden. Weitere mögliche Maßnahmen sind vielfältig: Sie können das Lesen von Literatur aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten, Projekte und Diskussionen zu interkulturellen Themen oder Rollenspiele umfassen. Darüber hinaus sollten Schüler*innen konstruktive Kommunikationsfähigkeiten entwickeln.

Dies kann durch Debatten, Gruppenarbeit, kooperative Lernmethoden und die aktive Förderung eines respektvollen und offenen Klassenklimas erreicht werden. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf das Format der „Wertedialoge“ der Bildungsinitiative German-Dream, mit dem in virtuellen und analogen Klassenzimmern Werte des Grundgesetzes und der Demokratie, Toleranz und Pluralismus vermittelt werden (<https://www.german-dream.de/>).

- Wir empfehlen (Fach-)Hochschulen Bachelor-Studiengänge für Soziale Arbeit und Theologie um die **Querschnittsthemen Migration, Integration, Interkulturalität, (nicht-)religiöses Leben** zu ergänzen und dies unter Einbezug fach- und interdisziplinärer Kompetenzen sowie praxisorientierter außeruniversitärer Einrichtungen zu tun. Durch die Berücksichtigung dieser Themen in den Studiengängen können den künftigen Absolvent*innen der theoretische und praktische Umgang mit Vielfalt und Differenz sowie dialogische und interkulturelle Kompetenzen vermittelt werden. Die Absolvent*innen selbst können im Rahmen ihrer beruflichen Praxis wiederum als Multiplikator*innen des Gelernten wirken.

➤ Mehr Räume und Gelegenheiten für Begegnung und Austausch schaffen

- Für den Aufbau von Vertrauen zwischen Personen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen sollten im lokalen Nahraum und in Nachbarschaften **mehr Räume und Formate für Begegnungen und Austausch** geschaffen werden. Darin besteht die Chance, sich gegenseitig kennenzulernen und insbesondere gegenüber Muslim*innen bestehende Vorurteile abzubauen. Die Förderung von Begegnungen und Teilhabe kann dabei insbesondere auch in **niedrigschwelligen und nicht-kognitiven Formaten** erfolgen, beispielsweise auf Stadtteilstesten, in Tanz-, Musik-, Handarbeits-, Kunst- oder Sportaktivitäten, über gemeinsames Kochen und Essen etc. Für eine flexible und geteilte Nutzung von Räumlichkeiten und Gebäuden sollten Zugangsbeschränkungen und bürokratische Hürden abgebaut werden.
- Im Rahmen von moderierten Begegnungs- und Austauschformaten sollte der **Fokus auf oft übersehene Gemeinsamkeiten und Verbindendes** gelegt werden, da das Knüpfen von Kontakten und der Aufbau von Vertrauen dadurch erheblich erleichtert werden. Zudem sollte herausgestellt und veranschaulicht werden, dass Teilhabe und Integration nicht allein von geflüchteten oder zugewanderten Menschen Anpassungsleistungen, sondern auch die Integrationsbereitschaft von Mitgliedern und Organisationen der sogenannten Aufnahme- oder Mehrheitsgesellschaft einfordert. Es sollte vermittelt und erfahrbar werden, dass sich Beiträge zur kulturellen und gesellschaftlichen Vielfalt nicht nur auf die Einführung von neuen Speisen, Musik- und Lebensstilen beziehen, sondern dass sie auch die Vielfalt und Qualität von Wissensbeständen, Meinungen, Erfahrungen, Entscheidungsprozessen und Lösungsansätzen betreffen.
- **Interaktionen und Nachbarschaftsaustausch** lassen sich auf kommunaler Ebene durch die Nutzung bereits etablierter digitaler Infrastrukturen und Vernetzungsmöglichkeiten und deren professioneller Moderation fördern. Solche Strukturen bieten Gelegenheiten für die Organisation gemeinsamer Freizeitaktivitäten und die kollektive Nutzung von Ressourcen, beispielsweise durch das Teilen von Gegenständen, Werkzeugen oder Fähigkeiten. Sie

bieten die Chance, dass verschiedene Personen(-gruppen) miteinander in Kontakt kommen, Ressourcen auf eine nachhaltige Weise nutzen, die Integration von Neuankömmlingen unterstützen und soziale Gemeinschaften fördern können.

➤ Medienverantwortliche für vorurteilsschürende Berichterstattung sensibilisieren

- Medienverantwortliche haben einen großen Einfluss auf die Ausbildung von Meinungen und tragen bei der **Verwirklichung von Gleichbehandlung und konstruktiven öffentlichen Diskursen eine Mitverantwortung**. Sie sollten für eine ausgewogene, sachliche Berichterstattung insbesondere über den Islam und Muslim*innen sensibilisiert werden, sodass sie ihre Arbeit in Bezug auf vorurteilsschürende Wirkungen kritisch überprüfen können. Dafür empfehlen wir eine intensive Auseinandersetzung mit den **ethischen Standards des deutschen Presskodexes**¹³. Diesen entsprechend sollten Medienverantwortliche darauf verzichten, mit Feindbildkonstruktionen zu arbeiten und einseitig auf gescheiterte Integrationsprozesse von Muslim*innen zu fokussieren. Um das Bewusstsein für vorurteilsbehaftete bzw. diskriminierungsfreie Berichterstattung in den Belegschaften von Medienhäusern zu erhöhen, könnten Schulungen für Mitarbeiter*innen aller Bereiche und Ebenen angeboten werden. Eine ausgewogene Berichterstattung könnte auch durch die **Verfolgung von diversitätsorientierten Personalstrategien** sichergestellt werden, da eine solche zu einer breiteren Repräsentation von Personen mit Migrationshintergrund in (Chef-)Redaktionen führen würde.
- Wir schlagen vor, den **Einsatz von kreativen, innovativen Medienformaten** auszubauen. Beispielsweise können Plakataktionen wirkungsvoll sein, indem sie auf bestehende Projekte, Meldestellen oder Beratungsangebote aufmerksam machen und Bewusstsein für Diskriminierung schaffen. Durch visuell ansprechende Botschaften und Bilder können Plakate die Aufmerksamkeit auf Diskriminierungsprobleme lenken und zum Nachdenken anregen. Sie können verborgene Vorurteile aufdecken, auf stereotype Darstellungen hinweisen und die Sensibilisierung für Diskriminierungsszenarien erhöhen. Zudem können sie Diskussionen und Dialoge über Diskriminierung anregen und Menschen zu einer aktiven Teilnahme an der Antidiskriminierungsarbeit motivieren.

¹³ <https://www.presserat.de/presssekodex.html>.

➤ Politischen Einsatz für eine vielfältige und inklusive Gesellschaft forcieren

- Politische Entscheidungsträger*innen könnten sich aktiv(er) und öffentlich sichtbar(er) für eine vielfältige und inklusive Gesellschaft und den Abbau diskriminierender Strukturen einsetzen und damit **Vorbildrollen übernehmen**. Dies kann insbesondere über finanzielle Subventionen von Maßnahmen und Organisationen erfolgen, die in der Antidiskriminierungsarbeit aktiv sind, wenn nötig aber auch durch strengere Gesetze und Richtlinien für Antidiskriminierung und einen stärkeren Schutz von Minderheitenrechten (s. oben). In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert, dass sich Politiker*innen stärker dafür einsetzen und sicherstellen, dass Interessen von Minderheitengruppen in staatlichen Institutionen und politischen Ämtern angemessen vertreten sind.
- Mit einem aktiven Eintreten für interkulturelle und interreligiöse Zusammenkünfte und Dialoginitiativen und deren Begleitung könnten Politiker*innen – im Rahmen einer dezidierten Agenda – „von außen“ **Austausch und Kooperationen zwischen verschiedenen Gemeinschaften und Kulturen anstoßen und verstetigen** helfen. Dies würde in der Folge bestenfalls und langfristig zum Abbau von Vorurteilen und Fremdheitsgefühlen führen und könnte die gesellschaftliche Wertschätzung von solchen Begegnungen und partnerschaftlichen Initiativen aufseiten nicht direkt beteiligter Akteur*innen erhöhen.
- Eine öffentlich mit Nachdruck proklamierte und *tatsächliche* Gleichstellung von Minderheiten ist auch deshalb erstrebenswert, da dadurch **präventiv** das **Risiko der Entstehung radikaler Einstellungen** – als mögliche Reaktion auf Ausgrenzungserfahrungen – aufseiten von Minderheitenangehörigen verringert werden kann. Denn wenn Deutschland, die sogenannte Mehrheitsgesellschaft, als teilhaberweigernd wahrgenommen wird, kann dies Bedürfnisse offensiver Abgrenzungen und die Abwendung von Deutschland und seinen demokratischen Prinzipien provozieren.

6.4 Empfehlungen zur Engagiertengewinnung in religiösen Organisationen

• Problemfeld 2: Rückgängige Mitgliederzahlen und Herausforderung Engagiertenbindung

Problemkontext

Die wichtige Rolle von Haupt- und Ehrenamtlichen in christlichen und muslimischen Organisationen und der Mitgliederverlust der Kirchen unterstreichen die große Bedeutung des Gewinns von neuen Mitgliedern, bezahlten Mitarbeiter*innen und freiwillig Engagierten. Unaufhaltbare Tendenzen von Säkularisierung, Individualisierung und Pluralisierung haben die Bedeutung von Religion und Religiosität für das Individuum stark verändert bzw. diversifiziert. Zudem haben die christlichen Kirchen mit internen Krisen und negativen öffentlichen Wahrnehmungen zu kämpfen, was das Vertrauen vieler Menschen in die Institutionen erschüttert (hat) (vgl. EKD 2023). Muslimische Organisationen stehen hingegen vor der Herausforderung, eine Vielzahl von (neuen) Aufgaben und eine hohe Arbeitsbelastung mit begrenzten personellen Ressourcen bewältigen zu müssen, da die Engagierten beruflich und familiär mehrfach belastet und

finanzielle Mittel zur Finanzierung von hauptamtlichem Personal projektbezogen und begrenzt sind.

➤ Menschen für Engagement in religiösen Organisationen mobilisieren

- Für die Kirchen empfiehlt es sich, bei der **Auslegung ihrer Lehren gesellschaftliche Realitäten zu berücksichtigen** und Angebote zu unterbreiten, die den Bedürfnissen, Interessen, Erwartungen und vielfältigen Lebensformen der Menschen in der Gegenwart gerecht werden (vgl. EKD 2023). Zugleich wären sie gut beraten, wenn sie **bestehende Potenziale und Ressourcen erkennen und nutzen**. Nicht-Identifikation mit religiösen Überzeugungen bedeutet nicht automatisch, dass die Kirchen mit ihren Botschaften und in ihrer Rolle als Anbieterinnen von zahlreichen karitativen und sozialen Dienstleistungen prinzipiell abgelehnt werden. Im Gegenteil werden ihre Angebote durch persönliche Inanspruchnahme gewertschätzt oder – auch bei bestehender Kirchen- oder gar Religionsferne – mit eigenem Engagement ‚für eine gute Sache‘ unterstützt. Dieses Vermögen sollten die Kirchen nutzen und sich in offener Kommunikation mit Gesellschaftsmitgliedern als eine starke Basis für Gemeinschaftssinn und soziale Hilfeleistungen präsentieren und ihre Kapazitäten dahingehend ausbauen.
- Um neue Mitglieder und Engagierte zu gewinnen, könnten christliche und muslimische Organisationen **für unterschiedliche Altersgruppen zielgruppenspezifische Formate konzipieren und erproben**. Die Umsetzung von verschiedenen passförmigen und niedrigschwelligen Maßnahmen kann dazu beitragen, dass mehr Menschen für ein Engagement gewonnen und Zugangsbarrieren abgebaut werden. Dafür ist es wichtig, die Zielgruppen zu identifizieren und die Aktionen bewusst auf diese auszurichten. **Klientelgerechte persönliche Ansprachen** können sehr effektiv sein, um auf spezifische Bedürfnisse und Interessen einzugehen und bislang unerreichte Menschengruppen für ein Engagement zu motivieren. Es könnten **analoge und digitale Kommunikationskanäle** – insbesondere auch soziale Medien – genutzt werden, um Informationen und Angebote auch über Bilder und Videos in einer verständlichen und ansprechenden Sprache und Form zu vermitteln. Für die Ansprache älterer Menschen könnte dominant auf analoge Veranstaltungen und Informationsangebote gesetzt werden.
- **Freiwilligenarbeit** kann **als Möglichkeit für Kompetenz- und Erfahrungserweiterungen** sowie als Chance, sich persönlich weiterzuentwickeln und für das Gemeinwohl einzusetzen, präsentiert werden. **Kostenfreie Schulungen und Weiterbildungen** können dazu beitragen, Engagierte langfristig zu motivieren und an die Organisationen zu binden. Angebote zur Vereinbarkeit von Engagement, Arbeit und Alltag – wie etwa Kinderbetreuungsangebote – können Menschen mit unregelmäßigen Arbeitszeiten oder Care-Verpflichtungen die Mitwirkung in Organisationen ermöglichen. Nicht zuletzt sind **Anerkennung und Wertschätzung der Engagierten** wichtig, um sie langfristig zu motivieren und zu binden. Dies kann beispielsweise durch Auszeichnungen, öffentlichen Würdigungen oder Dankeschön-Veranstaltungen wie beispielsweise gemeinsame Grillabende eingelöst werden.
- Wir empfehlen religiösen Organisationen die **Einrichtung einer entlohnten Stelle für ein Freiwilligenmanagement** im Umfang von mindestens der Hälfte eines Vollzeitäquivalents

(0,5 VZÄ). Der*die Freiwilligenmanager*in könnte eine zentrale Rolle bei der gezielten Rekrutierung, Schulung und Motivierung von Freiwilligen und der Koordination ihrer Aktivitäten übernehmen. Die Investition in eine solchen Position ermöglicht eine gezielte Aufgabenverteilung und eine bessere Kommunikation mit den freiwilligen Helfer*innen und sollte sich hinsichtlich erforderlicher Instandhaltungs- und Mobilisierungsmaßnahmen religiöser Organisationen langfristig als rentabel erweisen.

➤ **Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, Kooperationen ausbauen und professionalisieren**

- Um die eigene Arbeit sowie Mitgliedschafts- und Beteiligungsmöglichkeiten sichtbar(er) zu machen, empfehlen wir religiösen Organisationen grundsätzlich die **Umsetzung einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit** über verschiedene Informations- und Kommunikationsplattformen. Es könnten eine eigene Website, soziale Medien und Newsletter genutzt werden, um Bürger*innen und Vertreter*innen anderer Organisationen regelmäßig und tagesaktuell über Veranstaltungen, Aktivitäten, Projekte, Angebote zur Beteiligung und Vernetzungsinteressen der eigenen Organisation zu informieren. Um Vorbehalte ab- und Kooperationen aufzubauen, ist islamischen Organisationen anzuraten, die Außendarstellung ihrer sozialen und integrativen Aktivitäten zu erweitern.
- Um neue Mitglieder, Engagierte, Kooperationspartner*innen und weitere Unterstützer*innen zu gewinnen, empfehlen wir religiösen Organisationen verstärkt auf **Vernetzung und Kooperationen mit anderen Organisationen** – darunter insbesondere auch Schulen – zu setzen. Dafür sind Präsenz und Kommunikation auf kommunaler Ebene – und darüberhinausgehend auch auf regionaler, Landes- und Bundesebene – bedeutsam. In Bezug auf die eigene Arbeit könnten Vernetzungsbörsen oder Freiwilligenzentren eingebunden werden. Sie fungieren in Kommunen als Anlaufstellen für Bürger*innen, die sich engagieren möchten, informieren über Engagementmöglichkeiten in lokalen Organisationen und Projekten und können interessierte Bürger*innen an geeignete Organisationen vermitteln.
- Kooperationen und Vernetzung ermöglichen **Wissenstransfer und Ressourcenaustausch** und sollten bewusst **zwischen religiösen und nicht religiösen Organisationen** eingegangen werden, um Fremdheitsgefühle abzubauen, Annäherungsprozesse einzuleiten und wechselseitig von verschiedenen Perspektiven, Ideen und Fähigkeiten zu profitieren. Für eine effektive Kooperations- und Vernetzungsarbeit sind **regelmäßige Treffen** zur Verständigung unter den Kooperationspartnern zu empfehlen. Sie können bei der Klärung helfen, welche gemeinsamen Interessen und Ziele verfolgt werden, welche Bedürfnisse und gegenseitigen Erwartungen bestehen und was der konkrete Mehrwert der Zusammenarbeit ist. Dadurch können Ausgangslagen und Voraussetzungen für ein Gelingen von Kooperationen erheblich verbessert werden.

6.5 Empfehlungen für nachhaltige Förderstrukturveränderungen und die Teilhabe- stärkung islamischer Organisationen

• **Problemfeld 3: Befristete Förderstrukturen und Teilhabebarrieren islamischer Organisationen**

Problemkontext

Für religiöse und zivilgesellschaftliche Organisationen besteht ein grundsätzliches strukturelles Problem: die zeitlich befristete finanzielle Förderung von Projekten, die Existenzängste, Instabilitäten und Unsicherheiten verursacht – die sogenannte „Projektitis“. Die strukturelle Einbindung von religiösen Organisationen in professionelle Netzwerke und (Förder-)Strukturen der Freien Wohlfahrtspflege erfordert die Erfüllung von bestimmten formalen Voraussetzungen wie dem Nachweis von fachgerecht ausgebildetem Personal, von Erfahrungen in der Projektsteuerung und -verwaltung oder einen offiziellen Trägerstatus. Den Kompetenzanforderungen kann seitens überwiegend ehrenamtlich arbeitender oder ressourcenärmerer Organisationen häufig nicht entsprochen werden und sie werden als Überforderungen wahrgenommen. Darüber hinaus zeigt unsere qualitative Studie, dass das Verhalten von zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur*innen gegenüber islamischen Organisationen neben Wertschätzungen ihrer Aktivitäten mitunter auch von Misstrauen und der Unterstellung demokratiefeindlicher Tendenzen bestimmt wird.

➤ **Nachhaltige Förderstrukturen etablieren und effektiv nutzbar machen**

- Integrativ arbeitende zivilgesellschaftliche Organisationen sollten mit **langfristigen Planungs- und Finanzierungsperspektiven** kalkulieren können. Dafür sollten grundsätzlich kompetenzrechtliche Regelungen, Zuständigkeiten und raumbezogene Fördervoraussetzungen im föderalen System in den Blick genommen werden. Es empfiehlt sich, **eindeutige Kompetenz- und Zuständigkeitsverteilungen** und Förderstrukturen mit klaren Raumbezügen (lokal, regional, landes- oder bundesweit) zu schaffen. Zudem sollte eine dauerhafte, rechtlich abgesicherte finanzielle Unterstützung von kohäsionsfördernden zivilgesellschaftlichen Akteur*innen angestrebt werden. Der im März 2023 vorgelegte Entwurf für ein [„Demokratiefördergesetz“](#) (DFördG) (Drucksache 20/5823), das eine längerfristige Förderung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung ermöglichen soll, kann ein Schritt in Richtung einer Etablierung nachhaltiger Förderstrukturen sein. Der Gesetzesentwurf bezieht sich bislang aber lediglich auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Organisationen, deren Aktivitäten von überregionaler und gesamtstaatlicher Bedeutung sind. Für mehr Chancengleichheit wäre es empfehlenswert, nicht nur bundesweit agierende Organisationen, sondern auch regional oder lokal arbeitende Organisationen zu fördern.
- Lokal arbeitende Integrationsakteur*innen würden von **verstetigten anstatt befristeten Förderprogrammen** profitieren. Insofern wäre es vorteilhaft, wenn die auf kommunaler Ebene dauerhaft anfallende Integrationsarbeit, als sog. *freiwillige* Selbstverwaltungsaufgabe, bestenfalls langfristig in Verwaltungsstrukturen verankert und finanziell abgesichert

würden. In dieser Hinsicht kann die **Förderlandschaft in Nordrhein-Westfalen als progressiv** eingestuft werden. Hervorzuheben ist hier die gesetzliche Verankerung der Förderung von Kommunalen Integrationszentren (KIs) und des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) im Teilhabe- und Integrationsgesetz (TintG, § 8, § 9). Diese Initiativen stärken sowohl die strategische als auch die operative Dimension der kommunalen Integrationsverwaltung (vgl. Bogumil et al. 2023: 173).

- Im Rahmen von Förderrichtlinien empfiehlt es sich, dass **ungleiche Handlungsfähigkeiten und Ressourcenausstattungen von Organisationen** stets mit einzukalkulierende Komponenten sind. Um kleinere, ressourcenärmeren Organisationen in Förderstrukturen und -netzwerke einbinden und innovative Projekte ermöglichen zu können, wäre es sinnvoll, bislang zu erbringende formale Bedingungen zu liberalisieren und anzupassen, bürokratische Vorgaben abzubauen und rechtliche Freiräume zu schaffen. Dies könnte die Verringerung von geforderten Eigenbeteiligungen, die Lockerung hoher Kontrollauflagen und die Ermöglichung niedrigschwelliger Zugänge zu kleinen Fördertöpfen umfassen.
- Wir empfehlen die **Einrichtung von Beratungsstellen für Antragstellungen auf Fördergelder**, die Informationen zu abrufbaren Fördermitteln sowie organisations- und antragspezifische Unterstützung bereitstellen und Organisationen aktivieren, Gelder zu beantragen. Fachwissen und Erfahrungen könnten hier gebündelt und an Antragsteller*innen weitergegeben werden. Best-Practice-Beispiele für erfolgreiche Fördermittelakquise können auf einer Website, im Rahmen von Workshops oder Veranstaltungen zum Austausch von Erfahrungen bekannt gemacht und besprochen werden. Seitens fördermittelgebender Institutionen sollte transparent begründet werden, warum ein Antrag abgelehnt wurde, damit die betroffenen Organisationen nachvollziehen können, welche Kriterien nicht erfüllt wurden und daraus für zukünftige Anträge lernen. Nicht zuletzt stärkt eine solche Transparenz das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen Antragsteller*innen und fördermittelverantwortlichen Personen bzw. Institutionen.
- Die Aufnahme islamischer Organisationen in die **Regelfinanzierungen bzw. Regelförderungen der Freien Wohlfahrtspflege** könnte ein entscheidender Faktor für ihre Etablierung in Deutschland sein. Es wäre wünschenswert, wenn Fördermittelgeber nach Möglichkeiten suchten, wie bei begrenzten Mitteln auch neue islamische Träger in der Regelförderung berücksichtigt werden können, beispielsweise über spezielle Förderprogramme für Migrant*innenselbstorganisationen.

➤ **Interkulturelle Öffnungsprozesse voranbringen**

- Wir empfehlen Organisationen kontinuierlich zu überprüfen, inwieweit sie ihre Strukturen verändern und flexibilisieren müssen, um verschiedene Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Hintergründen inklusiver einzubeziehen und für eine Mitarbeit zu gewinnen. **Interkulturelle Öffnungsprozesse stellen ein zentrales Handlungsfeld** dar, deren tatsächliche Umsetzung ernsthaft gewollt und in der Praxis immer wieder überprüft werden sollte. Sie beziehen sich auf die Öffnung von einzelnen Organisationen, von professionellen Netzwerken sowie Verbands- und Gremienstrukturen der Sozialen Arbeit und der Freien Wohlfahrtspflege auf den Ebenen von Bund, Land und Kommune.

- Für erfolgreiche interkulturelle Öffnung sollten Organisationen einen **grundlegenden Mentalitäts- und Bewusstseinswandel** einleiten. Die Umsetzung von interkultureller Öffnung kann nur als ein umfassender und anspruchsvoller Organisations- und Personalentwicklungsprozess gelingen. Dies erfordert Offenheit und Innovationsleistungen aller beteiligten Akteur*innen, sowohl aus den internen Perspektiven der Organisationen als auch in Bezug auf die Schaffung einer neuen Beziehungskultur zu externen Akteur*innen und Partner*innen. Erforderlich sind **neue Formen der Kooperation, Vernetzung sowie der begleitenden Moderation, des Coachings und des Wissenstransfers**. Regelmäßig stattfindende Austauschformate können bei der Klärung helfen, was der konkrete Mehrwert interkultureller Öffnung ist und welche gemeinsamen Ziele verfolgt werden. Dadurch können interkulturelle Öffnungsprozesse besser gelingen.
- Im Prozess interkultureller Öffnung sollten Organisationen konkrete **Bedürfnisse und Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen erfassen und benennen**. Privilegierte und etablierte Akteur*innen sollten bereit sein, sich strukturell zu öffnen. Dies erfordert einen veränderten Umgang mit Privilegien und damit auch eine Verschiebung der Beziehungen zwischen Angehörigen von Minderheiten und Mehrheiten sowie die Wertschätzung der daraus resultierenden persönlichen und gesellschaftlichen Mehrwerte wie Wissens- und Kompetenzzuwachs und neue Perspektiven auf gesellschaftliche Fragestellungen.
- Im Kontext interkultureller Öffnung empfehlen wir Organisationen, Vielfalt in der Belegschaft bewusst und strategisch über ein **Diversity Management** zu fördern und umzusetzen. Diversity Management umfasst Maßnahmen, Praktiken und Richtlinien, die darauf abzielen, verschiedene Dimensionen von Vielfalt – z. B. Geschlecht, Alter, ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung, Religion, Behinderung – in der Personalstruktur zu erkennen, anzuerkennen und zu fördern. Für ein effektives Diversity Management empfiehlt es sich, mehrere Aspekte zu berücksichtigen: vielfaltsorientierte Rekrutierung, Sensibilisierung durch Schulungen, gleiche Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, angepasste Arbeitsplätze, offene und transparente Kommunikation über Diversitätsziele und -initiativen sowie Richtlinien und Verfahren zum Umgang mit Konflikten und Diskriminierungsfällen. Führungskräfte und Personalverantwortliche sollten sich darüber bewusst werden, dass Diversity Management die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft ihrer Organisation steigert, da unterschiedliche Kompetenzen, Perspektiven und Ideen zusammengeführt und berücksichtigt werden.

➤ Islamische Organisationen konstruktiv unterstützen

- Es liegt in politischer Verantwortung, förderliche Bedingungen für zivilgesellschaftliche Selbstorganisationen zu schaffen. In Bezug auf verfassungskonforme Vereinsbildungen und Aktivitäten sollte das **Prinzip der Neutralität und Gleichbehandlung** gelten. Aktionen, die außerhalb des gesetzlichen Rahmens liegen, müssen mit politischen, rechtlichen und ordnungspolitischen Mitteln bekämpft und sanktioniert werden. Gegenüber den negativen Entwicklungen – wie international agierende islamistische Terrororganisationen, demokra-

tiefeindliche Einflussnahmen aus dem Ausland sowie eine unter Muslim*innen zu registrierende Juden- und Israelfeindlichkeit – sollten die positiven, integrativen Effekte der überwiegend ehrenamtlich geleisteten Arbeit muslimischer Organisationen nicht relativiert werden. Pauschal geäußerte Zweifel an der Verfassungstreue und Demokratieverträglichkeit muslimischer Organisationen sollten hinsichtlich ihrer Konsequenzen kritisch reflektiert und auf Generalverdächtigungen sollte verzichtet werden. Denn viele muslimische Organisationen, die für ihre Integrationsarbeit auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind, fühlen sich dadurch diskriminiert und kriminalisiert und mit ihrer überwiegend ehrenamtlich geleisteten Arbeit nicht anerkannt. In Bezug auf die Prüfung der Förderwürdigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen empfehlen wir die **Aufstellung von transparenten, intersubjektiv nachvollziehbaren Kriterien**, die für *alle* Organisationen gleichermaßen gelten und angewendet werden.

- Islamische Organisationen sollten nicht für die Übernahme von integrativen Tätigkeiten und sozialen Dienstleistungen, für Zielgruppenzugänge, symbol- oder wahlkampfpolitisch instrumentalisiert werden. Um dies zu verhindern und um **islamische Organisationen als wichtige und gleichwertige Partnerinnen anzuerkennen**, könnten regelmäßige, offene und transparente Dialoge zwischen politischen Entscheidungsträger*innen und islamischen Organisationen etabliert und die Fachkompetenz islamischer Organisationen durch gezielten Kapazitätsaufbau gestärkt werden. Dies kann durch **Empowerment-Maßnahmen** wie Fortbildungen, Beratungsnetzwerke und den gezielten Transfer von Fachwissen und bewährten Praktiken seitens anderer Organisationen erfolgen (z. B. über Tandemmodelle).
- Wir empfehlen, **Informations- und Beratungsstrukturen zum System der Freien Wohlfahrtspflege auszubauen**, damit islamische Organisationen ihre Kenntnisse über mögliche Förderungen, Leistungen, Angebote und Verwaltungsabläufe in den Kommunen, auf Landes-, Bundes- und auch europäischer Ebene erweitern und ihre eigenen sozialen Angebote in das System integrieren können. Auf einer Internetseite könnten wichtige Informationen zu Beratungsangeboten, Kontaktpersonen, Referent*innen und Best-Practice-Beispielen von christlichen und muslimischen Dienstleistungsanbietern zu deren Präsentation von Angeboten auf Internetseiten, in Flyern oder Broschüren gesammelt und publik gemacht werden.
- Für die **Integration islamischer Organisationen in die Strukturen der Freien Wohlfahrtspflege** in den Bereichen Kinder-/Jugendhilfe sowie Altenhilfe/-pflege könnten Konsultationen und Kooperationen zwischen den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, den islamischen Dachverbänden und den Kommunen ausgebaut und regelmäßig stattfindende überverbandliche Dialogformate eingerichtet werden, die den Austausch von Bedürfnissen und Erwartungen ermöglichen. Darüber hinaus sollten Vertreter*innen islamischer Organisationen die Möglichkeit erhalten, in einschlägigen Gremien teilzunehmen
- Der **Einbezug von islamischen Organisationen in Dialoge und Prozesse**, die sie selbst betreffen, erscheint erforderlich und sollte weiter ausgebaut werden. Ihre Konsultation und Einbindung als Expertinnen bei der Erstellung von Integrationskonzepten, -programmen und -gesetzen sollten weiter forciert werden. Die Organisationen kennen die Bedürfnisse, Einstellungs- und Verhaltensmuster ihrer Klientel sehr gut und können sie im geschützten Raum der eigenen Organisation besser erreichen und nach außen vertreten als andere Akteur*innen.

6.6 Empfehlungen für Struktur- und Maßnahmenoptimierungen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik

• **Problemfeld 4: Defizite in flüchtlings- und integrationspolitische Rahmenbedingungen**

Problemkontext

Defizite in den flüchtlings- und integrationspolitischen Rahmbedingungen in Deutschland, die von unseren Interviewpartner*innen identifiziert werden, beziehen sich auf mehrere Bereiche: langwierige Asylverfahren, überbordende Bürokratie und problematische Bedingungen in Flüchtlingsunterkünften, Schwierigkeiten bei der Arbeitsmarktintegration, ausbaufähige politische Förderung potenzialorientierter Integrations- und Bildungsprogramme und gegenüber Geflüchteten bestehende Vorurteile, Ängste und Anfeindungen. Um den Problemen entgegenzuwirken, empfehlen wir die Verbesserung von Asylverfahrensabläufen sowie von Unterbringungs- und gesundheitlichen Versorgungsbedingungen und grundsätzlich die Entbürokratisierung und Digitalisierung behördlicher Strukturen. Des Weiteren raten wir zu verstärkten Investitionen in Integrationsmaßnahmen, die mehrere Aspekte umfassen und die auf kommunaler Ebene insbesondere die Etablierung von koordinierten Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, die Organisation regelmäßiger Informationsveranstaltungen mit Faktenchecks sowie Maßnahmen zur Demokratieförderung betreffen.

➤ **Flüchtlingspolitische Verfahren optimieren**

- Um **effizientere Asylverfahren und Entscheidungsprozesse zu gewährleisten**, sollten bestehende bürokratische Hürden bei administrativen Prozessen abgebaut und Maßnahmen für ihre Vereinfachung und Optimierung ergriffen werden. Für tatsächliche Erleichterungen und eine effektive Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden könnten **bundesweit einheitliche digitale Techniken und Prozesse eingeführt** werden, die digitale Antragstellungen und automatisierte digitale Arbeitsabläufe sicherstellen und Insellösungen ablösen.
- Um an verschiedenen Stellen (in Behörden) stattfindende Verwaltungs- und Beratungsprozesse zu beschleunigen, sollten auf gesetzlicher Ebene **realistische und praktikable Formen der Weitergabe und Verarbeitung** von personenbezogenen Daten festgelegt werden.
- Zudem sollten bundesweit **einheitliche Standards für eine digitale Erfassung von Integrationsdaten im Ausländerzentralregister** festgelegt werden, sodass Akteur*innen auf kommunaler Ebene die hinterlegten Integrationsdaten effektiv nutzen können. Um ein kompatibles Datenmanagement und den Datenaustausch zwischen verschiedenen Akteur*innen und Verwaltungseinheiten zu ermöglichen, sollten die Bundesländer für die Erfassung und Analyse von Daten in der Integrationsberatung **einheitliche Softwarelösungen** einführen.
- Zur Beschleunigung von Arbeitsprozessen in Behörden sollte grundsätzlich sichergestellt sein, dass **Personalressourcen mit relevanten Kompetenzen in ausreichendem Maße**

verfügbar sind und effizient eingesetzt werden. Dies kann durch eine bessere Ausstattung mit Personal und durch Schulungen von Mitarbeiter*innen in komplexen Verfahrensbewältigungen und digitalen Arbeitsabläufen erreicht werden.

➤ **Flüchtlingsunterkünfte: Qualitätsstandards verbessern, Kapazitäten ausbauen**

- In vielen Flüchtlingsunterkünften sind die hygienischen Bedingungen und Lebensstandards verbesserungswürdig. Eine **verbesserte Unterbringung** kann dazu beitragen, psychologischen Problematiken einzudämmen. Um sicherzustellen, dass Flüchtlingsunterkünfte erforderlichen Qualitätsstandards entsprechen, sind regelmäßige Evaluationen ratsam, die Aspekte wie Hygiene, Sicherheit und Zugang zu grundlegenden Versorgungsleistungen und Beratungsstrukturen in den Blick nehmen. Darüber hinaus empfehlen wir Schulungen des Personals in Flüchtlingsunterkünften, einschließlich der Mitarbeiter*innen der Betreuungsdienste und Sicherheitskräfte, in Bezug auf gesundheitliche und psychische Folgen der Flucht sowie interkulturelle Kompetenz. Sie können dazu beitragen, ein respektvolles und unterstützendes Umfeld für Geflüchtete zu schaffen.
- Angesichts anhaltender Fluchtzuwanderungen werden **langfristige Lösungen für Unterbringungen** benötigt. Dafür empfehlen wir eine enge, dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Verwaltungseinheiten, privaten und kommunalen Wohnungsgebern (Wohnungsbau-gesellschaften) sowie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Wir raten zu einem Aufbau von soliden Netzwerken, einer Reserve an Unterbringungsplätzen und einer Datenbank, die eine kurzfristige Kontaktaufnahme von Wohnungsgebern ermöglicht. Zudem sind **nachhaltige Strategien und Förderprogramme** empfehlenswert, um angemessene und bestenfalls flexibel umnutzbare Unterkünfte zu bauen. Dafür sollte auch der soziale Wohnungsbau in den Kommunen eine höhere Priorität erhalten. Darüber hinaus wären insbesondere in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt Auszugskonzepte hilfreich, um Überbelegungen von zentralen Unterbringungseinrichtungen zu verhindern. Zu bedenken ist ferner, dass die geltende Wohnsitzauflage (§ 12a AufenthG) die Suche nach einer eigenen bezahlbaren Wohnung (vgl. Der Paritätische 2022) und integrationsfördernde Umzüge erschwert (Baba et al. 2023: 188). Insofern ist eine Änderung der Wohnsitzauflage hin zu einer besseren Verteilung von Geflüchteten mit guter Bleibeperspektive auf Orte mit lokalen Integrationskapazitäten zu empfehlen (ebd.: 189f.).

➤ Schulische und berufliche Integration forcieren

- Anstatt die Schulpflicht auszusetzen und die Geflüchteten mit einem pauschalen Arbeitsverbot zu belegen, wäre es hilfreich, **Integrationsprozesse frühzeitig(er) starten**. Sprachkursangebote sollten für alle Geflüchteten – unabhängig von ihrer Bleibeperspektive – geöffnet und die Kapazitäten dieser Kurse aufgestockt werden, um Wartezeiten zu reduzieren.
- Darüber hinaus ist es empfehlenswert, Geflüchteten schneller **Zugang zu Schulen und zum Arbeitsmarkt** zu gewähren. Eine unbürokratische und flexible **Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen** ist vonnöten, um Zugänge zu Praktika, Weiterbildungen und zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Um Geflüchtete bei der beruflichen Orientierung und Arbeitsmarktintegration zu unterstützen, sollten Informationen und Beratungsangebote über das deutsche Bildungs- und Berufssystem mehrsprachig verfügbar und online zugänglich sein.
- Es empfiehlt sich, an einem zentralen Standort in einer Kommune eine **allgemeine Anlaufstelle für (Neu-)Zugewanderte** einzurichten, beispielsweise als „**Welcome Center**“. In dieser sollten Beratungsangebote für Geflüchtete und Zugewanderte in Bezug auf Sprachkursangebote, Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, arbeitsrechtliche Fragen, das Asylverfahren und das Wissen über lokale Angebote kommunaler und freier Träger gebündelt sein. Hier könnte auch die Arbeit von Ehrenamtlichen und verschiedenen Organisationen miteinander vernetzt und ihre Angebote koordiniert werden. Eine solche Anlaufstelle sollte mit ausreichend Personal, das über erforderliche Kompetenzen verfügt, ausgestattet sein.
- Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten kann auf kommunaler Ebene durch **Bildungspatenschaften** unterstützt werden. In solchen Patenschaftsprogrammen helfen freiwillig Engagierte und erfahrene Fachkräfte Geflüchteten bei der Suche nach adäquaten beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten, nach einem Job oder Arbeitsplatz, bei Bewerbungen oder der Vorbereitung von Bewerbungsgesprächen.
- Um Geflüchteten den Arbeitsmarktzugang zu erleichtern und an die Arbeitswelt in Deutschland heranzuführen, legen wir Betrieben, (Groß-)Unternehmen und Arbeitgeberverbänden (z. B. Südwestmetall) nahe, im Sinne einer **Corporate Social Responsibility (CSR)** gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, indem sie zusätzliche **Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie Weiterqualifizierungsprogramme** für Geflüchtete einrichten. Durch die Finanzierung von Mentoring-Programmen und Integrationslotsen, die als zentrale Ansprechpersonen für Fragen zu Praktika, Ausbildung, Beschäftigung und Qualifizierung zur Verfügung stehen, können sie Geflüchtete maßgeblich beim Erwerb von Schlüsselkompetenzen und Einstiegsqualifikationen unterstützen und realistische Beschäftigungsperspektiven schaffen. Als ein Beispiel guter Praxis kann die Integrationsinitiative der deutschen Wirtschaft [„Wir zusammen“](#) (2016–2019) betrachtet werden, der sich über 230 Unternehmen angeschlossen haben, um Geflüchtete mittels passgenauer Lösungen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihre Initiativen in Standardprozesse zu überführen.
- Seitens Vertreter*innen aus Politik und Wirtschaft sollte – über die Medien – stärker verdeutlicht und kommuniziert werden, dass die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten und damit die **Nutzung ihrer Fähigkeiten und Talente** angesichts des demografischen Wan-

dels einen großen Profit und eine große Chance für Deutschland darstellt, um dem chronischen **Fachkräftemangel entgegenzuwirken**, Fachwissen und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern und die deutsche Wirtschaft sowie die Sozialversicherungssysteme zu stabilisieren.

➤ **Kommunale Beratungs- und Unterstützungsstrukturen absichern und koordinieren**

- Für die gezielte und koordinierte Steuerung der vielen und komplexen Integrationsmaßnahmen sind **flächendeckende Implementierungen Kommunaler Integrationsmanagements (KIM)** von zentraler Bedeutung. Das KIM zielt darauf ab, die vielfältigen Angebote der ausländerrechtlichen, leistungsrechtlichen und integrationsrelevanten Akteur*innen in der Kommunalverwaltung und darüber hinausgehend zu koordinieren, sie aufeinander abzustimmen und einheitlich auszurichten. Das Bundesland **Nordrhein-Westfalen** nimmt hier eine **Vorreiterrolle** ein, da die Landesregierung das KIM im Teilhabe- und Integrationsgesetz rechtlich verankert hat (TIntG § 9) und die Umsetzung verbindlich vorgegebener Handlungskonzepte durch zusätzliche Personalstellen langfristig mit hohen Summen fördert. Dadurch werden die kommunalen Integrationsverwaltungen in NRW auf operativer und strategischer Ebene und ein abgestimmtes Verwaltungshandeln maßgeblich gestärkt.
- Bestenfalls wird im Rahmen des KIM der einzelne Mensch mit seiner Lebensbiografie in den Blick genommen. Über die **Fallorientierung (Case Management)** wird eine passgenaue individuelle und potenzialorientierte Unterstützung und Begleitung von Geflüchteten und Migrant*innen ermöglicht. Sie ist erfolgversprechend, da je nach Lebenssituation in Bezug auf die Bereiche Erstorientierung, Wohnen, Bildung, Arbeit und Gesundheit unterschiedliche Fragen und Probleme bestehen, die häufig parallel bewältigt werden müssen. Im Rahmen des KIM sollten daher Case Manager*innen finanziert bzw. Akteur*innen in verschiedenen Dienststellen für Case Management qualifiziert werden. Eine **kooperative Ausrichtung von Strukturen** ermöglicht eine dienststellenübergreifende fallorientierte Unterstützung von (Neu-)Zugewanderten.
- Eine wesentliche Voraussetzung für die professionelle und effektive Durchführung von Integrationsmaßnahmen ist die **Handlungs- und Kooperationsfähigkeit** der einzelnen Akteur*innen bzw. Organisationen, wie etwa Ausländerbehörden. Strukturellen Unterbesetzungen und personellen Überlastungen kann durch **Investitionen in weitere Arbeitsstellen**, durch adäquate Entlohnungen des Personals sowie Weiterbildungsmaßnahmen für fachgerechte Aufgabenerledigungen der Angestellten entgegengewirkt werden.

➤ **Vorurteile abbauen – Demokratie stärken**

- Um Fremdenfeindlichkeit abzubauen, Fehlinformationen zu korrigieren, Verständnis und Empathie für Geflüchtete zu fördern, empfehlen wir die **Organisation von Informationsveranstaltungen** seitens politisch Verantwortlicher, zivilgesellschaftlicher und religiöser Akteur*innen. Diese Veranstaltungen könnten einer breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit bieten, mehr über Geflüchtete, ihre Aufnahme, Versorgung und die Gründe ihrer Flucht zu

erfahren. Sie können in Schulen, Gemeindezentren, Universitäten oder öffentlichen Räumen stattfinden. Die Informationsveranstaltungen könnten fundierte Faktenchecks beinhalten und das Ziel haben, Unwissen, diffusen Ängsten und Vorurteilen entgegenzuwirken. Es erscheint wichtig, dass die Ursachen von Flucht und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten sachkundig und verständlich erklärt werden. Darüber hinaus können persönliche Erfahrungsberichte von Geflüchteten die menschliche Seite der Flucht sichtbar machen und Vorurteile herausfordern, indem sie bei den Rezipient*innen Empathie und Verständnis für die Situation von Geflüchteten fördern können.

- Im Kontext solcher Informationsveranstaltungen ermöglichen interaktive Formate wie **Frage- und Diskussionsrunden oder Thementische** den Teilnehmer*innen, sich aktiv einzubringen und ihre Fragen, Sorgen und Erwartungen zu äußern. Dies ermöglicht konstruktive Dialoge, eine direkte und ernsthafte Auseinandersetzung mit fluchtbezogenen Themen und persönlichen Sorgen. Durch eine **professionelle Moderation** könnte sichergestellt sein, dass eine respektvolle Diskussionskultur aufrechterhalten wird, in der alle Teilnehmer*innen fair behandelt, ihre Standpunkte gleichermaßen gehört und verbale Entgleisungen eingehegt werden können.
- Um nachhaltige Veränderungen zu bewirken, sollten **Informationsveranstaltungen und Austauschformate regelmäßig stattfinden**. Um die Reichweite zu erhöhen, könnten neben der breiten Öffentlichkeit auch Multiplikator*innen wie Journalist*innen, Lehrkräfte, Dozent*innen, politische Entscheidungsträger*innen und andere einflussreiche Personen eingeladen werden. Als Teilnehmer*innen der Informationsveranstaltungen können sie das Gelernte weitertragen und positive Veränderungen in ihren jeweiligen Bereichen bewirken. Gemeinsame Anstrengungen sollten dazu beitragen, die Botschaften der Veranstaltungen zu verstärken und ein breiteres Verständnis für die Situation von Geflüchteten zu fördern. Durch einen gemeinsamen Internetauftritt können die lokalen Veranstaltungen ihre Reichweite effektiv erhöhen.
- Jenseits spezifischer Veranstaltungsformate im Kontext der Fluchtzuwanderung empfehlen wir Kommunen, **Maßnahmen zur Demokratieförderung** zu entwickeln, umzusetzen und langfristig finanziell zu unterstützen. Konkret beinhaltet dies die Organisation von Veranstaltungen und Events wie Interkulturellen Tagen oder Wochen, Aktionen gegen Rassismus und Rechtsextremismus sowie Veranstaltungen zur Förderung von Vielfalt. Es ist ratsam, kontinuierliche Dialogformate, wie beispielsweise Runde Tische für den interreligiösen oder interkulturellen Austausch, fest in die kommunalen Strukturen zu integrieren. Die Bildung von Netzwerken und Initiativen gegen Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Vorurteile sowie zur Prävention von Extremismus sollte in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere Migrant*innenselbstorganisationen, erfolgen.
- Um das Bekenntnis zu einer vielfaltsorientierten Kommune zu unterstreichen, kann ein **kommunales Leitbild** verfasst und öffentlich gut sichtbar gemacht werden. Dieses Leitbild sollte das Streben nach einem friedlichen Zusammenleben auf Basis demokratischer Prinzipien, nach einer funktionierenden Gemeinschaft von Menschen unterschiedlicher kultu-

reller und sozialer Hintergründe, die Förderung von Engagement und Kooperation in Netzwerken sowie kooperative Problem- und Konfliktlösungen als zentrale Ziele definieren (vgl. KGSt 2017: 16).

7. Literaturverzeichnis

- [ADS] Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2023): [Vielfalt, Respekt, Antidiskriminierung. Grundlagenpapier zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes \(AGG\)](#). Vorgelegt von der Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung. Berlin.
- [advd] Antidiskriminierungsverband Deutschland (2023): [Mehr Fortschritt wagen, heißt auch mehr Antidiskriminierung wagen! Zentrale Aspekte zur Stärkung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes. Bündnis AGG Reform-Jetzt!](#) Berlin.
- Allport, Gordon W. (1954): *The Nature of Prejudice*. Cambridge, Massachusetts: Perseus Books.
- Alscher, Stefan (2008): [Polen – Integrationspolitik](#). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Angenendt, Steffen; Biehler, Nadine; Bossong, Raphael; Kipp, David; Koch, Anne (2022): [Flucht aus der Ukraine: Mobilität erhalten und langfristig denken! Vom temporären Schutz zu Integrationsperspektiven](#). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. DOI:10.18449/2022A24
- Baba, Ludger; Schmandt, Marco; Tielkes, Constantin; Weinhardt, Felix; Wilbert, Katrin (2023): [Evaluation der Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG. Beiträge zu Migration und Integration](#). Band 13. Hrsg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Berlin.
- Baumann, Martin (2016): Engagierte Imame und Priester, Dienstleistungsangebote und neue Sakralbauten: Integrationspotenziale von religiösen Immigrantengemeinschaften. In: Arens, Edmund; Baumann, Martin; Liedhegener, Antonius (Hg.): *Integrationspotenziale von Religion und Zivilgesellschaft. Theoretische und empirische Befunde*. Baden-Baden: Nomos, S. 71–120.
- Beckford, James A. (1975): *Religious Organization. A Trend Report and Bibliography. Prepared for the International Sociological Association under the auspices of the International Committee for Social Sciences Documentation*. Den Haag, Paris: Mouton.
- Behloul, Samuel-Martin; Lathion, Stéphane (2007): Muslime und Islam in der Schweiz: viele Gesichter einer Weltreligion. In: Baumann, Martin; Stolz, Jörg (Hg.): *Eine Schweiz – viele Religionen. Risiken und Chancen des Zusammenlebens*. Bielefeld: transcript, S. 193–207.
- Blinkert, Baldo; Klie, Thomas (2018): Zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland und Europa. In: Klie, Thomas; Klie, Anna Wiebke (Hg.): *Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht*. Wiesbaden: Springer VS, S. 339–424. https://doi.org/10.1007/978-3-658-18474-2_7
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): [Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung](#). Drucksache 18/11800. Berlin.
- Bogumil, Jörg; Kuhlmann, Sabine; Hafner, Jonas; Kastilan, André; Oehlert, Franziska; Reusch, Marie Catherine (2023): *Lokales Integrationsmanagement in Deutschland, Schweden und Frankreich. Verwaltung und Koordination im Mehrebenensystem*. Baden-Baden: Nomos.
- Brinkschröder, Michael; Ehebrecht-Zumsande, Jens; Gräwe, Veronika; Mönkebücher, Bernd; Werner, Gunda (2022): *#OutInChurch – für eine Kirche ohne Angst*. Freiburg i. Br.: Herder.
- Brown, Rupert (1995): *Prejudice. Its social psychology*. Malden, MA: Blackwell Publishing.
- Bühlmann, Marc; Freitag, Markus (2004): Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe an Sozialkapital. Eine Mehrebenenanalyse zu den Bedingungen des Engagements in Freiwilligenorganisationen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56 (2), S. 326–349. <https://doi.org/10.1007/s11577-004-0037-9>
- Ceylan, Rauf (2008): Islam und Urbanität – Moscheen als multifunktionale Zentren in der Stadtgesellschaft. In: Häusler, Alexander (Hg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 183–197. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91119-9_13
- Chan, Joseph; To, Ho-Pong; Chan, Elaine (2006): Reconsidering Social Cohesion: Developing a Definition and Analytical Framework for Empirical Research. In: *Social Indicators Research* 75 (2), S. 273–302. <https://doi.org/10.1007/s11205-005-2118-1>
- De Jong, Febe; Vonk, Gijsbert (2019): Internal coordination of social security in the Netherlands. In: *European Journal of Social Security* 21 (2), pp. 163–173. <https://doi.org/10.1177/1388262719844985>

- Der Paritätische Gesamtverband (2022): [*Die Wohnsitzregelung gem. § 12a AufenthG. Aktuelle Problemanzeigen und Handlungsbedarf. Auswertung der Umfrage des Paritätischen Gesamtverbands zu Praxiserfahrungen mit der Wohnsitzregelung gem. § 12a AufenthG im Oktober-September 2021.*](#) April 2022. Berlin.
- Die Bundesregierung (2020): [*Zuwanderern die Integration erleichtern.*](#) 29. Juli 2020. Berlin.
- Editorial Board of Statistics Poland (2018): [*Mały Rocznik Statystyczny Polski. Concise Statistical Yearbook of Poland.*](#) Warszawa.
- [EKD] Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.) (2023): [*Wie hältst du's mit der Kirche? Zur Bedeutung der Kirche in der Gesellschaft. Erste Ergebnisse der 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung.*](#) Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.
- Forschungsverbund ForuM (Hg.) (2024): [*Abschlussbericht Forschung zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderen Missbrauchsformen in der Evangelischen Kirche und Diakonie in Deutschland.*](#) Hannover u. a.
- [fowid] Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (2021): [*Religionszugehörigkeiten 2020.*](#) Berlin.
- Frings, Bernhard; Großbölting, Thomas; Große Kracht, Klaus; Powroznik, Natalie; Rüschemschmidt, David (2022): *Macht und sexueller Missbrauch in der katholischen Kirche. Betroffene, Beschuldigte und Vertuscher im Bistum Münster seit 1945.* Freiburg i. Br.: Herder.
- Gesemann, Frank; Roth, Roland (2016): [*Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik. Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden.*](#) Berlin: Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI).
- Giese, Kerstin; Hahn, Martina; Jakob, Christian; Lukow, Maike; Mellmann, Anne-Katrin; Schächtele, Kai; Zimmermann, Felix (2023): [*Atlas der Zivilgesellschaft. Gefährlicher Beistand. Schwerpunkt Migration. Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit.*](#) Hrsg. von Brot für die Welt. München.
- Government of the Netherlands (o.J.): [*Social Support Act \(Wmo 2015\).*](#) Amsterdam.
- Gräb, Wilhelm (2019): Das Säkulare und das Religiöse in pluralen Gesellschaften – eine Begriffsbestimmung. In: Jäger, Sarah; Anselm, Reiner (Hg.): *Ethik in pluralen Gesellschaften.* Wiesbaden: Springer VS, S. 9–32. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23791-2_2
- Grobecker, Claire; Krack-Roberg, Elle; Pötzsch, Olga; Sommer, Bettina (2018): Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung. In: Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hg.): *Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.* Wiesbaden/Berlin, S. 11–27.
- Gundry, Stanley N.; Okholm, Dennis L.; Phillips, Tim; Hick, John; Pinnock, Clark H.; McGrath, Alister E. et al. (eds.) (1996): *Four Views on Salvation in a Pluralistic World. Counterpoints: Four Views on Salvation in a Pluralistic World.* Grand Rapids, Mich.: Zondervan Pub. House.
- Hafez, Kai; Schmidt, Sabrina (2015): *Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland. Religionsmonitor – verstehen was verbindet.* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Hainz, Michael (2014): Warum sind die Polen so fromm? Werden sie es bleiben? Ein Erklärungs- und Prognoseversuch mit Hilfe der Theorien von David Martin, Bernhard Grom und Pierre Bourdieu. In: Hainz, Michael; Pickel, Gert; Pollack, Detlef; Libiszowska-Żółtkowska, Maria; Firlit, Elżbieta (Hg.): *Zwischen Säkularisierung und religiöser Vitalisierung. Religiosität in Deutschland und Polen im Vergleich.* Wiesbaden: Springer VS, S. 119–126. https://doi.org/10.1007/978-3-658-04663-7_11
- Haug, Sonja; Müssig, Stephanie; Stichs, Anja (2009): [*Muslimisches Leben in Deutschland.*](#) Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Nürnberg.
- Hedges, Paul (2016): The Theology of Religions Typology Redefined: Openness and Tendencies. In: Harris, Elizabeth J.; Hedges, Paul; Hettiarachchi, Shanthikumar (eds.): *Twenty-first century theologies of religions. Retrospection and future prospects.* Leiden, Boston: Brill Rodopi, S. 76–92. https://doi.org/10.1163/9789004324077_007
- Hummel, Siri (2020): Shrinking Spaces? Contested Spaces! Zum Paradox im zivilgesellschaftlichen Handlungsraum. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33(3), 649–670. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0056>
- Hummel, Siri; Pfirter, Laura; Roth, Johannes; Graf Strachwitz, Rupert (2020): [*Was heißt Zivilgesellschaft in Europa?*](#) Hrsg. vom Institut für Auslandsbeziehungen e. V. (ifa). Stuttgart.
- Kapusta, Piotr (2018): Die Religionsfreiheit in Polen. In: *Osteuropa Recht* 64 (3), S. 392–405.

- Keckes, Robert; Wolf, Christof (1996): *Konfession, Religion und soziale Netzwerke. Zur Bedeutung christlicher Religiosität in personalen Beziehungen*. Opladen: Leske + Budrich.
- [KGSt] Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (2017): *Kommunales Integrationsmanagement. Teil 1: Managementansätze und strategische Konzeptionierung*. KGSt-Bericht, 7/2017. Köln.
- Knitter, Paul F. (1985): *No other name? A critical survey of Christian attitudes toward the world religions*. Maryknoll, New York: Orbis Books.
- Kober, Ulrich; Kösemen, Orkan (2019): [Willkommenskultur zwischen Skepsis und Pragmatik](#). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Kortmann, Matthias (2019): Secular-Religious Competition and the Exclusion of Islam from the Public Sphere: Islamic Welfare in Western Europe. In: *Politics and Religion*, 12, pp. 433–456. <https://doi.org/10.1017/S1755048318000706>
- Kowalski, Marlene (2018): [Fallanalyse „Sexueller Kindesmissbrauch im Kontext der katholischen und evangelischen Kirche“](#). Hrsg. von der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs. Berlin.
- Liedhegener, Antonius; Pickel, Gert; Odermatt, Anastas; Yendell Alexander; Jaeckel, Yvonne (2019): [Wie Religion "uns" trennt – und verbindet. Befunde einer Repräsentativbefragung zur gesellschaftlichen Rolle von religiösen und sozialen Identitäten in Deutschland und der Schweiz 2019. Forschungsbericht](#). Luzern/Leipzig, 2019.
- Listopad, Shannon (2022): [The previous wave: how Polish civil society helped migrants and refugees amid the Belarus border crisis. Notes from Poland](#). Krakow.
- Magalhães, Pedro C. (2014): Government Effectiveness and Support for Democracy. In: *European Journal of Political Research* 53 (1), pp. 77–97. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12024>
- Milerski, Bogusław (2021): Konfessionslosigkeit als Herausforderung für den religionspädagogischen Diskurs in Polen. In: *Theo-Web Zeitschrift für Religionspädagogik* 20 (1), S. 83–94. <https://doi.org/10.23770/tw0178>
- Ministry of Justice and Security (2018): [Comprehensive agenda on migration](#). The Hague.
- Mohr, Dawid (2019): Guter Migrant, böser Migrant? Kulturessenzialistische und rassistische Tendenzen im polnischen Migrationsdiskurs seit 2015. In: Bizeul, Yves; Rudolf, Dennis Bastian (Hg.): *Politische Debatten um Migration und Integration. Konzepte und Fallbeispiele*. Wiesbaden: Springer VS, S. 161–187. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23963-3_8
- Müller, Doreen; Hameister, Nicole; Lux, Katharina (2016): Anstoß und Motive für das freiwillige Engagement. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.): [Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Endbericht](#). Unter Mitarbeit von Julia Simonson, Claudia Vogel und Clemens Tesch-Römer. Berlin, S. 407–426.
- Nagel, Alexander-Kenneth; El-Menouar, Yasemin (2017): [Engagement für Geflüchtete – eine Sache des Glaubens? Die Rolle der Religion für die Flüchtlingshilfe](#). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Olk, Thomas; Klein, Ansgar; Hartnuß, Birger (2010): *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-92117-4>
- Pickel, Gert (2018): [Säkularisierung, Pluralisierung, Individualisierung Entwicklung der Religiosität in Deutschland und ihre politischen Implikationen](#). In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Religionspolitik*. 68. Jahrgang, 28–29/2018, 9. Juli 2018, S. 22–27.
- Pickel, Gert; Pickel, Susanne (2019): Der „Flüchtling“ als Muslim – und unerwünschter Mitbürger? In: Hidalgo, Oliver; Pickel, Gert (Hg.): *Politik und Religion, Flucht und Migration in Europa: Neue Herausforderungen für Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften*. Wiesbaden: Springer VS, S. 279–323. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23309-9_12
- Piłat, Anna; Potkańska, Dominika (2017): [Local responses to the refugee crisis in Poland. Reception and integration](#). Warsaw: Institute of Public Affairs.
- Pollack, Detlef (2014): Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in ausgewählten Ländern Europas: Erste Beobachtungen. In: Pollack; Detlef; Müller, Olaf; Rosta, Gergely; Friedrichs, Nils; Yendell, Alexander (Hg.): *Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa*. Wiesbaden: Springer VS, S. 13–34. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18679-5_1
- Pollack, Detlef; Müller, Olaf (2013): [Religionsmonitor – verstehen was verbindet. Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland](#). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Rothstein, Bo (2011): *The Quality of Government. Corruption, Social Trust, and Inequality in International Perspective*. Chicago: University of Chicago Press.
- Rynkowski, Michał (2019): State and Church in Poland. In: Robbers, Gerhard (ed.): *State and Church in the European Union*. Baden-Baden: Nomos, pp. 461–482.
- Sadura, Przemysław (2021): *Migrationskrise als Strategie zur Machtergreifung. Der Fall Polen*. Heinrich-Böll-Stiftung.
- Schammann, Hannes; Gluns, Danielle (2021): *Migrationspolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Schammann, Hannes; Kühn, Boris (2016): *Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Schiefer, David; van der Noll, Jolanda (2017): The Essentials of Social Cohesion: A Literature Review. In: *Social Indicators Research* 132 (2), pp. 579–603. <https://doi.org/10.1007/s11205-016-1314-5>
- Schuh, Cora; Burchardt, Marian; Wohlrab-Sahr, Monika (2012): Contested Secularities: Religious Minorities and Secular Progressivism in the Netherlands. In: *Journal of Religion in Europe* 5 (3), pp. 349–383. DOI: 10.1163/18748929-00503002
- Simonson, Julia; Hameister, Nicole (2016): Sozioökonomischer Status und freiwilliges Engagement. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Endbericht*. Unter Mitarbeit von Julia Simonson, Claudia Vogel und Clemens Tesch-Römer. Berlin, S. 429–453.
- Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (2021): Daten und Methoden des Deutschen Freiwilligensurvey. In: Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (Hg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Berlin, S. 32–49.
- Smidt, Corwin E. (Hg.) (2003): *Religion as Social Capital. Producing the Common Good*. Waco: Baylor University Press.
- Solano, Giacomo; Huddleston, Thomas (2020): *Migration Integration Policy Index 2020. Germany*.
- Stadelmann-Steffen, Isabell; Traunmüller, Richard; Gundelach, Birte; Freitag, Markus (2010): *Freiwilligen-Monitor Schweiz*. Zürich: Seismo.
- Statista (2023): [Percentage distribution of the population of the Netherlands in 2021, by religion](#).
- Steinmann, Jan-Philip (2020): Religiosity and natives' social contact with new refugees. Explaining differences between East and West Germany. In: *International Journal of Intercultural Relations* 74, S. 189–205. <https://doi.org/10.1016/j.ijintrel.2019.10.007>
- Stephan, Walter G.; Stephan, Cookie W. (2000): An Integrated Threat Theory of Prejudice. In: Oskamp, Stuart (ed.): *Reducing Prejudice and Discrimination*. Mahwah, N.J. Lawrence Erlbaum Associates, pp. 23–45
- Stephan, Walter G.; Renfro, Lausanne C.; Esses, Victoria M.; Stephan, White C.; Martin, Tim (2005): The effects of feeling threatened on attitudes toward immigrants. In: *International Journal of Intercultural Relations* 29 (1): 1–19. <https://doi.org/10.1016/j.ijintrel.2005.04.011>
- [SVR] Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2016): *Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten 2016 und Integrationsbarometer*. Berlin: SVR GmbH.
- Tajfel, Henri (1982): *Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen*. Bern/Stuttgart/Wien: Verlag Hans Huber.
- Topidi, Kyriaki (2019): Religious Freedom, National Identity, and the Polish Catholic Church: Converging Visions of Nation and God. In: *Religions* 10 (5), pp. 293–312.
- Traunmüller, Richard (2012): *Religion und Sozialkapital. Ein doppelter Kulturvergleich*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19408-0>
- Traunmüller, Richard (2018): Religion und Sozialkapital. In: Pollack, Detlef; Krech, Volkhard; Müller, Olaf; Hero, Markus (Hg.): *Handbuch Religionssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 911–933. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18924-6_37
- Uslaner, Eric M. (2008): *Corruption, Inequality, and the Rule of Law. The Bulging Pocket Makes the Easy Life*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.

- Uslaner, Eric M. (2011): Corruption, the Inequality Trap, and Trust in Government. In: Zmerli, Sonja; Hooghe, Marc (eds): *Political trust. Why context matters*. Colchester: ECPR Press, pp. 141–162.
- Uslaner, Eric M. (2017): Political Trust, Corruption, and Inequality. In: Zmerli, Sonja; van der Meer, Tom (eds.): *Handbook on Political Trust*. Northampton, MA: Edward Elgar, pp. 302–315.
- van Bijsterveld, Sophie (2015): Religion and the Secular State in the Netherlands. In: Martínez-Torrón, Javier; Durham Jr., W. Cole (eds.): *Religion and the Secular State: National Reports*. Madrid: Universidad Complutense, pp. 501–515.
- van den Brink, Marjolein; Loenen, Titia (2013): The Netherlands: Neutral but not Indifferent. In: Cumper, Peter; Lewis, Tom (eds.): *Religion, Rights and Secular Society. European Perspectives*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, pp. 17–37. <https://doi.org/10.4337/9781781953495.00007>
- van der Burg, Wibren; de Been, Wouter (2020): Social Change and the Accommodation of Religious Minorities in the Netherlands. New Diversity and Its Implications for Constitutional Rights and Principles. In: *Journal of Law, Religion and State* 8 (1), pp. 1–33.
- Verba, Sidney; Brady, Henry E.; Lehman Schlozman, Kay (1995): *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge/London: Harvard University Press.
- Vermeer, Andréa; Mennen, Kristian (2013): *Religiöse Institutionen, zivilgesellschaftliche Organisationen und andere*. Münster: WWU Münster.
- von Feldmann, Peter (2016): [Polen – demokratischer Rechtsstaat in Gefahr?](#)
- von Stosch, Klaus (2021): Exklusivismus. In: Dockter, Cornelia; Dürnberger, Martin; Langenfeld, Aaron (Hg.): *Theologische Grundbegriffe. Ein Handbuch*. Paderborn: Ferdinand Schöningh, S. 57–58.
- Vorländer, Hans; Herold, Maik; Schäller, Steven (2016): *PEGIDA: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-10982-0>
- Willems, Ulrich (2018): Religionspolitik vor neuen Herausforderungen. In: Gerster, Daniel; van Melis, Viola; Willems, Ulrich (Hg.): *Religionspolitik heute. Problemfelder und Perspektiven in Deutschland*. Freiburg i. Br.: Herder, S. 38–69.
- Wilson, John (2000): Volunteering. In: *Annual Review of Sociology* 26 (1), pp. 215–240. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.26.1.215>
- Wilson, Bryan R. (2020): [Religious Organization](#). International Encyclopedia of the Social Sciences.
- Wilson, John; Musick, Marc (1997): Who Cares? Toward an Integrated Theory of Volunteer Work. In: *American Sociological Review* 62 (5), pp. 694–713. <https://doi.org/10.2307/2657355>
- Wilson, John; Musick, Marc (1998): The Contribution of Social Resources to Volunteering. In: *Social Science Quarterly* 79 (4), pp. 799–814.
- Wuthnow, Robert (1991): *Acts of Compassion: Caring for Others and Helping Ourselves*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Wuthnow, Robert (1995): *Learning to care*. New York: Oxford University Press.

Diese Publikation ist im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts „Zusammenhalt in Europa durch Religion? Eine Evaluation der Sozialkapitalbildung in religiösen Organisationen angesichts von Flucht und Migration“ (2020–2024) entstanden; Förderkennzeichen: 01UG2106.

Sie steht kostenlos zum Download auf der Internetseite des BMBF bereit.

Autor*innen:

Anna Wiebke Klie · Jonas Bonke · Alexander Unser · Matthias Kortmann · Katharina Krahe ·
Laura Karoline Nette

Stand: Juni 2024

Copyright/Urheberrecht:

Das Copyright und das Urheberrecht liegen bei den Autor*innen, d. h. Text und Grafiken sind urheberrechtlich geschützt.

Titelgrafik: Pixabay

Zitationsvorschlag:

Klie, Anna Wiebke; Bonke, Jonas; Unser, Alexander; Kortmann, Matthias; Krahe, Katharina; Nette, Laura Karoline (2024): „Zusammenhalt in Europa durch Religion?“ – Fallanalysen und Handlungsempfehlungen angesichts von Flucht und Migration. Dortmund: Technische Universität.

Kontaktpersonen (Projektleiter):

Prof. Dr. Alexander Unser, Institut für Katholische Theologie

E-Mail: alexander.unser@tu-dortmund.de – Telefon: +49 231 755-2864

Prof. Dr. Matthias Kortmann, Institut für Philosophie und Politikwissenschaft

E-Mail: matthias.kortmann@tu-dortmund.de – Telefon: +49 231 755-5209

Technische Universität Dortmund

Fakultät Humanwissenschaften und Theologie

Emil-Figge-Str. 50

44227 Dortmund

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

tu technische universität
dortmund

ht Humanwissenschaften
und Theologie